

Hinterland

34/2017 4,50 euro



privat



KOMM AN BORD, KOMM MIT AN BORD DIE ZEIT IST AUF UNSERER SEITE UNSER SCHIFF HEISST HOFFNUNG

(Ton Steine Scherben)

Du hast Zeit, Liebe, und Spaß an Textarbeit zu bieten?
Du magst politische Diskussion? Du wirst ungerne für
deine Arbeit bezahlt? Und du schätzt die Gesellschaft
anderer, denen es genauso geht? Dann komm doch an
Bord der HMS Hinterland! Die Redaktion sucht deine
engagierte Mithilfe, egal, wo du herkommst, was du
machst und was du kannst. Sag uns gerne formlos hallo
unter redaktion@hinterland-magazin.de. Ahoi!

Hinterland



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #34
Frühjahr 2017

IMPRESSUM

Titel: Andrea Huber 2015

Herausgeber:

Bayerischer Flüchtlingsrat
Augsburgerstraße 13
80337 München

in Kooperation mit:

Hessischer Flüchtlingsrat
Leipziger Str. 17
60487 Frankfurt

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Agnes Andrae, Antonio Vetinari
und Marianne Walther

Redaktion: Agnes Andrae, Andrea Böttcher,
Antonio Vetinari, Başak Özdemir, Christian
Andrae, Christiane Kern, Christine Wolfrum,
Elena Stingl, Florian Feichtmeier, Florian Schäfer,
Katalin Kuse, Marianne Walther, Marina Meier,
Matthias Weinzierl, Tom Reiss (*Namentlich
gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wiedergeben.*)

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de

Gestaltung: Matthias Weinzierl

Druck: Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG
Birkenstraße 3, 82346 Andechs

Auflage: 2.300 Stück

Website: Anton Kaun

Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de

Jahresabo: 21,00 Euro

Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

gefördert von der UNO-Flüchtlingshilfe

Eigentumsvorbehalt:

*Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis
sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.
Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im
Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen
nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem
Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmit-
tellfähigen Bescheides zurückzusenden.*

4

Zitiert & kommentiert

Von Hubert Heinhold

t ü r k e i

5

„Beste Demokratie, wo gibt“

In diesem Land möchte ich nicht leben

Von Çiğdem Özdemir

13

Gabriele del Grande: grundlos inhaftiert

Judith Gleitze von borderline-europe

über die willkürliche Festnahme

Interview von Agnes Andrae

16

Ein tief gespaltenes Land

Die Arbeit der „Nein-Kampagne München“g

Von Başak Özdemir und Christine Wolfrum

p r i v a t

18

Öffentliche Ablage

Fotostrecke von Andrea Huber

22

Mach dich nackt

Wo bei Peter die Privatsphäre aufhört

Interview von Jana Weidhaase

23

Hausverbot für Grundrechte

Private Security und das Hausrecht

Von Anne-Marlen Engler

27

Mach dich nackt

Herr J. über die ewige Frage

nach den Fluchtursachen

Ein Interview von Agnes Andrae

28

„Du kannst diese zwei Brotscheiben nicht mit nach draußen nehmen“

Abschiebelager unter privater Kontrolle

Vom Autor*innenkollektiv INGA

39

Mach dich nackt

Petra im Umgang mit der Privatsphäre anderer

Interview von Jana Weidhaase

40

Nix privat!

Der Eingriff des Staates in die

Daten Geflüchteter

Von Thomas Mayer

42

Mach dich nackt

Aydın über die vielen Facetten der Privatsphäre

Interview von Jana Weidhaase

43

Private Öffentlichkeit

Fotostrecke von Andrea Huber und Ralf Homann

49

Menschen zu brechen ist das Ziel

Eine kafkaeske Reise durchs Lagersystem

Von Human

52

Mach dich nackt

Saeed über die Grenzen seiner Privatsphäre

Interview von Jana Weidhaase

53

Das nenne ich privacy

Josef über die Unmöglichkeit von respektvollem

Umgang in privatfreien Räumen

Interview von Antonio Vetinari

und Marianne Walther

59

Mein privatestes Eigentum

Wie privat sind unsere Körper

Von Florian Schäfer

s u b s i d ä r

63

Subsidiäre Flüchtlingspolitik

Wie einfache Gesetzestexte

dramatische Folgen haben

Von Jochen Schwarz

v e r b o t e n

70

Von der Bleibe-Perspektive zur Hau-ab-Strategie

Die krude Logik des Arbeitsverbots

Von Stephan Dünwald

d e b a t t e n c a s p a r

78

Mit Karacho in die Barbarei

Eine Analyse zur Autorität des Marktes und der Ökonomie

Von Caspar Schmidt

t a n t e t o m k o t z t

85

Wir sollten uns schämen

Kolumne von Tante Tom Reiss

„Meinungen sind Privatsache. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse nur an Urteilen.“
(Walter Benjamin)

Liebe Privatpersonen,

Beate Zschäpes Frisur, Frauke Petrys Schwangerschaft, Donald Trumps Bademantel. Mein Körper, meine Sexualität, mein Besitz. Deine Meinung, deine Politik, deine Wahl. Das ist alles Privatsache und geht die Öffentlichkeit überhaupt nichts an – oder?

*Das ist beileibe nicht so einfach, sonst hätten wir diese Ausgabe der Hinterland ja auch für uns behalten können. Aber die Frage danach, was das Private ist, ob es als politisch begriffen werden muss und was das für Verhalten und Entscheidungen in einer Gesellschaft bedeutet, sollte, denken wir, mal wieder gestellt werden. Wenn hässliche Meinungen von privaten Stammtischen ans Tageslicht der Öffentlichkeit kommen – liegt das Problem dann im Privaten oder im Öffentlichen? Ist der Raum der Wahlkabine ein privater oder ein öffentlicher? Wer entscheidet, wo, wieviel und welche Privatsphäre Bürger*innen eines Staates genießen? Und die eines anderen Staates, und Geflüchtete? Ist Privatsphäre Privileg, Recht, Luxus oder Verantwortung?*

Wir haben uns und Anderen viele Fragen zum Thema „privat“ gestellt, und haben viele verschiedene Antworten bekommen. Human hat sich über das Thema Privatheit auf der Flucht Gedanken gemacht; Çiğdem Özdemir beschreibt das politische Privatleben zwischen Istanbul und Berlin; Thomas Mayer analysiert die Art, auf die mit den Personendaten Geflüchteter umgegangen wird. Über Körper und Körperlichkeit im Privaten und Öffentlichen hat Florian Schäfer für uns geschrieben. Hinzu kommen viele private Fotos, private Gespräche mit verschiedenen Menschen und schließlich eine neue Kolumne, in der Tante Tom ihr privates Kotzen in die Öffentlichkeit der Hinterland verlegt.

Wir bitten euch insofern aufdringlich: Lasst uns in euer Privatleben, genießt die neue Ausgabe, und behaltet eure Meinung nicht für euch!

Eure Privatdetektive von der Hinterland-Redaktion

„Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens“

(Art 8 Abs.1 Europäische Menschenrechtskonvention)

Es ist noch nicht allzu lange her, dass das Recht auf Privatheit Wenigen vorbehalten war. Nicht nur der Muschik im Zarenreich, sondern auch der Soldat im kaiserlichen Heer oder die Internatsschüler*in waren jederzeit der Kontrolle und den Vorgaben ihrer Herren unterworfen. Erst lange nach der Aufklärung und auch dann nur Schritt für Schritt setzte sich die Erkenntnis durch, dass Gleichheit und Demokratie nicht von Dauer sind, wenn es dem Einzelnen nicht möglich ist, seine Individualität zu leben und gegenüber der Öffentlichkeit - und vornehmlich dem staatlichen Machtapparat - verborgen zu halten. Erst dies ermöglichte es den gesellschaftlichen Minderheiten, ihre Lebensweise zu leben und im zweiten Schritt nach außen zu tragen. Das die Eliten interessierende Steuergeheimnis begrenzte vielleicht als Erstes den staatlichen Zugriff, das Brief- und Fernmeldegeheimnis folgten und wurden durch das umfassende Datenschutzrecht ergänzt.



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
bei Pro Asyl.

Staatliche Lausch- und Spähangriffe nicht nur bei Spionage und Terrorgefahr, sondern auch aus politischem Kalkül wie etwa im Falle von Wikileaks zeigen auf, dass der Antagonismus zwischen der Privatheit des Einzelnen und dem Allmachtswunsch der Macht auch in Zeiten von Facebook und Co fortbesteht. Besonders rücksichtslos kann man bei Ausländer*innen sein. Der am 22.02.2017 von der CDU/CSU/SPD-Koalition vorgelegte Gesetzesentwurf "zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht" belegt dies.

§§ 15 und 15a Asylgesetz (AsylGE) ermächtigt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Daten von Smartphones, Laptops, Handys, SIM-Karten etc. auszulesen und zu speichern, wenn die Geflüchteten keinen Pass mit sich führen. Das BAMF rechnet damit, dass 150.000 Asylbewerber*innen jährlich davon betroffen sind. Eine richterliche Anordnung ist nicht vorgesehen - es soll genügen, dass es Volljurist*innen sein müssen, die die Fotos, Briefe, SMS und gespeicherten Unterlagen sichten. Ein wahrlich "großer Lauschangriff", der bisher aber keine Empörung hervorrief. Schon lange Ge-


setzt ist es, dass Geflüchtete ihr Vermögen offenlegen und es verbrauchen müssen - zur Finanzierung des Schlafplatzes in einem Lager.

Das zum Kernbereich der Lebensgestaltung zählende Recht, sein Wohnumfeld selbst zu gestalten, wird über das jetzt schon schwer erträgliche Maß hinaus weiter beschnitten. § 47 b Abs.1 AsylGE ermächtigt die Länder - und Bayern wird da nicht zögern - generell Asylbewerber*innen zu verpflichten, bis zur Entscheidung des Bundesamtes in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen und, im Falle der Ablehnung als offensichtlich unbegründet oder unzulässig, bis zur Ausreise dort zu bleiben. Das bedeutet: nicht nur dauerhafte Lagerpflicht sondern auch:

- dauerhaften Sachleistungsbezug, also keine Möglichkeit, sich nach dem eigenen Geschmack zu kleiden oder zu verpflegen
- dauerhaftes Arbeits- und Berufsausbildungsverbot
- dauerhafter Ausschluss der Kinder von den Regelschulen und Bildungseinrichtungen
- dauerhafte Residenzpflicht im zugewiesenen Landkreis
- dauerhafte Isolierung von der übrigen Bevölkerung

Gesteigert wird die Ent-Individualisierung schließlich, wenn die Geflüchteten ausreisepflichtig sind: §§ 2 Abs.14, 62 Abs.3 und 62 b Abs.1 S1 Aufenthaltsgesetz erweitern und verlängern die Abschiebehaft und den Ausreisegefahrwahrscheinlich. Die Menschenwürde ist dann und nicht nur kurze Zeit auf eine Haftzelle reduziert.

Ein Despot warf dieser Tage Deutschland „Nazipraktiken“ vor. Da hatte er Unrecht. Wahr ist aber, dass sich Deutschland mit diesem Gesetz dem Umgang annähert, den jener Herr mit seiner Bevölkerung pflegt: Der seiner Privatheit entkleidete Mensch ist nur noch Regelungsmasse, kurz Untertan.



Raus aus der „besten Demokratie, wo gibt“

Endlich daheim angekommen, dachte Çigdem Özdemir als sie in das Leben der faszinierenden Metropole Istanbul eintauchte. Doch schon bald kündigten sich irritierende Veränderungen an. Aber erst die willkürlichen Verhaftungen von Tausenden von Menschen seit Juli 2016 machten ihr klar, dass ihre Tage in diesem Land gezählt sind.

Ein Bericht und Fotos von Çigdem Özdemir



Juli 2013: Plakate und Menschen auf dem Atatürk Kulturzentrum während der Gezi-Proteste am Taksim Platzs

ZUN
ME

TRKİYE
GERCEĞİ

600 600
 111 111
 111 111
 111 111

kes
sesini
tayyip

SYKED

Sendikalar göreve GENEL GREVE

Q. Did you see any other people in the room?



Juli 2013 Gezi Park Proteste, Zwei Junge Frauen demon-
strieren Einheit trotz Unterschiede

2006, als sich Deutschland noch nicht „abschaffte“, hatte ich bereits schon seit Langem den Eindruck, trotz meines Studiums und meiner steilen Karriere in der Kundenbetreuung einer der damals größten Holdings Deutschlands, dass ich, die doch integriert zu sein schien, nicht angekommen war. Verglichen mit anderen, habe ich richtig krassen Rassismus wohl eher nicht erlebt. Aber kleine

Sticheleien und das Lob „Sie sprechen aber gut Deutsch!“ konnte ich nicht mehr hören.

Der alltägliche Rassismus war jedoch nicht der einzige Grund, der mich zum Gehen bewegte.

Im Laufe meiner 33 Jahre war ich schon mehrmals umgezogen:

als ich ein Jahr alt war, aus der südosttürkischen Provinz Gaziantep in das Dörfchen Hinter-Lehen-gericht in Baden-Württemberg, von dort in die fränkische Kleinstadt Röthenbach, dann nach Nürnberg. Und schließlich wohnte ich im armen aber sexy Berlin. Der Begriff Heimat hatte für mich keine Bedeutung, war eher ein abstrakter Begriff, den ich von Deutschen hörte, wenn wir mit der Familie in den Sommerferien in die Türkei reisten: „Na, geht's in die Heimat?“

Beflügelnde Aufbruchsstimmung in der Metropole Istanbul

2003 ging ich nach Istanbul, um für meinen Arbeitgeber ein Offshore-Callcenter aufzubauen. In diese Mega-Metropole, die so dynamisch war, so pulsierte, jeden Tag Neues bot und wirklich nicht zu schlafen schien. Manche nannten es Chaos, ich liebte es! An der Macht war auch damals Erdoğan's AKP, die vom Westen trotz des islamischen Hintergrundes für ihre Offenheit gelobt wurde. Die Türkei war zuvor politisch gebeutelt von Militärputschen, un stetigen Koalitionen, einem seit über 30 Jahren andauernden Krieg mit der PKK. Die Wirtschaft stagnierte nicht nur, sie ging „den Bach runter“. Der Vertrauensvorschuss, den die AKP vom Westen erhielt und damit auch die erste wahre Aussicht auf eine mögliche Aufnahme in die EU, beflügelte die Bevölkerung. Und natürlich auch die Hoffnung auf einen Frieden mit den Kurden und deren Anspruch auf Gleichberechtigung. Man diskutierte. Man näherte sich an. Die Polarisierung in der Gesellschaft schien zu schwinden.

Sie sprechen aber gut Deutsch

Nachdem ich mein Projekt beendet hatte, kehrte ich nach Berlin zurück. Doch Istanbul hatte mich. Ich beschloss einen Neuanfang zu wagen. Es gab genug deutsche Unternehmen, die Menschen suchten, die in beiden Sprachen und Mentalitäten zuhause waren. Karriere- und überdurchschnittlich gute Verdienstmöglichkeiten sowie deutsche Arbeitsbedingungen

waren geboten. Und nicht zuletzt wurde die Verbindung nach Deutschland aufrechterhalten. Im März 2007 war es dann soweit. Ich traute zwar dem politischen Islam der AKP nicht, aber die Hoffnung, dass sie sich an die Rechtsstaatlichkeit halten werde, hatte auch ich. Denn

schließlich war das Ziel die EU, die außer einer stabilen Wirtschaft auch Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte voraussetzte.

Ich fand einen deutschen Arbeitgeber mit Sitz in Istanbul und eine wunderschöne, bezahlbare Wohnung in einem damals noch nicht gentrifizierten Viertel mit Blick auf den Bosphorus. Heimat war noch immer ein abstrakter Begriff. Aber ich war angekommen! Ich ging unter in dieser Metropole, aber gleichzeitig ging ich auf. Die Stadt war ein Schmelztiegel, in der die Koexistenz funktionierte. Ich lernte viele Deutschtürken kennen. Teilweise waren es Kolleg*innen, teilweise waren es Menschen, die aus Deutschland der Karriere wegen gekommen waren. Sie wurden oft nur aufgrund ihrer nichtdeutschen Namen in Deutschland benachteiligt, dem Land, dem sie sich eigentlich zugehörig fühlten. Ich lernte letztere

tatsächlich beim „Deutschländer-Stammtisch“ kennen und war überrascht über die Arroganz, die sie mitgebracht hatten. Ein Satz, der ständig fiel war: „Also, das würde dir in Deutschland nicht passieren!“ Dabei kam der Kellner eben nur nicht mit der Zahlweise „Alman usülü“ (nach

deutscher Art – jeder zahlt für sich) klar, oder der Bus kam gerade mal 15 Minuten zu spät, oder andere Belanglosigkeiten, die man leicht lösen konnte, wenn man sich nur darauf einließ ... Auch lernte ich viele Künstler*innen, hauptsächlich Schauspieler*innen kennen, die aus Deutschland „zurückmigriert“ waren, weil sie keine Lust mehr hatten, den Dealer, Schläger oder das Ehrenmordopfer zu spielen und damit Klischees zu bedienen. Als Künstler*innen waren sie froh darüber, dass sich ihnen nun die Möglichkeit bot, andere Rollen zu entwickeln und zu spielen.

Istanbul hatte mich

Die Filmkunst erobert neue Freiräume

Nach eineinhalb Jahren kündigte ich meinen Job im Callcenter und beschloss, mich als Übersetzerin selbstständig zu machen. Spezialisiert auf Drehbücher und Untertitel war ich jetzt in der türkischen Filmszene unterwegs. Auch hier war alles in Aufbruchsstimmung.

Es wurden zwar viele politische und kritische Filme gedreht, aber aufgrund der relativ entspannten Atmosphäre im Land, konnten sich Künstler*innen nun persönlichen Themen widmen. Man spürte also auch im Kino, dass sie nun nicht mehr als politische Aktivist*innen

herhalten mussten, sondern ihre individuelle Kunst in den Vordergrund stellen konnten. Damit näherte sich das türkische Kino immer mehr dem europäischen. Ein anderes Novum in der Kunst, nicht nur in der Filmkunst war, dass die bisher unterdrückten und ignorierten kurdischen Künstler*innen ihre politische Vergangenheit, die von Gewalt beherrscht wurde, verarbeiten konnten. Die Kunstschaaffenden konnten sich entfalten. Immer mehr europäische Produktionsfirmen wurden auf das türkische Kino aufmerksam und es entstanden sehr fruchtbare Kooperationen, insbesondere mit deutschen Produzent*innen und Filmförderungsfonds.

In der Zwischenzeit schrieb in Deutschland ein Sozialdemokrat (!) ein Buch darüber, dass sich Deutschland durch Zuwanderung aus überwiegend islamisch geprägten Ländern „abschafft“. Ich atmete tief ein, atmete meine Wut wieder aus und war überzeugt davon, dass ich die richtige Entscheidung getroffen hatte. Vielleicht hatte ich immer noch keine Heimat, aber ich hatte meine Stadt! Die Stadt, die mich einsog und mir so viel Freude zu geben vermochte. Die sich jeden Tag veränderte und die auch mich veränderte. An

Selbstvertrauen mangelte es mir auch in Deutschland nicht, aber der Alltag dort brachte mich immer wieder aufs Neue dazu, an mir zu zweifeln. An meinen Fähigkeiten, an meinem Mut. Immer musste ich mich doppelt so viel anstrengen, um Anerkennung zu erfahren. Obwohl ich als Übersetzerin einen guten Abschluss hatte, hielt man mir vor, Deutsch könne nicht meine Muttersprache sein, denn mein Name klinge doch so ausländisch ... Hier war es anders. Ich musste als Atheistin nicht den Islam verteidigen und auch nicht für hirnverbrannte Aussagen irgendwelcher

Islamisten herhalten. Meine Muttersprache war hier tatsächlich Deutsch, an meinem Türkisch musste ich eher arbeiten. Doch das nahm man mir nicht übel. Im Gegenteil: Für meine Multilingualität wurde ich bewundert und erhielt Anerkennung von allen Seiten. Das war im August 2010.

Die Kunstschaaffenden konnten sich entfalten

Im September stand ein Referendum zur Verfassungsänderung an. Leider hatte ich hier aufgrund meiner deutschen Staatsbürgerschaft, die ich bereits 1998 erlangte, kein Wahlrecht mehr. Damals bestand zwar noch die Möglichkeit einen

Doppelpass über Umwege zu bekommen. Doch, nach einem Streit im türkischen Konsulat, der aus der nicht funktionierenden türkischen Bürokratie entstand, schrie ich den Beamten an: „Bevor ich ein Türke bin wie Sie, bin ich lieber keine Türkin!“ Dass ich mal in Istanbul leben würde, wusste ich damals natürlich nicht. Höchstwahrscheinlich wäre das Gespräch sonst anders verlaufen ...

Umwälzende Veränderungen kündigen sich an

Wir sprachen in meinem Freundeskreis über das Referendum und ich sah mir viele Diskussionsrunden im Fernsehen zum Thema an. Es überraschte mich, dass auch zahlreiche Linke und Intellektuelle sich für die Verfassungsänderung aussprachen. Sie betrachteten es als ein Ende der militärischen Vorherrschaft im Land. Ich jedoch hatte die Befürchtung, dass Erdoğan dieses Referendum als Bestätigung seiner Macht

missbrauchen könnte. Es kam, was zu erwarten war: Der Großteil der Bevölkerung stimmte der Verfassungsänderung zu. Am Abend des Referendums fand ein Basketballspiel in Istanbul statt. Die türkische Nationalmannschaft gegen die der USA. Auch

Erdoğan war dabei. Aber nicht die Cheerleader, denn sie waren zu freizügig gekleidet. Die Türkei verlor übrigens – nicht nur das Spiel. Das Verbot des Auftritts der Cheerleader sorgte vielleicht nicht für großes Aufsehen, jedoch war es für mich das erste Zeichen für das, was uns bevorstand.

Die Wirtschaft boomte. Dachte man. Doch, dass eine Wirtschaft, die auf den Bau von Luxusimmobilien und Einkaufszentren setzt, ihre Grenzen hat, war den meisten egal oder nicht bewusst. Mehr und mehr

Die Türkei verlor übrigens – nicht nur das Spiel

Viertel wurden „modernisiert“, also gentrifiziert, Grünanlagen und Parks mussten Einkaufszentren weichen.

Auch anstelle des Gezi-Parks sollte ein Einkaufszentrum errichtet werden. Ein Prestigeprojekt für die Regierung. Umweltschützer*innen protestierten und durften erst einmal zum Schutz des Parks dort zelten, auch weil die Architektenkammer gegen den Bau des Einkaufszentrums geklagt und eine einstweilige Verfügung erwirkt hatte. Doch noch in der Nacht brannten die Zelte. Dies war der Auslöser für alle, in denen sich die Wut gegen die Regierung angestaut hatte. Ich schloss mich ihnen an. Wir demonstrierten für Selbstbestimmung, gegen einen Übervater, der uns vorschreibt, wie wir zu leben haben. Wir alle wollten Demokratie und Freiheit. Der kleine Park in Istanbul wurde zum Symbol gegen Unterdrückung und Fremdbestimmung. Genau hier wollte ich sein, hier wollte ich bleiben. Ich wollte eine von denen sein, die das Land veränderten. „Die Revolution hatte uns zugezwinkert!“ Doch dann kam die brutale Staatsgewalt mit all ihrer Härte. Am 16. Juni 2013 traf ein Tränengasgeschoss einen 15-jährigen Jungen, der Brot kaufen ging: Berkin Elvan. Er war nicht der erste, aber dieser Vorfall war für viele – so auch für mich – ein Zeichen dafür, dass der Staat vor nichts zurückschrecken würde, um diese Proteste zu beenden. Am 11. März des folgenden Jahres erlag der Junge seinen Verletzungen. Die Medien übertrugen seine Beerdigung live, an der tausende Menschen teilnahmen. Sein Tod brannte tief in der Seele. Die Straßen wurden von der Staatsmacht leergefegt. Die Angst schlich sich langsam in der Bevölkerung ein.

Doch die Gezi Proteste hatten eins gezeigt: Egal, welcher sozialen Schicht man angehörte oder welcher Identität man sich zugehörig fühlte, gemeinsam war man stark. Es bildete sich eine neue Partei, initiiert von freiheitlichen, demokratischen kurdischen Parteien und Vereinigungen. Einige kleinere türkische Parteien, mehrere NGOs und Intellektuelle schlossen sich ihnen an. Die HDP (Demokratische Partei der Völker) wurde gegründet. Am 7. Juni 2015 standen Wahlen an. Die Umfragewerte waren großartig. Wieder begann ich zu hoffen: Gemeinsam war man stark, gemeinsam konnte man etwas erreichen. Das Land würde sich doch positiv verändern und ich würde dabei und mittendrin sein.

Die Revolution hatte uns zugezwinkert

Die Prognosen hatten Recht. Die HDP erreichte fast 14 Prozent der Stimmen und verhinderte damit die absolute Mehrheit der AKP. Erdoğan war mittlerweile vom Volk mit 52 Prozent zum Präsidenten gewählt worden. Doch er wollte alleine herrschen und ein Präsidialsystem einführen. Um ein Referendum zu umgehen, brauchte er die Stimmen von mindestens 367 Abgeordneten. Die AKP erreichte nur 258. Das war also geschafft! Jedoch gab es ein Problem: Keine Partei konnte die Regierung alleine bilden und keine der großen wollte mit einer der anderen eine Koalition eingehen. Von Koalitionen hielten die Türken nichts. Auch meine türkischen Bekannten nicht. Als ich sie zu überzeugen versuchte, dass Koalitionen nicht die Pest sind und ihnen Deutschland als funktionierendes Beispiel nannte, erwiderten sie lediglich: „Aber das hier ist die Türkei. Hier funktioniert das nicht!“ Warum eigentlich? Die Antwort blieb man mir schuldig.

Kein Ende der Willkür in Sicht

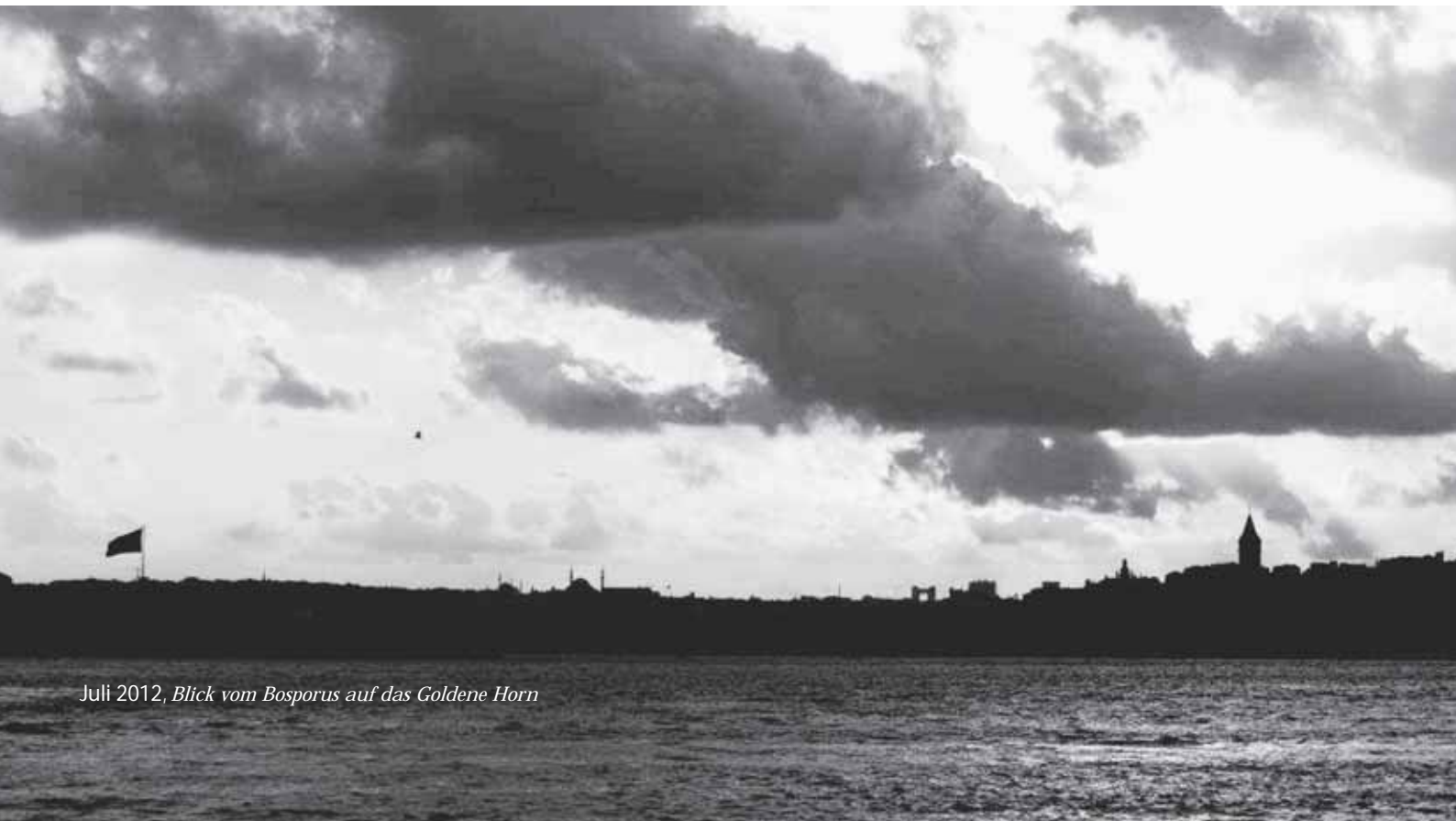
„Ihr habt das Chaos gewählt“ twitterte ein AKP-Abgeordneter. Das war wie die Ankündigung auf das, was kommen würde. Die Gewaltspirale zwischen dem türkischen Staat und der PKK wurde erneut in Gang gesetzt. Erdoğan hatte erkannt, dass die Kurden, die ihn wegen des Friedensprozesses lange unterstützt hatten, jetzt ihre eigenen Vertreter*innen in das Parlament

schickten, also nutzten sie ihm nichts mehr. Sein langjähriger Partner, die Gülen-Bewegung, die ihm zu Beginn zur Macht verholfen und den Staat sowie das Militär unterwandert hatte, war ihm schon seit Ende 2013 nicht mehr treu. Er brauchte neue Partner und die fand er in den Ultranationalisten, der MHP (Nationalistische Volkspartei). Es wurden Neuwahlen angeordnet. Am 1. November 2015 erreichte die AKP wieder die absolute Mehrheit. Das war auch der Anfang vom Ende meiner Zeit in Istanbul.

Insbesondere der Putschversuch am 15. Juli 2016, den Erdoğan als „Geschenk Allahs“ bezeichnet, spornt ihn noch mehr an, sein Ziel zu erreichen: Das Präsidialsystem, das seine Macht festigen, ihn zum Alleinherrscher machen soll. Die Gesellschaft ist gespalten, Diskussionen mit seinen fanatischen Anhängern nicht möglich. Kurdische Städte werden dem Erdboden gleichgemacht, kritische Journalist*innen, Akademiker*innen und oppositionelle Abgeordnete verhaftet. Keiner ist mehr sicher. Die Angst geht um. Auch ich kann mit meinen Freund*innen an öffentlichen Orten nicht

Çiğdem Özdemir
arbeitet als Übersetzerin in der Türkei und ist Mitbegründerin des Filmfestivals Türkei Deutschland in Nürnberg

mehr frei reden. Wir isolieren uns, treffen uns nur noch in privaten Räumen. Fremden misstraue ich nun kategorisch. Ich bekomme keine Luft mehr. Jedes Mal, wenn ich denke, dass es schlimmer nicht kommen kann, werde ich eines Besseren belehrt. Alle fangen an, sich daran zu gewöhnen. Das ist das Schlimmste daran! Meine Stadt, in der ich endlich angekommen war, wird mir immer fremder. Im November letzten Jahres twitterte Deniz Yücel, Türkei-Korrespondent der *Welt*, ironisch: „beste Demokratie, wo gibt“, als der Sohn einer HDP-Abgeordneten zunächst zusammengeschlagen und dann ans Krankenhausbett gekettet wurde. Inzwischen befindet sich der in Deutschland geborene Journalist mit Doppelpass seit mehr als zwei Monaten selbst in türkischer Haft. Für mich heißt es nur noch: Raus aus „der besten Demokratie, wo gibt“. Ich muss weg, hier kann ich nicht mehr bleiben! <



Juli 2012, Blick vom Bosphorus auf das Goldene Horn

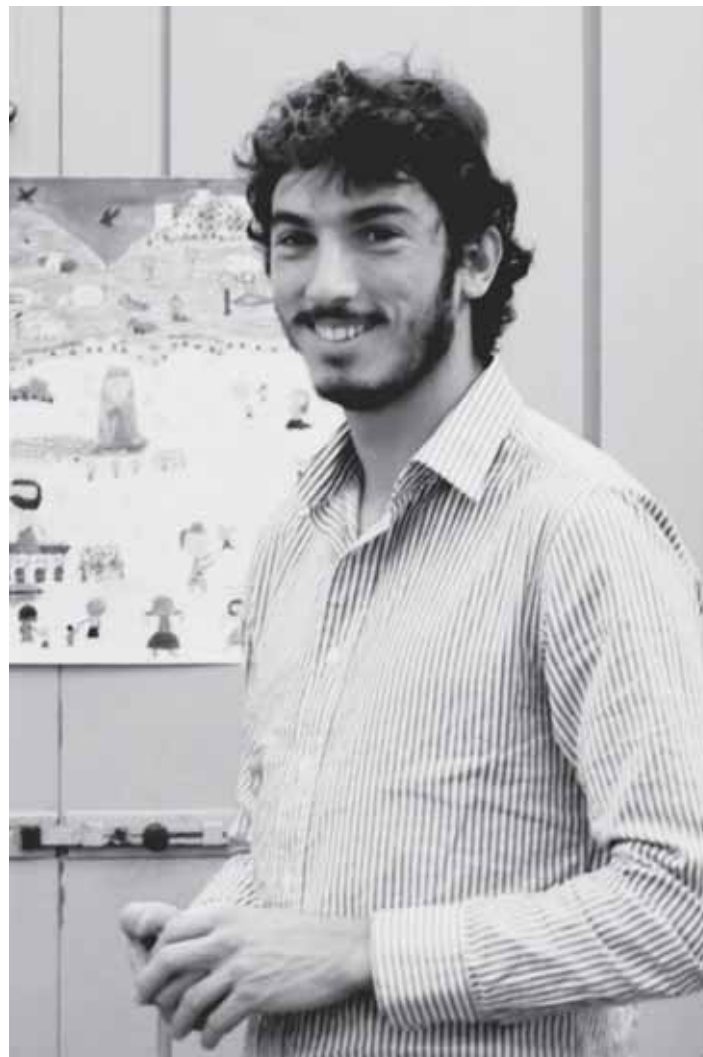
Gabriele del Grande: grundlos inhaftiert

Am 10. April 2017 wurde der italienische Journalist Gabriele del Grande, mit dem die Hinterlandredaktion 2014 ein Interview führte, in der türkischen Provinz Hatay, westlich der syrischen Grenze, von der türkischen Polizei festgenommen. Dort hatte er für sein neues Buch recherchiert und syrische Geflüchtete interviewt. Seitdem befindet er sich in Haft und ist nun in den Hungerstreik getreten. Ein Bericht zu seiner Situation, der durch ein Gespräch mit Judith Gleitze entstand.

Dem Blogger, Menschenrechtsaktivisten, Autor und Regisseur Gabriele del Grande wurde 2010 von Pro Asyl der Menschenrechtspreis für seine Recherchen zur Situation von Flüchtlingen an Europas Außen Grenzen sowie in Transitländern wie Libyen verliehen. Als Ko-Autor und Ko-Regisseur für den Film „Io sto con la sposa“ („An der Seite der Braut“) haben wir ihn in der Hinterland #27 Schlepper, Schleuser, Superheld*in interviewt. Der Film wurde u.a. 2014 auf dem Internationalen Filmfestival in Venedig gezeigt. Del Grande war nun unterwegs, um für sein neues Buch zu recherchieren, das den Krieg in Syrien und die Geburt des IS zum Thema hat. Im Zuge dieser Recherchen ist er festgenommen worden.

Das italienische Außenministerium versichert, dass die Inhaftierung „seit Beginn mit äußerster Aufmerksamkeit“ verfolgt werde. Außerdem stehe es in ständigem Kontakt mit Gabriele del Grandes Familie. Die italienische Regierung hat zudem die Freilassung del

Grandes gefordert. Gleiches fordert Antonio Tajani, der italienische Präsident des Europäischen Parlaments per Twitter, also die „sofortige Freilassung“ und er setzt hinzu „und alle[r] ungerechtfertigt in der Türkei inhaftierten Journalisten“. Ein Versuch des italienischen Vizekonsuls und eines Anwalts, del Grande zu besuchen, wurde von den türkischen Behörden mit der Begründung „er wolle sie nicht sehen“, abgewehrt. In Italien wächst der Protest gegen die Inhaftierung und im ganzen Land finden Demonstrationen und Protestkundgebungen statt. Die Lebensgefährtin von del Grande hat am 19.04.2017 das erste Mal seit der Inhaftierung die Möglichkeit erhalten, mit dem Festgenommenen zu telefonieren. Seine Aussagen hat sie per Facebook veröffentlicht: „Während ich spreche, gibt es vier Polizisten, die mich anschauen und zuhören. Ich bin an der Grenze festgehalten worden, und nachdem sie mich im Identifizierungs- und Ausweisungszentrum Hatay hielten, haben sie mich nach Mugla gebracht, wo ich in einem weiteren



Gabriele del Grandes Blog finden Sie unter:
<http://fortresseurope.blogspot.de/>
[Seitenspalte: Borderline-Europe e.V. finden Sie unter:
<http://www.borderline-europe.de/>

Identifizierungs- und Ausweisungszentrum in Einzelhaft gesperrt worden bin. Meine Papiere sind in Ordnung aber es ist mir weder erlaubt worden, einen Anwalt zu kontaktieren, noch ist mir erklärt worden, wie lange diese Festnahme dauern soll. Mir geht es gut, man hat mir nichts getan, aber ich darf nicht telefonieren, sie haben mein Telefon und meine persönlichen Gegenstände beschlagnahmt, obwohl sie mir keine Straftat vorwerfen. Der Grund meiner Festnahme hat mit dem Inhalt meiner Arbeit zu tun. Ich bin darüber mehrmals verhört worden. Anrufen durfte ich nur nach mehreren Tagen des Protests. Es wurde mir nicht mitgeteilt, dass die italienischen Behörden sich mit mir in Verbindung setzen wollten. Ab heute Abend trete ich in Hungerstreik, und ich bitte alle, sich aktiv einzusetzen, damit meine Rechte respektiert werden.“
 Judith Gleitze von Borderline-Europe begleitet den Fall. Der Verein arbeitet seit vielen Jahren mit Gabriele del Grande zusammen. So wurden zum Beispiel Lesereisen seiner Bücher und andere Informationsveranstaltungen zum Thema Migration mit ihm durchgeführt. Wir haben sie zu den aktuellen Ereignissen befragt.

Gabriele del Grande wird seit mehreren Tagen von den türkischen Behörden festgehalten. Was wird ihm vorgeworfen?

Gabriele del Grande soll angeblich nicht die richtige Erlaubnis zur Ausübung seiner Pressearbeit gehabt haben, das sei, so hieß es zu Beginn, der Grund seiner Verhaftung gewesen.

Hat er Kontakt zu einem Anwalt/einer Anwältin aufnehmen können?

Heute (am 21.04.2017 d. Redaktion) sind ein Anwalt und der italienische Vizekonsul in dem Gefängnis gewesen, in dem er sich befindet. Das ist der erste Besuch, den er bisher hatte, denn er hatte bisher keine Chance jemanden zu sehen und zu sprechen. Auch keinen Anwalt. Der Anwalt, den er nun allein sprechen durfte, sagte der italienischen Nachrichtenagentur ANSA, dass es keinerlei Vorwürfe gegen del Grande gäbe und seine Inhaftierung absolut illegal sei. Man habe auch keinen Blick in die Akte werfen dürfen, auch seien keinerlei Informationen gegeben worden, wann del Grande denn nun ausgewiesen werden soll.

Wie geht es ihm und hat er mittlerweile die Möglichkeit, regelmäßig Kontakt zu seiner Familie und Lebensgefährtin zu halten?

Er wird jeden Tag verhört, es sei ihm aber keine Gewalt angetan worden. Er durfte nur einmal seine Freundin und Mutter seiner zwei Kinder anrufen, dabei hat er den Hungerstreik angekündigt, Alexandra D'Onofrio, seine Freundin, hat das dann publik gemacht. Es geht ihm soweit gut, doch ist er seit mehreren Tagen im Hungerstreik und nimmt nur Flüssigkeit zu sich. Ein Arzt wurde jedoch wohl zu ihm gelassen. Gabriele del Grandes Situation ist bis zum heutigen Tag unverändert.<

Nachtrag:
Kurz vor Drucklegung dieses Heftes erreichte uns die erlösende Nachricht, dass Gabriel del Grande am 24. April 2017 freigelassen wurde. Um auf die skandalösen Umstände seiner Verhaftung sowie seine Arbeit aufmerksam zu machen, haben wir uns entschlossen, das Interview in seiner ursprünglichen Form, quasi als Zeitdokument, zu belassen. Aus dem gleichen Grund drucken wir auf der folgenden Seite zusätzlich noch einmal unser Interview mit Del Grande zu seinem Film „Auf der Seite der Braut“ ab.

„Dank eines weißen Teppichs aus Bräuten“

Mit dem Film „Io sto con la sposa“ (dt. ‚Auf der Seite der Braut‘) erzählen Gabriele del Grande, Antonio Augugliaro und Khaled Soliman al Nassiry, wie sie syrische Flüchtlinge als Hochzeitsgesellschaft getarnt von Italien nach Schweden schmuggeln. Der Film ist ein Dokumentarfilm, gleichzeitig aber auch eine fantastische Geschichte. Ein Interview mit Gabriele del Grande, der unter anderen den Menschenrechtspreis der Stiftung PRO ASYL bekommen hat. Von Agnes Andrae



Wie entstand die Idee zu diesem Filmprojekt?

Das hat sich alles zufällig ergeben. Im September 2013 war ich als Kriegsberichterstatter in Syrien. Einen Monat später kehrte ich zurück nach Mailand, wo ich zurzeit lebe, und fand heraus, dass täglich hunderte unregistrierte syrische Flüchtlinge an unserem Hauptbahnhof ankamen. Ich ging mit einem Freund dorthin, Khaled Soliman Al Nassiry, einem Dichter aus Damaskus, der in Mailand lebt. Wir fanden heraus, dass es sich ausschließlich um Leute handelte, die per Boot aus Libyen und Ägypten nach Italien geschmuggelt wurden. Sie kamen nach Mailand auf der Suche nach Schmugglern, die ihnen dabei helfen sollten, ihre Reise weiter Richtung Nordeuropa fortzusetzen. Als wir eines Tages am Bahnhof waren, trafen wir einen Mann namens Abdallah. Er war einer der wenigen Überlebenden des Schiffunglücks vor Lampedusa am 11. Oktober. Wir freundeten uns

miteinander an und als wir am selben Abend nach Hause kamen, entschlossen wir uns, ihm einen Gefallen zu tun. Und dann kamen wir auf die Idee mit der Braut. Wir sprachen mit Antonio Augugliaro, einem weiteren Freund von uns, und er hielt es nicht nur für eine gute Idee, sondern überzeugte uns auch davon, einen Film darüber zu machen. So fing das an.

Wer sind die Hauptfiguren und wie hast Du sie kennen gelernt?

Die Hauptfiguren des Films sind die fünf syrischen Palästinenser und Syrer, denen wir dabei geholfen haben, halb Europa in Richtung Schweden zu durchqueren. Außerdem die Braut, ein syrisch-palästinensisches Mädchen – sie hatte zwar aufgrund ihrer Aufenthaltserlaubnis kein Problem, aber wollte trotzdem unser Projekt unterstützen und daran teilnehmen. Dann ist da noch die ganze Gruppe von Scheinhochzeitsgästen, bestehend aus 18 Menschen (ItalienerInnen, SyrerInnen und PalästinenserInnen), die das Risiko auf sich zu nehmen bereit waren, sich an diesem Akt friedlichen Widerstandes zu beteiligen.

Wie ist es ihnen seit Ende des Drehs ergangen? Wie ist ihre jetzige Situation?

Nach Erscheinen des Films wurden sie alle als Flüchtlinge anerkannt. Drei von ihnen leben zurzeit in

Schweden. Zwei weitere wurden entsprechend der Dublin-Konvention zurück nach Italien geschickt und befinden sich nun dort in politischem Asyl.

Gab es für Dich rechtliche Konsequenzen?

Während der Reise standen wir unter der Gefahr, festgenommen zu werden. Nun besteht das Risiko, dass uns jemand denunziert und wir vor Gericht gestellt werden. Wir hoffen, dass nichts passiert, aber falls doch, dann sind wir und unsere Anwälte dazu bereit, uns nicht nur zu verteidigen, sondern außerdem dafür zu sorgen, dass aus diesem Prozess ein Prozess um gewisse unmenschliche Gesetze und Immobilität wird.

Was für Reaktionen habt ihr auf den Film bekommen?

Nun, das Feedback war großartig! Wir wurden für das Filmfest in Venedig ausgewählt! Es gab sehr viel Presse um den Film, dank eines weißen Teppichs aus Bräuten, die nach Venedig gekommen waren, nur um unser Projekt zu unterstützen.

Planst Du weitere Projekte?

Ehrlich? Nein. Zumindest nicht momentan. Ich bin viel zu beschäftigt mit dem Vertrieb des Films!



„Io sto con la sposa“. („An der Seite der Braut“) Dokumentarfilm. Italien/Palästina 2014. Regie: Antonio Augugliaro, Gabriele Del Grande, Khaled Soliman Al Nassiry.

„Ein tief gespaltenes Land“

Als Mitglied der „Nein-Kampagne München“ zum Referendum in der Türkei informierte Başak Özdemir Menschen vor Ort. Ein Bericht über ihre Arbeit und warum sie trotz Erdoğan's Sieg die Hoffnung auf eine demokratische Türkei nicht verliert. Von Başak Özdemir und Christine Wolfrum

In Deutschland leben 1,43 Millionen wahlberechtigte türkische Staatsangehörige. Unsere „Münih hayir kampanyasi“ auf Deutsch „Nein-Kampagne-München“ in diesem Frühjahr hatte ein zentrales Ziel: Wir versuchten, die Menschen zu erreichen, die sich noch nicht sicher waren, was sie wählen sollten, ebenso wie die, die gar nicht vorhatten, zur Abstimmung zu gehen.

Nicht zuletzt suchten wir aber auch mit denjenigen türkeistämmigen Deutschen oder Deutsch-Türk*innen den Dialog, die sich für Recep Tayyip Erdoğan's neue Machtfülle in einem künftigen Präsidialsystem starkmachten.

Ab Februar bauten wir Infostände auf, beispielsweise vor den Einkaufszentren MIRA am Hasenberg, dem Olympia-Einkaufszentrum, sowie im Ortsteil Pasing und in der Innenstadt am Goetheplatz. Während der Wahlperiode zwischen dem 27. März und 9. April postierten wir uns gegenüber dem Wahllokal.

Ein knappes Ergebnis

Immer wieder stellten wir fest: Wer sich für Erdoğan aussprach, wusste oftmals nicht, worum es in diesem Referendum überhaupt ging. Diese Wähler*innen waren vor allem für den einen starken Mann, der die

türkische Politik in den letzten Jahren dominiert hat. Oft kamen solche Antworten: „Das ist ein mächtiger Mann. Er weiß, was er macht – er bringt die Türkei vorwärts. Und er zeigt den Menschen in Europa, wie stark die Türkei ist!“ Manche nannten auch religiöse Gründe. Rationale Gründe nannten sie jedoch nicht.

Wer sich für Erdoğan aussprach, wusste oftmals nicht, worum es in diesem Referendum überhaupt ging.

Interessanterweise machten wir bei unseren Gesprächen am Infostand bereits die Erfahrung, dass es zu einem engen Kopf-an-Kopf-Rennen kommen könnte. Das knappe Ergebnis zugunsten Erdoğan's mit 51,4 Prozent kam für uns deshalb nicht wirklich überraschend. Damit hatten wir tatsächlich gerechnet.

Überrascht hat uns eher die hohe Wahlbeteiligung in der Türkei mit rund 86 Prozent.

Dagegen machten in Deutschland nur rund 46 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Recht überhaupt Gebrauch. Da muss man sich schon die Frage stellen: Warum gingen so viele nicht wählen? An unseren Ständen sagten einige Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft: „Ich lebe hier. Ist mir egal, was dort passiert.“ Oft sind das wohl auch Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, sehr gut integriert, aber ohne großes politisches Interesse. Da müsste man mal laut und vor allem öffentlich darüber nachdenken: Wo und wie wird politische Bildung hier in Deutschland Kindern und Jugendlichen vermittelt?



Manipulationsvorwürfe gibt es nach diesem Referendum auch wieder. Unter anderem kritisieren Wahlbeobachter*innen scharf, dass die oberste Wahlbehörde Stimmzettel ohne offiziellen Stempel als gültig erklärte. Während die Abstimmung schon lief, tauchten plötzlich viele solcher Zettel auf. Schwerwiegende Manipulationsvorwürfe gab es bereits bei den beiden letzten Wahlen in der Türkei. Getan hatte sich danach nichts. Also geht unsere Gruppe davon aus, dass die Wahl – so wie sie ist – als legitim gilt.

Başak Özdemir
arbeitet in der
Bildungsberatung
für Geflüchtete

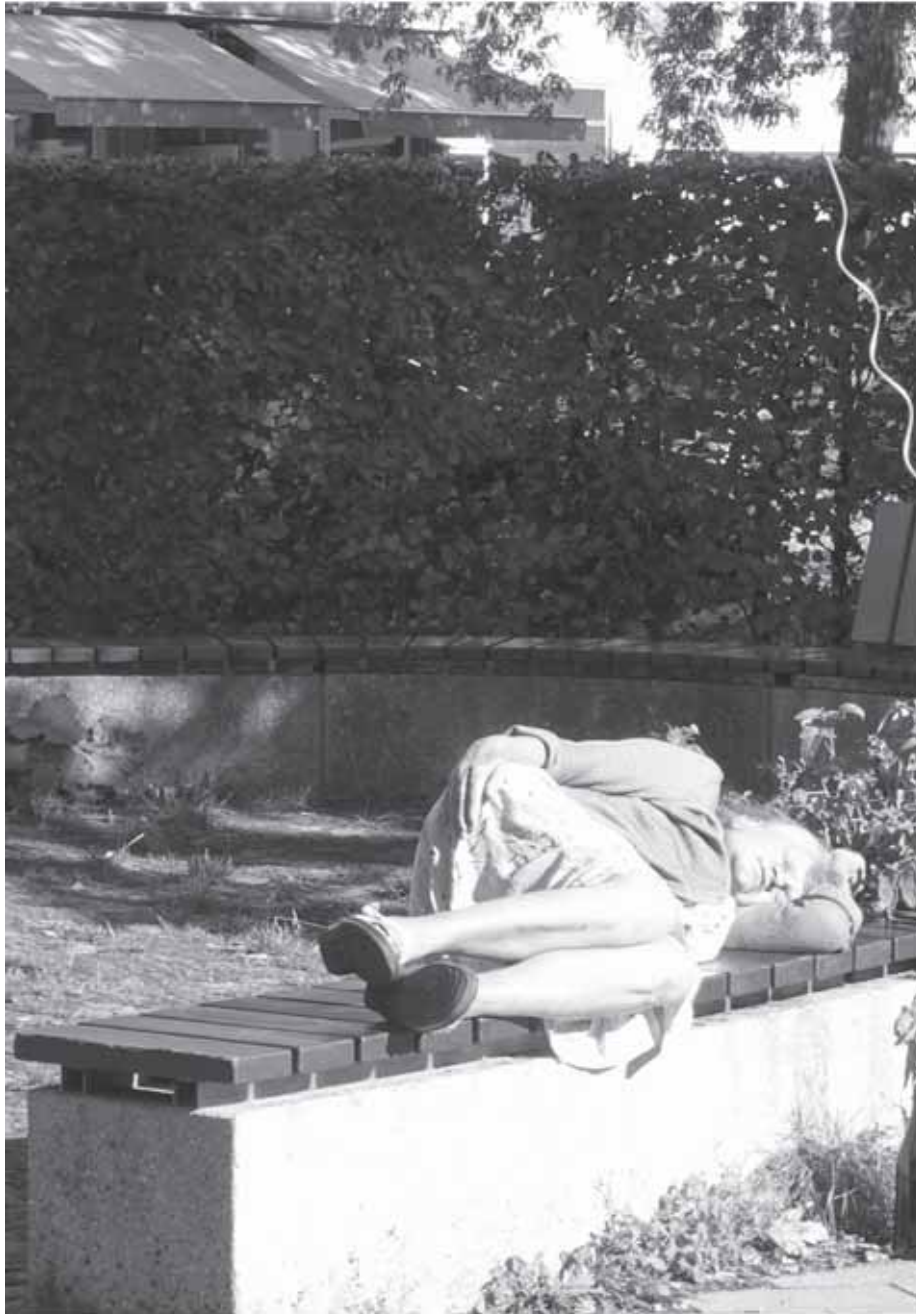
Christine Wolfrum
ist Wissenschafts-
journalistin und
Buchautorin in
München

Ein Riesenerfolg: Ohne viel Sendezeit fast 50 Prozent der Wähler*innen gewonnen

Was bei diesem beinahe Patt-Ergebnis oftmals in Vergessenheit gerät: Fast 90 Prozent der Zeit im türkischen Fernsehen belegten Sendungen, die für Erdoğan Umbauten im politischen System und die AKP warben. Gleiches galt für die Berichterstattung in den Printmedien. Die Opposition erhielt kaum Sendeplatz – keine faire Ausgangsbasis. Obendrein wurden die Vorsitzenden der aktivsten Oppositionspartei, der HDP, zuvor verhaftet. Vor diesem Hintergrund ist das Nein-Ergebnis fast unglaublich. Bei einem genaueren Blick darauf, lässt sich schnell erkennen, dass Metropolen wie Ankara, Izmir und Istanbul mit einem klaren „Nein“ votierten. Zum ersten Mal stellt sich damit Istanbul gegen Erdoğan, der dort seine politische Karriere begann. Zum ersten Mal hat er dort eine Wahl verloren. Ein gutes Zeichen! Und: Ist es überhaupt legitim die Verfassung zu ändern, wenn fast die Hälfte aller Wähler*innen dagegen stimmen? Dieses Referendum hat das Land tief gespalten. Seitdem die Ergebnisse draußen sind, gehen die Menschen wieder auf die Straße. Zwar kann von Massenprotesten noch keine Rede sein. Doch der Ton gewinnt an Schärfe. Erdoğan kann darüber nicht wirklich glücklich sein: Jetzt hat er zu viele Gegner*innen. Die kann er nicht alle ins Gefängnis werfen!<



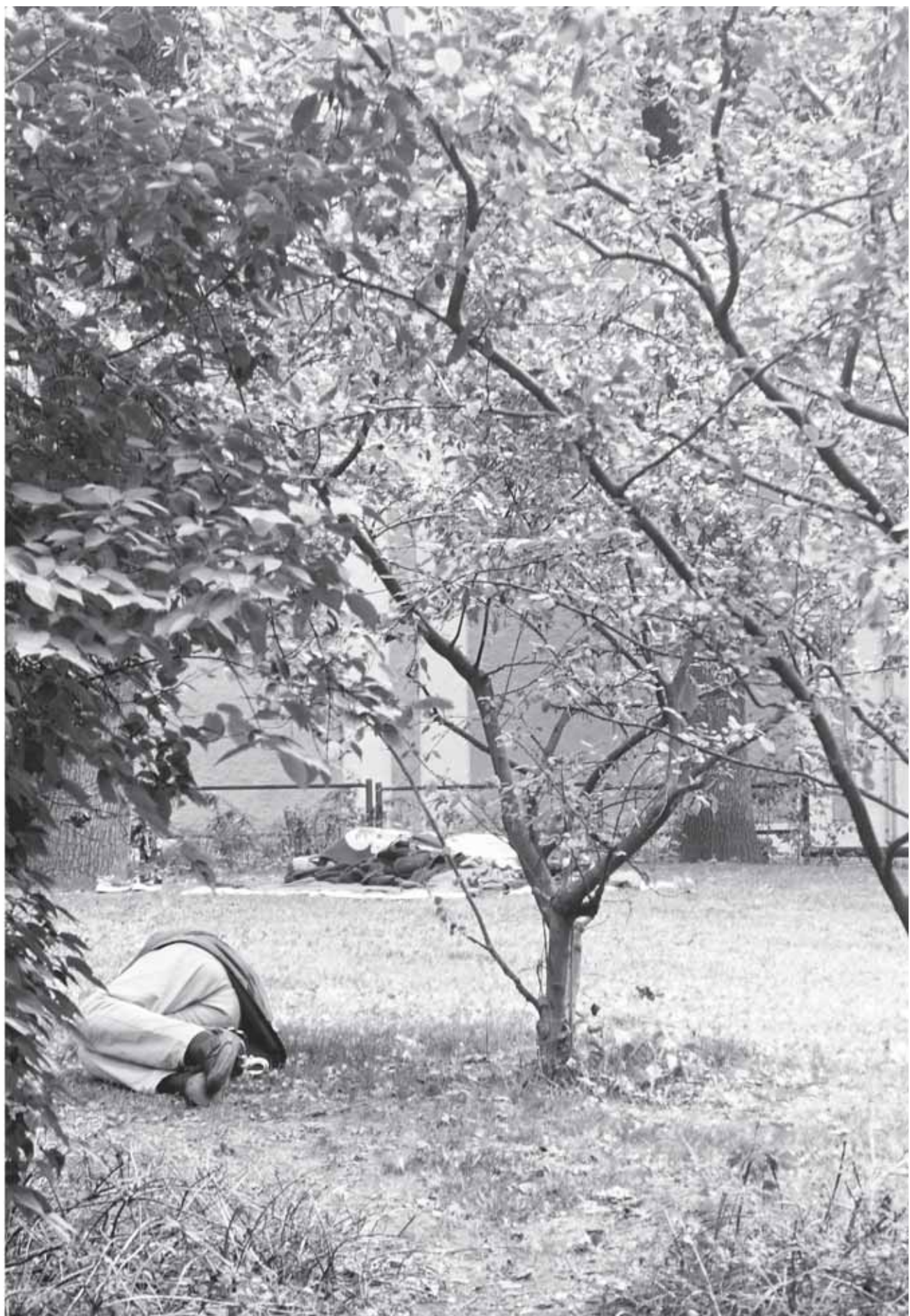
Öffentliche Ablage



Das Privateste was wir so tun, das ist wohl unser Schlaf. Denn, wenn wir uns hinlegen und langsam wegdämmern, dann sind wir in uns selbst versunken, praktisch abgeschaltet und somit wehrlos und ausgeliefert. Weil das so ist, widmen wir uns dieser grundlegenden Tätigkeit meist in geschlossenen und geschützten Räumen, vor allzu neugierigen Blicken verborgen. Umso interessanter wird es daher immer dann, wenn diesem wichtigen Grundbedürfnis im öffentlichen Raum nachgegangen wird (oder werden muss), denn dann wird der öffentliche Schlafende zu einer Installation.

Eine Reihe dieser lebenden Kunstwerke wurden von der Fotografin Andrea Huber für die Hinterland eingefangen.









„Sandkästen als privater Raum für Kinder“

Peter engagiert sich ehrenamtlich bei der Asylberatung im Bellevue di Monaco in München. Seit Herbst 2014 arbeitet er außerdem ehrenamtlich in einer Gemeinschaftsunterkunft in Niederbayern. Ein Interview von Jana Weidhaase

Was ist für dich privat?

Für mich ist privat nicht-öffentlich. Zurückgezogen. Meine Wohnung, wenn ich meine Tür hinter mir schließe, im Gegensatz zu einem Geschäftsbetrieb. Privat ist für mich, wenn ich allein oder mit Freunden in einer zwanglosen Atmosphäre bin und dort keine Geschäfte betreiben muss.

Wie schützt du die Privatsphäre von Geflüchteten, mit denen du in Kontakt kommst?

Ich, deren Privatsphäre?

Ja.

Ich habe sehr lange die Kinder in den Kindergarten gefahren. Ich habe, glaube ich, über ein Jahr lang keine Privaträume von Geflüchteten betreten, weil ich denke: Das ist aufdringlich. Mittlerweile werde ich hereingebeten. Dann mache ich das auch. Ich kann die fremde Privatsphäre schlecht schützen. Als Freund habe ich dort gar nichts zu sagen. Und alles, was das Landratsamt dort macht oder nicht macht, ist Gesetz. Im letzten Sommer habe ich Sandkästen für die Kinder besorgt. Da kann man auch sagen: Das ist ein Privatraum für Kinder. Davor war es nicht gewünscht, dass Kinder irgendwelche Spielgeräte in der Unterkunft haben. Ich versuche einfach, den Menschen mit Respekt zu begegnen. Mehr kann ich eigentlich nicht tun.

Wie viel fragst du Geflüchtete nach ihrem Privatleben oder auch nach ihren Gründen für die Flucht?

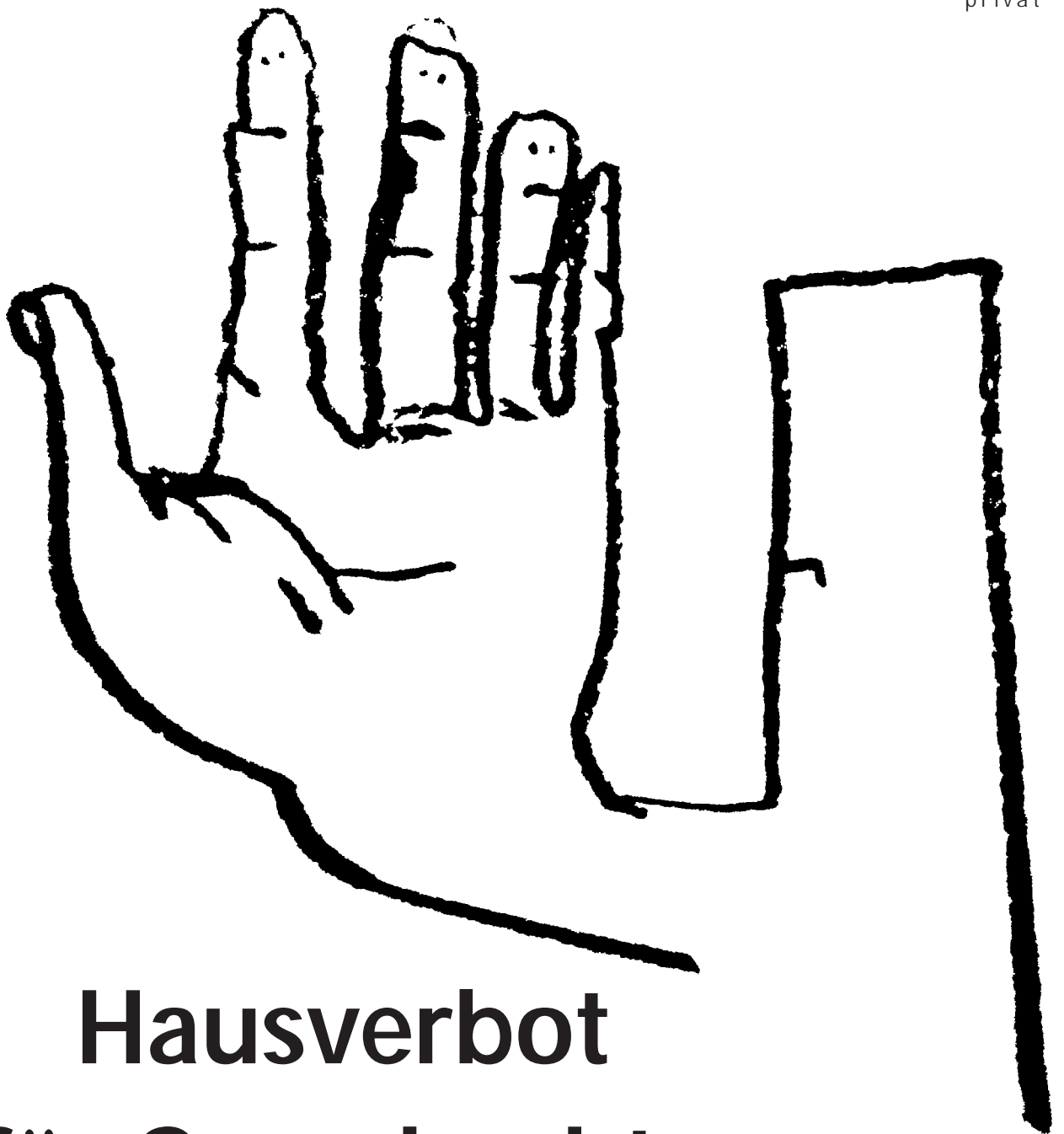
Ich habe für mich selbst entschieden, nicht viel zu fragen. Ich bin immer wieder überrascht. Ein Mädchen hat mir erzählt, sie ist vor allem deswegen geflohen, weil ihre Mutter nicht wollte, dass sie bei einem großen Ritual beschnitten wird. Deswegen ist sie da. Das zeigt mir ein gewisses Vertrauen, ich will sie aber nicht ausfragen. Als eine Nigerianerin neulich einen Bescheid als 'offensichtlich unbegründet' bekommen hat, da habe ich mir schon gedacht, ich muss ein bisschen mehr nachfragen. Ich halte mich aber sehr zurück. Die Leute erzählen mir, was sie von sich aus wollen. Und sie laden mich beispielsweise zum Geburtstag ihrer Kinder ein. Nachfragen finde ich ein bisschen aufdringlich und peinlich. Dahinter steckt eine Geilheit nach Geschichten: Wie oft ist auf dich geschossen worden? Bist du mehrmals vergewaltigt worden? Ich kenne die Leute jetzt und hier. Und alles, was sich beim Reden ergibt oder was aus praktischen Gründen erfragt werden muss, ist okay.

Wie schützt du deine eigene Privatsphäre?

Das ist schwierig. Ich bin im Winter 2016 von Niederbayern nach München geflüchtet. Die Geflüchteten dort hatten aber meine Telefonnummer.

Du bist also vor den Flüchtlingen geflüchtet?

Ja, ich habe es nicht mehr ausgehalten. Der Helferkreis ist dort sehr schlecht organisiert. Im Dezember kamen sehr viele Syrer, da wir eine Grenzstadt sind. Ich habe die Menschen an meinem Fenster vorbeigehen sehen. Die Leute wurden jeweils in Fünfteilerblöcken nach Deutschland herein gelassen. Das war wirklich sehr dramatisch. Ich habe einen hohen Anspruch an mich. Als ich damals in der Unterkunft engagiert war, hatte ich das Gefühl, ich bin da, ich muss rund und die Uhr helfen. Ich bin dann erst einmal einen Monat weggefahren. Ich versuche inzwischen, immer klare Ansagen zu machen: An welchem Tag habe ich wieviel Zeit – und helfe.<



Hausverbot für Grundrechte

Es wäre die Aufgabe der deutschen Bundesländer, Aufnahmeeinrichtungen für Geflohene nicht nur zu schaffen, sondern auch zu betreiben. Der Staat gibt die Verantwortung jedoch häufig an private Unternehmen ab. Und gefährdet so auf fahrlässige Weise die Grundrechte der Betroffenen. Unter dem Deckmantel des harmlosen und vermeintlichen Hausrechts können private Betreiber*innen willkürlich und ungeprüft Hausverbote aussprechen. Eine kleine Studie zu Hausrecht und der Normalität einer unhaltbaren Praxis. Von Anne Marlen Engler.

Willkür an der Tagesordnung: Hausverbote in Berliner Aufnahmeeinrichtungen

Im März dieses Jahres hat das Berliner Verwaltungsgericht über die Obdachlosigkeit eines Geflüchteten entschieden. Sein Antrag auf Unterbringung wurde verweigert, nachdem er in einer Einrichtung zweimal ein Hausverbot erhalten hatte. Den Verboten „lag beide Male im Wesentlichen zugrunde, dass der Antragsteller in seinem Zimmer geraucht hatte“.

Hausverbote für Asylbewerber*innen in Aufnahmeeinrichtungen sind dabei keine Seltenheit. Sie werden zum einen den Bewohner*innen selbst erteilt, und zwar nicht nur, wenn sie sich nicht an Hausordnungen halten, wie im Fall des Rauchens im Zimmer. Anderen Geflüchteten wird der Zutritt auch verwehrt, wenn sie „lästige Nachfragen“ stellen, oder sich über etwas beschweren. Andererseits werden Hausverbote gezielt eingesetzt, um Supporter*innen und politische Initiativen aus den Lagern fernzuhalten. Teilweise werden sie dann nicht einmal bestimmten Personen ausgesprochen, sondern kollektiv. „Du bist Teil der Gruppe so und so und hast hier Hausverbot.“

Wer setzt das Hausverbot durch? Meistens die privaten Sicherheitsfirmen, denen die Regierung die Überwachung von Aufnahmeeinrichtungen anvertraut hat. Eine Begründung gibt es nicht und ebenfalls keine Möglichkeit zur Stellungnahme. Mitgliedern des Berliner Lager Mobilisation Networks berichteten, dass ihnen der Zutritt in eine Unterkunft im Berliner Stadtteil Wedding verweigert wurde. „Und wie gewöhnlich, ließen sie, Lager-Verantwortliche und das *WISAG-Security-Team*, uns nicht herein, um die Leute, die uns eingeladen hatten, besuchen zu können. Stattdessen wurde uns gesagt, dass ihr ‚Hausrecht‘ [des Security Teams] gelte und wir ohnehin alle ein ‚Hausverbot‘ hätten.“

Geflohene überwachen? Das machen jetzt die Manager

Die Wohnpflicht für bis zu sechs Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen und später in Gemeinschaftsunterkünften ist an sich schon skandalös genug. Ganz neue Probleme ergeben sich durch die vermehrte Übertragung des ‚Unterbringungsmanagements‘ von

Geflüchteten an private Anbieter*innen. Zur Durchsetzung ihres Hausrechts bedienen sich die privaten Anbieter*innen, anderer, meist ebenfalls privater

Sicherheitsfirmen. Diese deklarieren ein Hausverbot oft nur mündlich, formlos und unbegründet und berufen sich darauf, lediglich an Maßstäbe der Gewerbeordnung gebunden zu sein. Das dürfen sie auch – zum Teil. Denn anders als staatliche Einrichtungen, können sie sich richtiger Weise nicht der Rechtsform des Verwaltungsaktes bedienen. Das ist einerseits gut, weil sie eben nicht für ihr komplettes Handeln die

staatliche Verwaltung inklusive Gewaltmonopol im Rücken haben. Andererseits wird dabei so getan, also könne man in Sachen Hausrecht schalten und walten wie man wolle. Dem ist aber nicht so.

Tatsächlich greifen die Betreiber*innen und privaten Sicherheitsfirmen massiv in die Grundrechte sowohl der Bewohner*innen als auch der Besucher*innen ein – ohne dabei rechtliche Maßstäbe der öffentlichen Verwaltung, insbesondere den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, einzuhalten.

Das dürfen die doch gar nicht?! Doppelter Boden von Hausrecht und Hausverbot

Die Selbstverständlichkeit mit der die Betreiber*innen und ihre Sicherheitsdienste willkürlich von Hausverboten Gebrauch machen, fehlt jede rechtliche Grundlage. Der Begriff Hausrecht ist rechtlich nicht definiert. Für das private Hausrecht leitet er sich, nach allgemeiner Auffassung, aus dem Eigentum und dem daraus folgenden Anspruch auf Selbsthilfe und Unterlassung ab (siehe §§ 903 S. 1, 861, 1004 BGB). Für das öffentlich-rechtliche Hausrecht leitet sich der Anspruch aus dem Rechtsgrund der ungestörten, ordnungsgemäßen Verwaltungstätigkeit ab. Klar ist: Auch die privaten Anbieter*innen dürfen das ihnen übertragene Hausrecht – sei es privat oder nicht – nur eingeschränkt ausüben. Auch klar ist: Das Aussprechen eines Hausverbots – das im Gegensatz zum Hausverweis auf die Zukunft gerichtet ist – steht keineswegs den Sicherheitsdiensten zu, sondern wenn dann nur den Hausrechtsinhaber*innen. Diese sind im Falle Berlins nach § 2 Abs. 4 des Betreibervertrags der oder die Betreiber*in von Unterkünften. Die zuständige Behörde, in diesem Fall das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo), muss in jedem Fall

Anderen Geflüchteten wird der Zutritt verwehrt, wenn sie „lästige Nachfragen“ stellen.

über Hausverbote informiert werden und kann gegebenenfalls abweichende Entscheidungen treffen. Rechtlich hat das alles zur Folge, dass der Rahmen, in dem sich die Betreiber- und Sicherheitsfirmen bei der Ausübung des Hausrechts bewegen, eng und mit dem eines „Hausmeisters“ zu vergleichen ist.

Flüchtlingsunterkünfte:
Grundrechte müssen leider draußen bleiben

Wie der rechtliche Rahmen genau aussieht, hängt davon ab, inwieweit die Auftraggeber*innen der Sicherheitsdienste (die Betreiber*innen) als privatrechtlich organisierte juristische Personen an Grundrechte gebunden sind. Dies richtet sich danach, inwiefern es sich beim Betrieb der Unterkünfte um eine hoheitliche Aufgabe handelt. Nach § 44 AsylG sind es die Bundesländer, die mit der Schaffung und Unterhaltung der Aufnahmeeinrichtungen (Erstaufnahme und Notunterkünfte) beauftragt wären. Zu der Erhaltung und Schaffung der Gemeinschaftsunterkünfte finden sich keine weiteren Bestimmungen im Asylgesetz. Entsprechend wird die Ansicht vertreten, dass es sich beim Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften nicht unbedingt um ein hoheitliches Aufgabengebiet handele. Dem ist jedoch entschieden zu widersprechen. Die Tatsache, dass die Regierungen das lästige Management der Unterkünfte an private Anbieter*innen abwälzen und der Gesetzgeber noch dazu versagt, Klarheit zu schaffen, entbindet sie nicht von ihrer Verantwortung. Zumindest der Betrieb einer Aufnahmeeinrichtung stellt aber nach geltendem Recht eine öffentlich-rechtliche Aufgabe dar, bei der die Betreibenden an grundrechtliche Maßstäbe gebunden sind. Dabei spielt es keine Rolle, dass zur Erfüllung staatlicher Aufgabe private Unternehmen einbezogen werden, die wiederum private Sicherheitsfirmen beauftragen. Private Anbieter*innen hin oder her, Flucht ins Privatrecht ist nicht, die Grundrechtsbindung gilt.

Für Berlin hat dies jüngst treffend das Gutachten über Hausverbote und Qualitätsstandards der Rechtsanwält*innen Dombert und Scharfenberg festgestellt, das von der *Willkommensinitiative Kreuzberg Hilft* im Rahmen langer Auseinandersetzungen mit den Betreiber*innen zweier notbelegter Turnhallen in

Auftrag gegeben wurde. Das Gutachten stellt fest, dass die Betreiber der Unterkünfte als Verwaltungshelfer tätig werden. Sonst nichts. Entsprechend gelten für sie dieselben Maßstäbe wie für deren öffentlich-rechtlichen Auftraggeber*innen, in diesem Fall das Land Berlin. Und dieses ist unmittelbar der Achtung von Verfassung und Grundrechten verpflichtet. Und in die darf nicht unverhältnismäßig stark eingegriffen werden.

Das zeigt auch die Fraport-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. In dem Streit darüber, ob politischer Protest in einem teilweise privatrechtlich organisierten Flughafen grundrechtlich geschützt ist, stellte das Bundesverfassungsgericht damals fest, dass die Ausübung des Hausrechts durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip beschränkt ist: „Die öffentliche Hand [kann] zwar die zivilrechtlichen Eigentümerbefugnisse - wie vorliegend das Hausrecht - nutzen, jedoch entheben diese nicht davon, insbesondere einseitig verbindliche Entscheidungen durch legitime Gemeinwohlzwecke am Maßstab der Grundrechte und des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zu rechtfertigen.“

Hausverbote für politisch aktive Besucher*innen werden vor allem eingesetzt, um störende Meinungen fernzuhalten bzw. zu sanktionieren.

Zum Abschied
ein Blumenstrauß an
Grundrechtseingriffen

Die Sorglosigkeit mit der Betreiber*innen und Sicherheitsfirmen ihre Autorität ausspielen hat jedoch drastische Folgen. Für die Bewohner*innen können Hausverbote zu Obdachlosigkeit führen. Insbesondere wenn die Weitervermittlung an eine andere Unterkünfte durch die Überlastung der Behörden verzögert wird. Die privaten

Firmen schränken das Besuchsrecht von Geflohenen ein, wenn sie politischen Unterstützer*innen den Eintritt in die Unterkunft verwehren. Hausverbote für politisch aktive Besucher*innen werden jedoch vor allem eingesetzt, um störende Meinungen fernzuhalten bzw. zu sanktionieren.

Einschlägige gerichtliche Entscheidungen zu Hausverboten in Flüchtlingsunterkünften gibt es bislang leider nicht. Auch das Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin vom 1.3.2017 schafft insofern wenig Klarheit, als dass es die Frage nach einem generellen Anspruch auf Unterbringung behandelt, die generelle Rechtmäßigkeit der Erteilung von Hausverboten in Unterkünften jedoch ausspart.

Anne Marlen Engler *lebt in Berlin und beschäftigt sich mit Rechtsstaatlichkeit und Flüchtlingsunterkünften.*

Diese Leerstelle ist umso eklatanter, als dass die Hausverbote zahlreiche Grundrechtseingriffe zur Folge haben. Diese Grundrechte haben jedoch eine einschränkende Rückwirkung auf den Gebrauch bzw. Missbrauch von Hausverboten, der bisher ignoriert wird. Betroffen ist hier zunächst das Recht auf körperliche Unversehrtheit aus Art. 2 II GG, demzufolge jedem, der unfreiwillig obdachlos wird, ein Anspruch auf Unterbringung zusteht. Darüber hinaus kann in den Fällen, in denen den Bewohner*innen durch Hausverbote ein Besuch von Unterstützer*innen oder Freund*innen verwehrt wird, auch Art. 13, der die Unverletzlichkeit der Wohnung schützt, betroffen sein. Ebenfalls findet hier zumindest das allgemeine Persönlichkeitsrecht Anwendung, das schützt, dass jeder „sich selbst überlassen ist oder mit anderen Personen seines besonderen Vertrauens verkehren kann“¹. Doch nicht nur die Grundrechte der Bewohnenden werden unverhältnismäßig beschnitten. Was die Grundrechte der Besucher*innen betrifft, so wird je nach Grund des Besuchs zumindest die allgemeine Handlungsfreiheit Art 2 I GG beschränkt. Handelt es sich jedoch um einen Besuch, um etwa Flyer zu verteilen und die Zustände in der Unterkunft anzusprechen, so wird dieser im Rahmen der Meinungsfreiheit geschützt. Auch hier kann die Fraport-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts weiterhelfen. „Erst recht ausgeschlossen sind Verbote zu dem Zweck, bestimmte Meinungsäußerungen allein deshalb zu unterbinden, weil sie von der Beklagten nicht geteilt, inhaltlich missbilligt oder wegen kritischer Aussagen gegenüber dem betreffenden Unternehmen als geschäftsschädigend beurteilt werden.“

Skandalisiert das Hausrecht
– Vor's Gericht mit Hausverboten!

Hausverbote in Flüchtlingsunterkünften greifen sowohl in die Grundrechte der Bewohner*innen als auch die der Unterstützer*innen ein. Die Betreiber*innen und Sicherheitsfirmen sind – als Verwaltungshelfer – verpflichtet, diese Rechte einzuhalten. Wenn jedoch an ganze Gruppen, statt an Einzelpersonen, und noch dazu ohne Erklärung, Hausverbote ausgesprochen werden, Supporter*innen rausgeschmissen, weil sie in

Ein Besuch um etwa Flyer zu verteilen und die Zustände in der Unterkunft anzusprechen ist im Rahmen der Meinungsfreiheit geschützt.

einer Willkommensinitiative mithelfen, Geflohene, weil sie sich einmal nicht an die Hausordnung gehalten oder über Qualitätsstandards beschwert haben, per Hausverbot ausgesperrt und zur Obdachlosigkeit verdammt werden, dann ist das eine schlichtweg unverhältnismäßige Praxis.

Das größte Problem: Der Staat duckt sich weg, zieht sie nicht zur Verantwortung. Bisher gibt es kein gerichtliches Urteil, das diesen Eingriffen in Grundrechte wirksam Einhalt gebietet. Ein Urteil, das ein scheinbar ganz normales, völlig harmloses Vorgehen, nämlich als Hausherr von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen, wie es einem so passt, trennscharf festlegt, könnte hier hilfreich sein, um dieser Praxis ein Ende zu setzen. Da sich der Staat jedoch bisher nicht einmischt, wird es vom Kampfgeist der Betroffenen abhängen, auf juristischen Wegen gegen die Normalisierung ungerechtfertigter Grundrechtseingriffe vorzugehen und sich gegen unzulässige Hausverbote zu verteidigen.<

¹ BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des Zweiten Senats vom 27. Juli 2009, Rn. 16.

„Mach dich nackt“

– oder die Frage nach den Fluchtursachen

Herr J. kam als Geflüchteter nach Deutschland. Er liebt es *Sherlock Holmes* und *The Newsroom* zu schauen. Sein Lieblingsfußballverein ist der FC Bayern; Volleyball und Theater spielen mag er ebenso. Hier berichtet er von seinen Erfahrungen mit der vermeintlich kleinen aber sehr privaten Frage, warum er denn geflüchtet sei. Ein Interview von Agnes Andrae.

„Warum bist du geflohen?“
– Wie oft hast du diese Frage schon gehört?

Sehr oft. Und jedem Mal habe ich mich schlecht gefühlt. Jeder erwartet, dass ich selbstverständlich darauf antworte. Sie erwarten auch, dass ich ihnen die Frage nicht übel nehme und keine bösen Absichten dahinter vermute. Selbst wenn es mir unangenehm war, habe ich trotzdem meistens geantwortet. Ich bin politisch sehr aktiv, aber die Frage verletzt mich dennoch. Es schwingt dabei immer mit: Ich bin nicht von hier! Warum bin ich hier und was habe ich hier zu suchen? So habe ich die Frage immer verstanden.

Hast du dann das Gefühl, dich rechtfertigen zu müssen?

Ja. Manche wollen hören, ob ich wegen Geld hierher gekommen bin und ob die Klischees über Flüchtlinge wahr sind. In vielen Fällen, habe ich ausführlich auf die Frage geantwortet, weil ich die Leute aufklären wollte. Ich erkläre meistens, wie die Lage allgemein in meinem Land ist und dann, wie es bei mir privat gelaufen ist. Aber, wenn ich einen schlechten Tag habe, sage ich nur: Das ist eine lange Geschichte, reden wir irgendwann später einmal darüber. Oder ich sage ganz offen: Das ist mir unangenehm, ich möchte nicht darauf antworten.

Die Leute überschreiten mit dieser Frage eine private Grenze?

Ja, jeder hat für sich seine private Grenze. Manche wollen nicht über private Dinge, wie zum Beispiel über das Verhältnis zum eigenen Vater reden. Es kann sein, dass Personen aus sexuellen Gründen geflüchtet sind. Deswegen ist es sehr belastend, über Fluchtgründe zu sprechen. Fluchtursachen sind immer privat. Darüber redet man nur mit der Anwältin oder dem Anwalt oder mit den Betreuern. Diese Personen haben Schweigepflicht, genauso wie ein Arzt. Wenn ein Arzt eine Person nackt sieht, ist das vergleichbar mit einem Anwalt, der das Schicksal einer Person erfährt. Wenn ich mir das Recht herausnehme und frage, wieso bist du geflüchtet, sage ich indirekt: Mach dich nackt und erzähle mir alles über deine Vergangenheit. Das darf nicht jeder machen. Ich frage ja auch nicht jeden: Ist deine Mutter tot, wieso lebst du allein, wieso ist dein Vater Alkoholiker? Wenn ich Anhörungsvorbereitungen mit anderen mache, bin ich sehr vorsichtig. Ich frage immer: Möchten Sie darüber reden? Aber wenn man diese Frage beim Kaffeetrinken oder auf dem Fußballplatz stellt, dann ist das sehr unangenehm.

Wünschst du dir da mehr Einfühlungsvermögen?

Mehr als das. Das Recht, diese Frage zu stellen, haben nicht sehr viele Personen: Beispielsweise meine Betreuerin, mein Anwalt oder mir sehr nahestehende Menschen. Da stört es mich nicht, diese Frage zu beantworten. Dafür muss Verständnis herrschen. Wir müssen alle nachdenklicher an diese Themen herangehen. Ich finde es sehr unangenehm, dass ich manchmal anders behandelt werde. Weil ich Geflüchteter bin, erzählen viele Menschen selten von sich selbst oder machen keine Witze. Sie versuchen immer ernst zu bleiben. Es besteht Unsicherheit darüber, wie sie einen jungen Geflüchteten kennen lernen und wie sie mit mir Zeit verbringen können. Ich bin ein ganz normaler Mensch. Ich will über Serien oder Fußball oder meine Hobbys oder einfach nur über das Wetter reden. Früher, als ich noch nicht so lange in Deutschland war, war das noch schlimmer. Die Leute sind ganz anders mit mir umgegangen als heute. Ich erwarte von meinen Mitmenschen, dass sie auf mich zugehen und den Antrieb haben, einen Menschen kennen zu lernen und nicht einen Menschen, der im Krieg war.<



„Rückzugsräume? Wenn 2-3 Personen in einem Zimmer leben und die Security neben deiner Zimmertüre sitzt, dann ist klar, dass es keine Rückzugsräume gibt.“

(Andrew)





PULSM

TASCHEN UND RUCKSÄCKE SIND NICHT ERLAUBT IN DER KANTINE

Bags and backpacks are prohibited

Çanta dhe çanta shpine janë të ndaluara

Torbe i rančevi su zabranjeni

Сумки и рюкзаки запрещены

Taschenverbot
Erstellt: Lea Schwabe
Datum: 02.09.2016

Geprüft: Kerstin Eröd
Datum: 05.09.2016

Seite 1/1
Freigegeben: Oliver Lipp
Datum: 05.09.2016



PULSM

ESSENSZEITEN

Mealtimes | Vaktet e ngrënies | оброка | питание

FRÜHSTÜCK

Breakfast | Mëngjes | доручак | завтрак

07:30 – 10:00

MITTAGESSEN

Lunch | Drekë | ручак | обед

13:00 – 14:30

ABENDESSEN

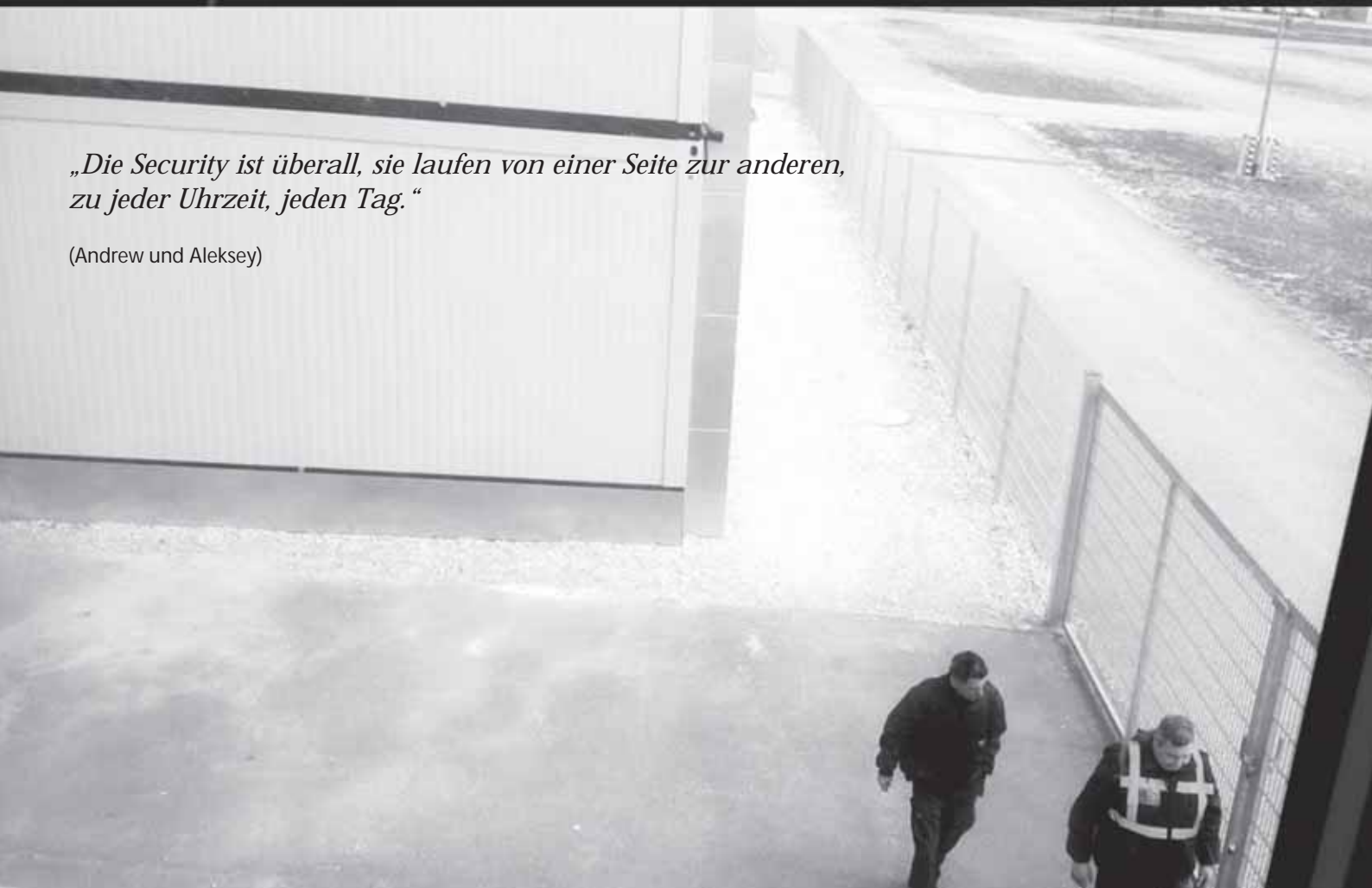
Dinner | Darkë | вечера | ужин

18:00 – 19:30



*„Die Security ist überall, sie laufen von einer Seite zur anderen,
zu jeder Uhrzeit, jeden Tag.“*

(Andrew und Aleksey)





*„Heute saß ich beim Frühstück alleine mit fünf
Securities im Saal. Und alle haben mich beobachtet,
wie ich esse.“*

(Ludmila)



„Du kannst diese zwei Brotscheiben nicht mit nach draußen nehmen“

In bayerischen Abschiebelagern herrscht ein festes System der alltäglichen Kontrolle. Für die Menschen, die hier leben müssen, ist eine selbstbestimmte Lebensführung nicht vorgesehen. Vom Autor*innenkollektiv INGA. Die Fotos stammen von Bewohner*innen.

Weil es verboten ist, Essen oder Trinken mit ins Lager zu nehmen, wird der Geburtstagskuchen und Wein über den Zaun geschmuggelt. Gleichzeitig müssen Securities und Mitarbeiter*innen der Betreiberfirma *PulsM* abgelenkt werden. Geburtstagsfeiern sind im Abschiebelager eine Special Operation, erzählt der 23-jährige Aleksey.

Seit der Eröffnung der Abschiebelager im Herbst 2015 in Ingolstadt, Manching und Bamberg wohnen dort Menschen unter der vollen Kontrolle der Regierung von Oberbayern. Die Ankunfts- und Rückführungsanstalten (ARE)¹ werden von *PulsM* und Securities 24 Stunden, sieben Tage die Woche „betreut“. Um die Anwesenheit in den Lagern zu prüfen, gibt es Einlasskontrollen beim Besuch der Kantine. Zutritt nur nach Unterschrift. Wer drei Tage hintereinander nicht unterschreibt, gilt als gesucht und wird aus dem Sozialsystem ausgeschieden, berichtet uns der 27-jährige Andrew aus einem der Abschiebelager in Ingolstadt.

„Immer, wenn du in die Kantine essen gehst, musst du unterschreiben, um zu beweisen, dass du noch da bist. Wenn du deine Verwandten oder Freunde

besuchen möchtest, dann musst du zur ZAB gehen und fragen, ob du diese Personen besuchen darfst. Und sie denken darüber nach. 2-3 Tage. Vielleicht geben wir ihm die Erlaubnis. Vielleicht nicht ...“ (Aleksey)

Der § 56 AsylG erlaubt den Menschen nur den Aufenthalt innerhalb des Stadtgebiets und dessen näherem Umkreis. Für Leute aus den Abschiebelagern in und um Ingolstadt bedeutet das, dass man selbst für einen Besuch des eine Stunde entfernt liegenden Münchens, eine Erlaubnis bei der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) einholen muss. Alle Besuche außerhalb Ingolstadts, von Verwandten oder Freund*innen, sind nur mit dem Segen der Ausländerbehörden in Form einer Berechtigung möglich.

Der Zugang zur eigenen Unterkunft ist nur mit Ausweis- und Taschenkontrolle möglich. Freund*innen, die zu Besuch kommen, müssen ihre Ausweise abgeben und sich am Eingang einen Besucher*innenausweis abholen, um in die Lager, beziehungsweise den Besucher*innenraum zu gelangen. Andrew meint dazu: „Du kannst Besuch empfangen, aber die Security mag das nicht.“²

Nichts liegt mehr in der eigenen Entscheidung

Nicht nur An- und Abwesenheit – auch der Alltag der Menschen im Abschiebelager unterliegt strengen Vorgaben. Die 58-jährige Ludmila beschreibt die Situation mit den Worten: „Wir sind immer unter Kontrolle. Wir können nicht einmal ein Brot mit aus der Küche nehmen.“ Auch alle elektronischen Geräte, die über ein Handy hinausgehen, sind streng verboten. Laptops müssen leider draußen bleiben.

Was aber passiert mit Menschen, wenn sie ihr Essen und den Zeitpunkt von Mahlzeiten nicht mehr selbst wählen können? Es nicht mehr in der eigenen Entscheidung liegt, mit was sie ihr Zimmer ausstatten? Verbotsschilder den Lebensbereich zieren? Wenn selbst die Entscheidung von Ärzt*innenbesuchen und die Arbeitserlaubnis öffentlich geregelt sind? Wenn versucht wird, ihnen jede Perspektive auf eine Zukunft zu nehmen? Erst im Gespräch mit Menschen, die in den Lagern untergebracht sind, wird klar, wie stark sie in ihren privaten Entscheidungen eingeschränkt werden.

Die Security sitzt neben deiner Zimmertüre

Nach Artikel 12 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte darf kein Mensch „willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden.“ Weiter heißt es: „Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.“ Dies zählt scheinbar nicht mehr, sobald man sich in einem Lager befindet.

Zimmerdurchsuchungen nach Nahrungsmitteln oder verbotenen Elektrogeräten sind in den oberbayrischen Lagern der Normalzustand. Wertgegenstände müssen hier alle immer bei sich tragen – denn in den Abschiebelagern gibt es keine Schlüssler. Weder können „Privaträume“ verschlossen werden, noch besteht die Möglichkeit, sich innerhalb des Lagers zurückzuziehen, allein zu sein.

„In diesem Zimmer wohnen nur Frauen. Jede Nacht haben wir Angst. Wir haben schon oft nach einem Schlüssel gefragt, aber hier bekommt man keinen Schlüssel. Deswegen versuchen wir, mit einem Stuhl die Tür abzusperrern. Vor Angst können wir oft nicht schlafen. Hier im Lager kann/darf man auch die

Duschen nicht abschließen. Deswegen gehen wir immer zu zweit oder zu viert. Immer mit Unsicherheit und Angst.“ (Foto-Ausstellung: Inside Abschiebelager)³

Die Räume sind in der Regel von mehreren Personen bewohnt. Nicht einmal die Duschen bieten Rückzugsraum. Frauen erzählen auch an anderer Stelle, dass sie nie alleine zum Duschen gehen und gegenseitig Wache halten, während die jeweils anderen sich waschen. Der einzig absperrbare Raum im Abschiebelager P3 in Ingolstadt, in dem Menschen allein sein können, ist die Toilette. Um für sich zu sein, gehen die Menschen aus den Lagern im Park spazieren, oder ziehen sich an anderen Orten außerhalb der Lager zurück. Bei der Frage nach Privatheit antwortet Andrew:

„Rückzugsräume? Wenn 2-3 Personen in einem Zimmer leben und die Security neben deiner Zimmertüre sitzt, dann ist klar, dass es keine Rückzugsräume gibt.“ (Andrew)

Und Aleksey, der in derselben Unterkunft in Ingolstadt wohnt, ergänzt: „Wir haben kein Privatleben.“ Nach einer kurzen Überlegung fügt er hinzu: „Es ist wie im Gefängnis“.⁴

Im Gespräch mit Menschen, die in den Abschiebelagern untergebracht sind, taucht dieser Vergleich immer wieder auf, wenn es darum geht, ihren Alltag dort zu beschreiben. Die beiden sind sich einig:

„Wir haben kein privates Leben. Wir leben hier mit vielen Menschen zusammen, die Security ist überall, sie laufen von einer Seite zur anderen, zu jeder Uhrzeit, jeden Tag.“ (Andrew und Aleksey)

Sie machen nie eine Ausnahme

Auch Ludmila erzählt, wie belastend die Situation durch die ständige Beobachtung der Mitarbeiter*innen des Sicherheitspersonals und der Betreiberfirma in den Abschiebelagern ist.

„Heute saß ich beim Frühstück alleine mit fünf Securitys im Saal. Und alle haben mich beobachtet, wie ich esse. Und danach hat einer der Fünf gesagt, du kannst die zwei Brotscheiben nicht mit nach draußen nehmen.“ (Ludmila)

„Jede Nacht haben wir Angst“

Besonders an den alltäglichen Dingen, wie der Entscheidung wann und was gegessen werden kann, wird deutlich, wie die totale Kontrolle in den Abschiebelagern das Leben der Menschen beschränkt.

„Es ist verboten Essen mit auf unsere Zimmer zu nehmen. Wenn es mir schlecht geht, habe ich oft beim Abendessen keinen Appetit. Dann würde ich gerne etwas für später auf mein Zimmer mitnehmen. Aber das ist verboten. Dann liege ich oft nachts mit Hunger im Bett. Viele Mütter haben mit ihren kleinen Kindern das gleiche Problem. Aber Securities machen nie eine Ausnahme.“ (Foto-Ausstellung: Inside Abschiebelager)

Auch ob man krank ist, entscheiden nicht mehr die Personen selbst. Um eine Überstellung zum Arzt oder zu einer Ärztin zu bekommen, wird eine Bewilligung benötigt. Die Beamt*innen vor Ort, nicht die Person selbst entscheiden, ob ein Ärzt*innenbesuch nötig ist oder nicht.

Du kannst nur mit denen aus dem Camp sprechen

Arbeit bedeutet für die Menschen in den Lagern nicht nur Unabhängigkeit von finanzieller Unterstützung, sondern ist in der modernen kapitalistischen Gesellschaft ein wichtiger Bereich des sozialen Anschlusses und der Inklusion in die Gesellschaft.

„Das Wichtigste für mich ist arbeiten und studieren zu können. Wenn ich arbeiten kann, dann kann ich Geld verdienen, um eine Wohnung zu finden und ein gutes Leben zu führen und ich könnte Steuern zahlen. Aber jetzt geben sie mir ein bisschen Geld und ich tue nichts. Das ist komplett verrückt für mich.“ (Aleksey)

Das Recht auf Arbeit ist Menschen aus „sicheren“ Herkunftsländern⁵ in Deutschland komplett verwehrt. Für Menschen aus der Ukraine, die ebenfalls in den Abschiebelagern in Ingolstadt und Manching wohnen, ist die Ausländerbehörde zuständig. Diese kann nach Ermessen Arbeitserlaubnisse verteilen oder eben nicht. Ludmila sagt dazu:

„Ich sehe, dass mein Sohn immer stärkere Depressionen bekommt, weil er nicht arbeiten kann. Sie versuchen uns psychologisch fertig zu machen, damit wir zurück in die Ukraine gehen. Damit töten sie uns langsam.“ (Ludmila)

Was für die Erwachsenen die Arbeit ist, ist für die Kinder die Schule. Nur nach dem hartnäckigen Kampf, um die Anerkennung der allgemeinen Schulpflicht, können heute vereinzelt Kinder Schulen in Ingolstadt besuchen. Dem Recht auf Bildung wird in den Abschiebelagern aktiv entgegen gewirkt. Im Ersatzunterricht in den Lagern wird kein Deutsch gesprochen. Die Kinder verstehen nicht, warum sie Unterricht auf Englisch haben, wo sie doch in Deutschland und nicht in England sind. Auch den Erwachsenen wird systematisch der Zugang zu Deutschkursen verwehrt.

„Wenn du hier nicht arbeitest, hast du kein Geld, du lernst die Sprache nicht, du kannst mit niemandem sprechen, nur mit denen aus dem Camp.“ (Andrew)

Zur „freiwilligen Ausreise“ gedrängt

Nicht nur in den Abschiebelagern, sondern deutschlandweit, werden nur die Menschen mit guter Bleibeperspektive in dem Wunsch die Sprache zu lernen unterstützt. Mit den falschen Papieren ist der Deutschkurs politisch nicht gewollt, egal wie groß die eigene Motivation ist. Das Bedürfnis sich Verständigen zu können, muss anstehen hinter der politischen Entscheidung, Menschen keine Perspektive in Deutschland zu geben.

„Ich verstehe nicht, warum die Menschen aus Syrien und dem Irak die „guten Flüchtlinge“ sind und die Menschen aus dem Balkan, der Ukraine und Afghanistan zum Beispiel nicht. Alle Menschen haben gute Gründe, warum sie flüchten.“ (Aleksey)

Das Ankommen in Deutschland wird für die Bewohner*innen der Abschiebelager systematisch erschwert, um ihnen keine Perspektiven in Deutschland zu bieten. Durch die dauerhafte Konfrontation mit ihrer Chancenlosigkeit und den schrecklichen Lebensbedingungen werden sie zur sogenannten „freiwilligen Ausreise“ gedrängt. Menschen sind nach dem Plan der Regierung von Oberbayern dort nur „kurzzeitig“ untergebracht, um auf die Abschiebung in ihr Herkunftsland zu warten. Doch Aleksey und viele andere sind schon über ein Jahr ohne Zukunftsperspektive in Deutschland.

„Sie versuchen uns psychologisch fertig zu machen“

„Seit 1 ½ Jahren bin ich hier und kann nichts tun. Ich weiß nicht, ob es eine Perspektive für mich gibt. Ich sehe, dass ich keine Perspektive in Deutschland habe. Ich kann nicht zurück in die Ukraine.“
(Aleksey)

Fremdbestimmte Lebensführung

Die Abschiebelager in Bamberg, Ingolstadt und Manching sind Teil einer europäischen Politik der Abschottung und Abschiebung. Menschen werden nach Nationen und nicht mehr nach ihren persönlichen Erfahrungen und Bedürfnissen in die Kategorien „gute“ und „schlechte“ Bleibeperspektiven eingeordnet.

„In der UN-Konvention steht, dass eine geflüchtete Person keine Nationalität hat. Aber die Regierung schaut nur auf deinen Pass.“ (Ludmila)

Wie erklärt man Menschen, dass sie nur mit den „richtigen“ Papieren arbeiten können? Wie sieht eine gerechte Argumentation aus, die manche Menschen in vollüberwachte Lager – weit entfernt von der Zivilbevölkerung – steckt, andere hingegen zu Integrationskursen auf Androhung von Sanktionen zwingt? Aleksey fordert von den Politiker*innen: „Wenn ihr etwas unterschreibt, denkt an die Menschen. Sagt nicht etwas und macht etwas anderes. Hört auf uns zu belügen.“

Die allgemeine Lebensführung von Menschen wird durch die rechtlichen und bürokratischen Regelungen des deutschen Asylsystems stark eingeschränkt. Der Lebensverlauf wird durch die Behörden fremdbestimmt. Nicht selten hängen Entscheidungen von der Laune von Beamt*innen ab. Die Situation ist unbegreiflich. Menschen, die aus ihren Heimatländern vor lebensbedrohlichen Situationen und Korruption fliehen, begegnen in der Europäischen Union zunächst den gewalttätigen und ungerechten staatlichen Institutionen der Asylpolitik. Das politische System ignoriert Krankheiten und persönliche Schicksale und organisiert pauschale Sammelabschiebungen zurück in die Ungewissheit, anstatt Schutz zu bieten.

Ständige Angst vor Abschiebungen

Die Situation, der die Menschen aus „sicheren Herkunftsländern“ im Asylverfahren ausgesetzt sind, zerstört aktiv die psychische und physische Gesund-

heit von Menschen. In den Abschiebelagern kommt die Polizei in der Regel mehrmals die Woche, um Menschen in den frühen Morgenstunden abzuholen. Um die Kommunikation mit Dritten zu verhindern, wird Menschen, die abgeschoben werden das Telefon abgenommen. Sie haben nur wenige Minuten Zeit, um ihr Hab und Gut zusammenzupacken, bevor sie in ihre Heimatländer zurückgeschoben werden. Dort sind die Menschen schwierigen bis zu lebensbedrohlichen Situationen ausgeliefert. Durch die ständige Angst vor Abschiebungen ist der Schlafrhythmus von vielen Menschen in den Abschiebelagern stark gestört.

Kinder und Erwachsene sind durch die ständige Stresssituation in den Lagern stark belastet.

Eine Familie mit drei Kindern wurde durch den Versuch sie in ihr Heimatland abzuschieben nachweislich stark traumatisiert.⁶ Die Polizei kam früh morgens in das Zimmer der Familie und

legte dem Vater und dem minderjährigen Sohn Handschellen an und fesselte ihre Füße. Erst als die 12-jährige Tochter und die Mutter am Flughafen zusammenbrechen, wird die Familie zurück in das Abschiebelager in Manching gebracht. Die Mutter ist stationär in eine Psychiatrie eingeliefert. Die jüngste, erst zweijährige Tochter, zeigt seit dem Abschiebversuch selbstverletzendes Verhalten. Ärzt*innen diagnostizieren ihr eine posttraumatische Belastungsstörung.

Trotz ärztlicher Bescheinigungen der schweren Erkrankungen einiger Familienmitglieder und dem wiederholten Hinweis darauf, dass sich Teile der Familie noch in ärztlicher Obhut befinden, wurde am Mittwoch, den 12. April 2017 erneut versucht die Familie abzuschieben. Damit brach die Regierung von Oberbayern den Grundsatz, Familien nicht durch Abschiebungen zu trennen. Die bayrischen Polizeibeamt*innen setzten die Abschiebung brutal durch. Erst am Flughafen in Frankfurt wurden die Einwände des Vaters und der Kinder gehört. Sie konnten zurück nach Ingolstadt, wo die Mutter in der Psychiatrie zurückgeblieben war. Eine andere Familie hatte an diesem Tag nicht das Glück, gehört zu werden. Der Familienvater wurde mit den Kindern in das Heimatland zurückgeflogen, während die verzweifelte Mutter alleine in Ingolstadt zurückblieb. Das Vorgehen der Regierung von Oberbayern in den Abschiebelagern zeigt, dass auch die letzten Skrupel beim Eingriff in die Privatheit von Menschen, durch die Praxis in den Abschiebelagern überwunden werden.

Nicht selten hängen Entscheidungen von der Laune der Beamt*innen ab

INGA (Infobusautor*innen gegen Abschiebelager. Inga ist ein Schreiber*innenkollektiv mit wechselnder Besetzung. Wir sind Menschen mit und ohne Papiere, die auf der Grundlage von eigenen oder erzählten Erfahrungen mit und in den Abschiebelagern Texte produzieren. Wir gehen davon aus das Texte nie alleine geschrieben werden. Alle Aufgaben von der Recherche, Diskussionen bis zum Korrekturlesen und Überarbeiten sind Teile eines Textes. Daher sehen wir das Schreiben als einen kollektiven Prozess der Vielen an.

Das Private ist politisch

„Das Private ist mit dem Politischen stark verknüpft. Wenn die Regierung etwas entscheidet, betreffen uns die Veränderungen direkt.“ (Ludmila)

Menschen in den Abschiebelagern fragen nach dem Warum? und werden nicht gehört. Es wird Zeit sich mit ihrem Kampf um Antworten zu solidarisieren. Wir müssen uns mit der Wahrheit vor unserer Haustüre zu befassen. Personen werden durch staatliche Institutionen systematisch unterdrückt. Sowie die Politik das Leben von Menschen hinter ihren Interessen anstellt, geht uns das alle etwas an. Wenn das private Leben durch politische Entscheidungen zerstört wird, dann ist es Zeit, dass private Probleme zum Interesse der Öffentlichkeit werden.<

Das Infobusprojekt:

Die Isolation in den Abschiebelagern durchbrechen! Vor circa einem Jahr begannen Leute regelmäßig nach Ingolstadt und Manching zu fahren, um sich mit den Menschen in den Abschiebelagern auszutauschen. Mittlerweile gibt es einen Bus der regelmäßig nach Ingolstadt fährt. Menschen mit Papieren und Bewohner*innen der Abschiebelagern kämpfen gemeinsam gegen die entmenslichende Behandlung und Isolation durch die Abschiebelager.

Das Team rund um den InfoBus versucht, Informationen aus dem Inneren der Abschiebelager nach draußen zu bringen und Informationen von außerhalb hinein. Sei es durch politischen Aktionen, Infoflyer, Öffentlichkeits- und Pressearbeit, oder in persönlichen Gesprächen. In konkreten Einzelfällen vermitteln wir Kontakte und suchen nach den letzten rechtlichen Möglichkeiten, um Abschiebungen zu verhindern. Um die inakzeptable Situation in der Lagern zu verbessern, ist es wichtig die Gesellschaft über die brutale Lagersituation aufzuklären. Mit dem InfoBus versuchen wir deshalb über den Alltag in den Abschiebelagern zu berichten, damit die bayerische Regierung und ihre Behörden nicht weiterhin unbemerkt das Leben von Menschen zerstören!

Bei Fragen zum InfoBus oder Interesse gemeinsam mit uns für die Abschaffung der Abschiebelager zu kämpfen, melde dich bei: infobus@fluechtlingsrat-bayern.de

¹ Die Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen werden hier bewusst als Abschiebelager bezeichnet, um einer Verharmlosung der Einrichtung durch politische Begrifflichkeiten entgegenzuwirken.

² Nahezu alle Zitate wurden vom Original ins Deutsche übersetzt.

³ Quelle: <http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/are-ingolstadt.html>

⁴ Trotz der objektiven Unterschiede zwischen den staatlichen Institutionen, „Justizvollzugsanstalten“ (JVA) und den „Ankunfts- und Rückführungsanstalten“ (ARE), und ohne die Bedingungen von Gefangenen relativieren zu wollen, ist dieser Vergleich, abseits einer Gleichstellung, dennoch wichtig. Um dadurch zu begreifen, wie stark die Einschränkungen durch die Regelungen im Abschiebelager, denen die Menschen

in ihrem alltäglichen Leben ausgeliefert sind, wahrgenommen werden.

⁵ Das Ausrufen von „sicheren Herkunftsländern“ wird taktisch genutzt, um die Fluchtmigration aus bestimmten Ländern zu begrenzen. Es wird pauschal davon ausgegangen, dass Menschen keinen berechtigten Grund auf Asyl vorzuweisen haben. Wirtschaftliche Problemlagen werden als unpolitisch und somit als Asylgrund gänzlich

abgelehnt. Dies in einem kapitalistischen System, welches auf der Verschränkung von Politik und Wirtschaft fußt, also der politischen Ökonomie. Zu den sicheren Herkunftsländern zählen aktuell Ghana, Senegal und die sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien-Herzegovina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien. (vgl. dazu auch die Hintergrundinformationen auf der Webseite von Pro Asyl:

<https://www.proasyl.de/hintergrund/was-heisst-eigentlich-sicheres-herkunftsland/>)

⁶ Quellen: Gespräch mit Mitgliedern der Familie und Pressemitteilung des Bayrischen Flüchtlingsrats vom 13.04.2017. Brutalität bei Abschiebungen in Bayern kennt keine Grenzen: <http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/beitrag/items/brutalitaet-bei-abschiebungen-in-bayern-kennt-keine-grenzen.html>

„Bei oberflächlichen Kontakten frage ich nichts Privates nach“

Petra ist ehrenamtliche Helferin beim Beraterteam im Bellevue di Monaco in München und arbeitet als Übersetzerin. Petra hat viele Hobbys wie Lesen, Fotografieren, Pétanque, Wandern, und Sprachen lernen. Ihre Lieblingssportvereine sind der Hockey-Verein EV Lindau Islanders und beim Fußball Borussia Dortmund. Ein Interview von Jana Weidhaase

Was ist für dich privat?

Eine schwierige Frage. Eigentlich das Gegenteil von öffentlich – privat ist also das, was bei mir zu Hause läuft. Und alles, was mit meinem nichtberuflichen Leben zusammenhängt, meine Freunde. Aber auch das Engagement beim Bellevue ist für mich privat. Ehrlich gesagt, habe ich mir noch nie überlegt, was für mich privat ist.

Wie viel fragst du geflüchtete Menschen nach Privatem, auch nach deren Fluchtgeschichten?

Eigentlich sehr wenig. Ich frage Leute, die ich noch nicht sehr gut kenne, prinzipiell nicht nach Privatem. Ich lasse das immer auf mich zukommen. Als Übersetzerin habe ich viel mit Geflüchteten aus Afrika zu tun und die kenne ich teilweise schon sehr lange. Einige habe ich begleitet vom Übersetzen der ersten Urkunden bis hin zur Einbürgerung. Dann kennt man sich, und da kommt schon auch viel Privates durch. Bei oberflächlichen Kontakten frage ich nichts Privates nach.

Wie schützt du deine eigene Privatsphäre, wie grenzt du dich ab?

Ich habe nicht das Gefühl, mich abgrenzen zu müssen. Ich habe nicht das Gefühl, ich werde in irgendeiner Form vereinnahmt. Eher merke ich das öfteren, dass mir Gespräche mit Geflüchteten sehr nahe gehen. Beim Schutz meiner Privatsphäre sehe ich aber keinen Unterschied zwischen meinem Alltag und meinem Ehrenamt.

Wie schützt du die Privatsphäre der Geflüchteten?

Den Bedarf habe ich nicht. Bei meinen Kunden habe ich sowieso Schweigepflicht. Im Ehrenamt würde ich auch keine Informationen nach außen geben. Die gehören nicht an die Öffentlichkeit – außer das ist bewusst so entschieden.<

Nix privat!

Wieviel Privatsphäre gesteht der Staat Geflüchteten eigentlich zu?

Anfang 2017 forderte die Bundesregierung, dass Asylsuchende bei ihrer Einreise den deutschen Behörden generell den Zugriff auf ihre persönlichen Smartphones ermöglichen müssen. Das kommt einer Offenlegung des gesamten Privatlebens der Betroffenen gleich. Nichts ist mehr privat. Weder die Kontakte, noch die Bilder oder der Mailverkehr. Schon jetzt werden bei Geflüchteten bei ihrer Ankunft in Deutschland eine Vielzahl persönlicher Daten abgefragt, die nicht im Zusammenhang mit dem Asylverfahren stehen. Es stellt sich also die Frage: Zu welchen Angaben sind geflüchtete Menschen eigentlich in der Praxis verpflichtet? Und wie verhält es sich mit ihrem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung?

Ein Kommentar von Thomas Mayer.

Geflüchtete werden bei der Stellung des Asylantrags erkennungsdienstlich behandelt (§ 16 Asylgesetz (AsylG)). Dabei werden Fotos sowie Abdrücke aller Finger erfasst und zentral beim Bundeskriminalamt (BKA) gespeichert, das diese Daten auch für andere Aufgaben wie die Verfolgung von Straftaten und die Gefahrenabwehr verwenden darf. Dabei muss die Stelle, die die Daten erfasst wie beispielsweise die Bundespolizei, Ausländerämter oder das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über diese Verwendung nicht informieren. Dies gilt im Übrigen nicht nur für Erwachsene, sondern bereits für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, sofern diese über vierzehn Jahre alt sind.

Vor wenigen Wochen wurde bekannt, dass im Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg die erkennungsdienstliche Erfassung von minderjährigen Geflüchteten von den Bundesbehörden kurzerhand an einen Träger der freien Jugendhilfe übertragen wurde. Sozialarbeiter*innen übernehmen mal schnell Behördenaufgaben – wie praktisch. Das ist abzulehnen, weil dadurch die Vertrauensposition der Helfenden benutzt wird. Gerade minderjährige und traumatisierte Geflüchtete benötigen eine umfassende psychologische Betreuung, die auf Vertrauen fußt. Wenn dieses Vertrauen missbraucht wird, kann ihnen nicht mehr effektiv geholfen werden.

Wenn sich ein Asylbewerber der erkennungsdienstlichen Behandlung widersetzt, weil er sich zum Beispiel wie ein Verbrecher behandelt fühlt, dann kann das als ein „Nichtbetreiben des Verfahrens“

gedeutet werden und bei einer strengen Auslegung die Rücknahme des Asylantrags (§ 33 AsylG) zur Folge haben. Ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens ist dann möglich. Allerdings kann das BAMF die Fortsetzung ablehnen, wenn es aus demselben Grund mehrfach zurückgenommen wurde.

Alle Asylsuchenden sind verpflichtet, an der „Aufklärung des Sachverhalts“ mitzuwirken, auch wenn sie von Anwält*innen oder anderen Bevollmächtigten vertreten werden (§ 15 AsylG). Dazu kann auf Verlangen die Überlassung von Pässen, Urkunden und sonstigen Unterlagen an die Behörden gehören. Auch durch eine Rücknahme des Asylantrags müssen Asylsuchende diesen Pflichten nachkommen.

Die Probleme in der Praxis

Geflüchtete werden so ständigem psychischen Druck ausgesetzt, da sie durch die erkennungsdienstliche Behandlung in den Erstaufnahmeeinrichtungen an die Erfassung der Daten bei den Behörden ihrer Herkunftsländer erinnert werden können. Speziell die Vorschrift, dass eine Verweigerung der Auskunft oder Erfassung bereits als Rücknahme des Antrags zu behandeln ist und bei mehrmaliger Rücknahme eine Einstellung des Verfahrens droht, ist dabei problematisch. Wenn sie mehrfach schildern müssen, wie sie verfolgt wurden, kann es zu einer Retraumatisierung und zu einer Verweigerungshaltung gegenüber staatlichen Behörden kommen. Wenigstens dürfen Personen, die die Anhörung durchführen, keine Uniform tragen (§ 24 Abs. 1a AsylG).

Die Pflicht, alle Pässe und Urkunden für den Nachweis der Identität an die Behörden herausgeben zu müssen, ist ein weiterer Kritikpunkt. Die Abnahme von Ausweispapieren gehört zu den klassischen Methoden in Diktaturen, mit denen Unterdrückte entindividualisiert werden. Gerade diese Entmenschlichung haben sehr viele Geflüchtete erfahren.

Die unsinnige Forderung nach Zugriff auf Smartphones

Die Forderung nach Zugriff auf Daten, die auf Smartphones von Geflüchteten gespeichert sind, gründet auf einer Behauptung des Bundesinnenministers Thomas de Maizière, der zufolge 30 Prozent der Bürgerkriegsflüchtlinge mit syrischen Pässen gar keine syrischen Staatsangehörigen seien. Gerade einmal 116 Pässe hat das BAMF nach eigenen Angaben im Jahr 2016 als gefälscht beanstandet. Allerdings stellte sich in 80 Prozent der Fälle heraus, dass die Inhaber*innen doch Syrer*innen waren. Die Zahl von de Maizière entpuppte sich demnach als dreiste Lüge.

Durch die Mitwirkungspflichten von Asylsuchenden versuchen die Behörden, die Identität der Geflüchteten festzustellen. Die Betroffenen müssen schon jetzt einen Datenstriptease durchführen, um als asylberechtigt gelten zu können. Eine Ausweitung der Pflichten würde nicht zu einer besseren Identifikation führen, sondern zu einer weiteren Beschneidung der informationellen Selbstbestimmung. Sieht so ein adäquater Umgang mit Schutzsuchenden aus? Wohl eher nicht.<



Thomas Mayer
befasst sich seit den
späten 1990er
Jahren mit
Überwachung und
Kontrolle in der
Gesellschaft und
betreibt seit 2000 die
Website dergrossebruder.org. Er ist
Kandidat für den
deutschen Bundestag für die
Piratenpartei im
Wahlkreis 218.

„Den Menschen, die ich berate, sage ich: Du musst mir nicht antworten“

Aydin ist Berater beim Infobus München und engagiert sich ehrenamtlich beim Beraterteam in der Asylberatung im Bellevue di Monaco in München. Aydin schaut im Fernsehen gerne Secret Army, die erste Staffel von True Detective, Die Simpsons, South Park, Die Kinder vom Berghof, Kolah ghermezi o pesar khaleh. Sein Hobby ist seine Arbeit. Ein Interview von Jana Weidhaase

Was ist für dich privat?

Meine Zahnbürste.

Was ist für dich Privatsphäre?

Privatsphäre ist für mich der Raum, in dem ich mich gerne allein befinde. Aber das ist etwas Materielles. Es gibt auch viele immaterielle Dinge, die für mich privat sind, wie meine Prägung. Das ist etwas für mich sehr Privates. Wie ich geprägt bin, meine Erziehung oder Geheimnisse, die ich habe. Wobei man Geheimnisse mit anderen teilen kann. Privates hat zwei verschiedenen Seiten.

Im Kontakt mit geflüchteten Menschen: Wie viele Fragen stellst du ihnen zu ihrer Privatsphäre, etwa zu ihrer Fluchtgeschichte?

Es kommt immer darauf an. Es braucht ein bisschen Zeit, bis ich mir ein Bild von einem Menschen gemacht habe. Erst dann kann ich herausfinden, welche Fragen ich stelle. Das mache ich oft intuitiv. Ich brauche immer Zeit. Deshalb dauern meine Gespräche lange. Die Frage kann ich daher nicht konkret beantworten. Private Fragen kann man auf tausende Arten und Weisen stellen. Man kann auch jemanden dazu zwingen, private Dinge zu erzählen, ohne Fragen zu stellen. Bei Fragen zur Fluchtgeschichte kommt es darauf an, wie viel Zeit ich habe. Wenn es um eine Anhörungsvorbereitung geht, dann

gehe ich schon ins Detail. Es kommt also darauf an, wieso ein Mensch bei mir in der Beratung sitzt und dann auch darauf, wie ich diesen Menschen einschätze. Einmal war ich auf einem Seminar und sollte dort in Gruppen junge Geflüchtete auf die Anhörung vorbereiten. Da haben wir zwei Interviews simuliert. Zwei Afghanen haben das gemacht, die die Anhörung bereits hinter sich hatten. Ich habe den Anhörer gespielt und fiese Fragen gestellt. Dabei kam ich darauf, dass deren Geschichte nicht schlüssig ist. Die beiden jungen Flüchtlinge meinten am Ende, genauso sei es auch in der Anhörung gewesen. Im Nachhinein war mir das peinlich. Eine andere Situation, die mir gerade einfällt, passierte vor zwei Monaten. Da beriet ich einen sehr jungen Mann, der eine sehr private Fluchtgeschichte erzählte. Es ging um Vergewaltigung. Da habe ich nachgehakt. Ich musste nachhaken, da es für die Beratung wichtig war. Aber ich war auch neugierig.

Wie schützt du deine eigene Privatsphäre? Wie viel gibst du von dir preis?

Sehr wenig. Ich habe meinen eigenen Schutzmechanismus automatisch entwickelt und erst im Nachhinein erfahren, dass ich mich so schütze. Ich erzähle immer von anderen, nicht von mir selbst – also von meinen Nächsten, meinen Eltern und Geschwistern. So kann ich Vertrauen aufbauen. Das

Vertrauen entsteht aber nicht zwischen mir und den anderen, sondern zwischen den anderen und meiner nächsten Umgebung. In sehr privaten Gesprächen gebe ich manchmal etwas preis. Aber das kommt selten vor. Ich bin eher introvertiert.

Wie schützt du die Privatsphäre der Geflüchteten?

Das ist ein Kompromiss. Im Fall der Vergewaltigung etwa musste ich mir eine zweite Meinung holen. Den Menschen, die ich berate, sage ich erst einmal: Du musst mir nicht antworten; du kannst antworten, wenn du willst. Ich frage nie nach dem Namen der Leute. Oder ich vergesse ihn sofort. Ob ich die Privatsphäre schütze? Wenn ich es mache, dann mache ich es ehrlich gesagt unbewusst. Ich glaube die Leute schützen sie selbst, wenn es nötig ist.<

Private Öffentlichkeit

Der öffentliche Raum, als Freiraum für Alle, wird zusehends eingeschränkt, reglementiert und verwertet. Umso mehr fallen die letzten, ganz privaten Nischen ins Auge.

Eine Fotostrecke über Verlust und Aneignung von Andrea Huber und Ralf Homann.



*Aufgeräumt: Unter dem Vordach des Münchner Hauptbahnhofs verschwindet der bisherige langjährige Treffpunkt für Wohnungsfliether*innen, Trinker*innen und andere Gestrandeten.*



*Angekettet:
In der Münchner Maxvorstadt dienen mittlerweile ausgediente Räder als private Parkplatzhalter, um den idealen Stellplatz für das eigentlich verwendete Fahrrad freizuhalten.*

Abgelegt: Auf den Sitzgelegenheiten von Bushaltestellen ist das Ablegen größtenteils unterbunden – auf den Sitzgelegenheiten im Wartebereich von Flughäfen hingegen nicht..



Abgesichert: Im Münchner Hofgarten ist das Flaschenpfand im Eimer.



Harte Kante: Vor einem Schnellimbiss in der Münchner Leopoldstraße ist dafür gesorgt, dass die Bordsteinkante auch nicht für kurze Zeit zum Sitz wird.



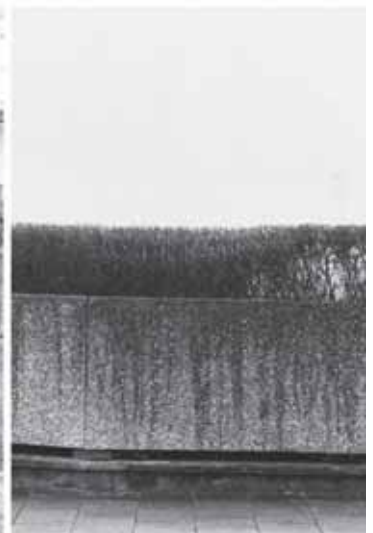
Zugenagelt: Diese Nische in der Paul-Heyse-Unterführung in München war bis vor kurzen noch ein viel genutzter Schlafplatz im Trocknen.



Zugedeckt: Die Abdeckplane sorgt dafür, dass die Bank ausschließlich von deren Besitzern besessen wird.



Zugedröhnt: Die Dauerbeschallung mit Wiener Walzerklängen sorgt am U-Bahnhof Odeonsplatz in München für eine kurze Verweildauer.





Aufgetischt: *Die Wiese vor der Münchner Wittelsbacher-Brücke wird zum mondänen Gartenlokal für Wohnungslose umgewidmet.*



Eingeplant: Am Isarufer, mitten in der Münchner Innenstadt, finden sich kleine private Rückzugsortchen für das halbwegs trockene Nachtlager.



Aufgeleert: Auf dem Platz vor dem Berliner Fernsehturm hat sich ein öffentliches Wohn- und Schlafzimmer etabliert.



Eingerichtet: Der Eingangsbereich einer Apotheke in der Münchner Leopoldstraße verwandelt sich nächtens zum temporären Schlafzimmer.



Aufgestellt: Ein Sperrmüllsofa läd auf einem Gehsteig im Münchner Norden zum verweilen ein.

Menschen zu brechen ist das Ziel

Vom Leben in Flüchtlingsunterkünften und darüber hinaus. Von Human

Station 1: Dortmund Containerdorf

Nach der Anhörung beim Bundesamt für Anerkennung Ausländischer Flüchtlinge werden wir in einem Containerdorf eines Dortmunder Randbezirkes untergebracht. Was für ein Hohn sich hinter diesem Namen verbirgt, denn anerkannt wurde hier niemand. Das Verzögern und Zermürben der Flüchtlinge hat sich diese Behörde zum Ziel gesetzt. Doch ihr kafkaeskes System richtete sich nach dem „Sommer der Migration“ 2015 gegen sich selbst und verdeutlichte ihre bewußte Unfähigkeit und den perversen Charakter.

Waren es zwei Nächte oder doch zwei Wochen? Ich weiß es nicht mehr. Möglicherweise hatte mein kindliches Gehirn sich

schon damals nach einer strapaziösen und langen Flucht daran gewöhnt, die unangenehmen Seiten des Lebens auszublenden und zu verdrängen. Der Flug von Kabul nach Masar-e-Scharif in einer Militärtransportmaschine. Die Tritte des kleinen oder großen Warlords, der die Kinder in der Kabine von den Sitzen schubste, um es sich bequem zu machen. Die Flughöhe setzte ihm zu und sein Blutdruck schien gegen die Decke zu knallen, als das Flugzeug auf dem Rücken der höchsten Gebirge des Pamirs ritt, um nicht von einer Rakete eines anderen Warlords getroffen zu werden. Nach der Landung stellten wir fest, dass in der Außenwand des Flugzeugs ein großes Loch klaffte. Auch das folgende zermürbende Verstecken als „Illegaler“ in den Transitstaaten blendete ich aus. In Dortmund spielen wir im Vorhof der Unterkunft mit

einem Stoffball und müssen die Nächte zu fünf in einem Container verbringen. Ich erinnere mich nicht an die Träume während dieser Nächte. Albträume waren es nicht. Möglicherweise habe ich die Flucht doch als eine Abenteuerreise wahrgenommen?

Station 2: Militärkaserne in Soest (Ostwestfalen)

Der Bus spuckt uns in eine ehemalige belgische Kaserne. Alles ist hier groß. Der Speisesaal bietet Platz für etwa 400 Personen. Die Duschräume müssen sich

jeweils etwa 50 Personen eines Geschlechts teilen. Die Zimmer bestehen aus Betten und Spinden. Im großen Hof wieder Fußballspielen. Das Geschrei ist groß, wenn die Männer die Toiletten der Frauen benutzen

und sie dreckig hinterlassen. Ich sehe aus dem Fenster und erblicke einige Menschen, die einen Bus besteigen. Sie wehren sich dagegen. Also werden sie nicht transferiert, sondern abgeschoben. Asylantrag abgelehnt, abschieben. Ich verstand Jahre später, welche Auswirkungen eine negative Entscheidung der Zermürbungsbehörde für den weiteren Lebensverlauf haben kann. Über die Weiterverteilung aus der Kaserne entscheidet der Regierungsbezirk Arnsberg. Es soll nach Siegen gehen. Einige Verwandte, die uns besuchen und für uns übersetzen, fragen, wo Siegen liegt und wie es dort aussieht. Sie bekommen als Antwort, es sehe dort aus wie in den USA. Mich und uns erfasst eine Vorfreude. Würden wir nun das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, nur eben im Kleinformat, betreten?

Die Tritte des kleinen oder großen Warlords



Station 3: Ehemalige Schule in Siegen

Ankunft in der Stadt der unbegrenzten Unmöglichkeiten. Im Sozialamt bekommen wir einen Sack vollgestopft mit Decken, Überzügen und Handtüchern. Als wir die Klassenzimmer betreten, merken wir, dass es außer den Betten und Spinden keine weitere Einrichtung gibt. Der Raum wird durch eine Mauer aus Spinden zweigeteilt. Links Schlafplätze, rechts der Wohnbereich. Irgendwo wird auch noch gekocht. Das Mobiliar stellen wir aus Sperrmüll zusammen. Hier werden Kindergeburtstage gefeiert, bei denen nur Flüchtlingskinder aus dem Heim dabei sind. Es kommen keine einheimischen Kinder oder ich möchte nicht, dass sie kommen – aus Angst, Scham und Schande. Hier werden Hausaufgaben gemacht, während die Jüngeren fernsehen. Hier weinen die Erwachsenen, weil sie ihr Heimatland verlassen und es somit den Raubtieren überlassen haben. Hier werden die Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft in den USA verfolgt. Hier dringt die Hundertschaft der Polizei ein und weckt die Familien mit Türschlägen. Die Taschenlampen leuchten und die Hunde schnüffeln und suchen etwas. Was sie suchen, wird nicht klar; sie verschwinden wieder. Hier werden Kinder zu Erwachsenen und die Erwachsenen zu Kindern, weil die Kinder ab jetzt die Verantwortung tragen. Sie sind als Sprach- und Kulturmittler und -mittlerinnen gefragt. Sie übernehmen Verantwortung nicht nur in diesen 20 Quadratmetern, sondern auch außerhalb des Zimmers. Welche Auswirkungen dies hat, wird deutlich, wenn

Hier werden Kinder zu Erwachsenen

der Vater sich den Kindern unterordnen muss. Der Keim eines Generationenkonfliktes in der Familie ist gepflanzt.

Hier muss die Erniedrigung in der Schule verarbeitet werden – denn in der Pause auf dem Schulhof wird „Wer hat Angst vor dem Schwarzen Mann“ gespielt. Und dieses Spiel wird im Sportunterricht fortgesetzt, denn während die Mannschaften zusammen gewählt werden, bleibt das Ausländerkind außen vor. Es wird ausgeschlossen und ihm wird auch gesagt, dass es nicht dazu gehört. Der Lehrer bekommt es mit und weiß dem Ausländerkind nicht zu helfen. Oder er hilft ihm bewusst nicht. Es fehlt nur noch, dass es angespuckt wird. Aber ein nichtdeutsches Sprichwort weiß: Die Wunden, die Menschen anderen Menschen mit dem Schwert zufügen, vergehen, doch die Wunden, die Menschen anderen Menschen mit der Sprache zufügen, heilen nicht.

Das Kind kann auch von seinen Eltern nicht unterstützt und geschützt werden, denn sie sind kaputt und werden durch die zermürbenden Asylprozesse und das Exildasein kaputt gemacht. Es erfolgt der Auszug in eine Wohnung. Nach der Besichtigung fragen die Eltern, ob in der neuen Wohnung das Badezimmer ein

Fenster hat oder das Haus an einer Hauptstraße liegt. Es ist auch egal: Die Flucht aus der Flüchtlingsunterkunft ist endlich gelungen! Die Flucht geht also weiter.

In der Folge, Umzug in eine andere Wohnung und dann in eine Studenten-Wohngemeinschaft, um später eine eigene Wohnung zu haben. Nächste Station: Ein Reihenhaus. Assimilation Deluxe.

Rückkehr in die Vergangenheit

An meinem ersten Tag als Übersetzer in der Erstaufnahmeeinrichtung in der Baierbrunnerstraße in München erinnert mich der Geruch von Angstschweiß daran, wie ich selbst in diesen Unterkünften gelebt habe. Ich muss visuelle Flashbacks der vergangenen Tage durchleben. Es ist nicht angenehm. In der Bayernkaserne wird es nicht besser. Die Jugendlichen scharen sich um mich und fragen, wie das Leben in Deutschland läuft. Beschissen läuft es und wird es laufen, wenn ihr nicht Acht gebt, denke ich. Ich soll in folgender Situation übersetzen: Ein Bewohner beschwert sich darüber, dass man das Wasser nicht auf kalt oder heiß umstellen kann: Entweder du erfrierst oder verbrennst. Wenn die Temperatur doch

einmal dazwischen liegt und das Wasser auf mein Haupt niedergeht, habe ich Gelegenheit, zu weinen. Ich weine, weil mir nicht geholfen wird und ich hier in diesem Lager nicht leben kann. Die Betreuerin sagt: „du kannst ja einen Antrag stellen, dass die Wasserregulierung besser funktionieren soll“. „Ich werde beantragen, dass das Lager geschlossen wird“, sagt der Klient. „Mach das nicht“, sagt die Betreuerin, „sonst verliere ich meinen Job“. Als der Bewohner rausgeht, sagt die Betreuerin: „Ich würde gerne sein orientalisches Feuer spüren.“ Ich empfehle ihr Edward Said und hoffe, dass er ihr das falsche Bild des Orients austreibt. Ein anderer Bewohner kommt mir entgegen und sagt: „Telefonieren!“ Telefonieren, das fällt hier unter Kommunikation mit der Außenwelt und über derartiges entscheiden in dieser Anstalt die Ärzt*innen. Wenn alle diese Irren telefonieren könnten, könnte der Wahnsinn sich doch verbreiten, sickerte durch die Telefondrähte und quetschte sich in die Ohren der ganzen armen Bevölkerung, um sie auch zu infizieren. Bekloppte überall, eine wahre Epidemie des Wahnsinns. Und weißt du was? Von uns hier ist kaum jemand geisteskrank. Ich weiß natürlich nicht, wie das bei dir aussieht, soweit ich weiß, könntest du den völligen Schuss loshaben. Aber deswegen bist du nicht hier, hier drin bist du wegen des Systems.

Jetzt und für immer?

Ich habe mir in meiner Zeit als Bewohner der Flüchtlingsunterkünfte und auch während meiner Arbeit in diesen oft die Frage nach dem Sinn gestellt. Und bin immer wieder auf das Gleiche gekommen: It's Kafka Baby. Das menschliche Individuum, das der Gewalt der institutionalisierten Gesetzlichkeit ausgeliefert ist. Flüchtlingsheime, -lager, -unterkünfte wird es solange geben, wie es Menschen auf der Erde geben wird. Die Konsequenz aus dieser Feststellung heißt aber nicht, dass wir es damit als eine gottgegebene Gesetzesmäßigkeit ansehen müssen. Sondern wir müssen die Routine in diesen Formen der Unterbringung unter- und durchbrechen. Die Kämpfe der Flüchtlinge, sich aus diesen Zwängen zu befreien, aber auch die kritische Öffentlichkeit, die das Schweigen in und um die Flüchtlingsunterkünfte nicht hinnehmen will, zeigen Wirkung. Sie erzeugen Risse und Brüche in den Narrativen und vorgeblichen Gesetzesmäßigkeiten, die besagen, dass Flüchtlinge in Lagern leben müssen.

It's Kafka Baby

Aktuell gibt es – noch – einen großen Unterschied zu früheren Phasen in der Unterbringung von Flüchtlingen: Heute gibt es die sogenannte dezentrale Unterbringung und die Menschen bekommen auch schneller die Möglichkeit, aus den Unterkünften in Wohnungen zu ziehen. Doch die

Zukunft soll nach den Vorstellungen der CSU und Bundesinnenminister Thomas de Maizières anders aussehen: Noch mehr Massenunterkünfte und Kasernierung sollen die Freiheiten der Flüchtlinge beschränken. Das hatte schon in der Vergangenheit fatale Folgen und wenn die Rückkehr zu den Lagern vollzogen wird, werden dadurch Menschen gebrochen.<

Human
*ist ein assimilierter
Ausländer und lebt
an der deutsch-öster-
reichischen Grenze.*



„Wir mussten uns zu 20 einen Raum teilen“

Saeed kommt aus Syrien und macht gerade seinen Integrationskurs. Er lebt seit eineinhalb Jahren in Deutschland und engagiert sich ehrenamtlich bei der Asylberatung im Bellevue di Monaco in München. Saeeds Lieblingsserie ist Game of Thrones. Er repariert leidenschaftlich gerne Dinge mit einem Getriebe, wie Uhren, Automaten, Spielsachen und analysiert deren mechanische Abläufe.

Ein Interview von Jana Weidhaase

Was bedeutet für dich privat?

Im Moment ist dieses Thema für mich schwierig. Im Mittleren Osten, da wo ich herkomme, ist Privatsphäre etwas sehr Wichtiges. Ich bin es gewöhnt, mein eigenes Zimmer zu haben, meinen eigenen Raum. Das vermisste ich hier sehr. Am Anfang, als ich hierher kam, mussten wir uns zu 20 einen Raum teilen. Mit völlig fremden Menschen. Alle aus demselben Land. Trotzdem war das ein sehr großes Problem für mich: Privatsphäre zu haben, ist da schwierig.

Wie schützt du deine Privatsphäre im Kontakt mit den Menschen, die dir ehrenamtlich oder professionell helfen?

Es kommt auf die Situation an: Manchmal frage ich nach, ob die Informationen, die ich preisgebe, an die Öffentlichkeit gehen. Ich würde meinen Fall und meine Daten nicht auf einer großen Plattform mit anderen teilen. Zum Beispiel auf Facebook würde ich nichts dergleichen posten. Wenn Fotos von mir gemacht werden, frage ich, ob und wo diese veröffentlicht werden. Manchmal fragen die Ehrenamtlichen oder Aktivist*innen, auch bevor sie Fotos von mir machen und, ob ich etwas dagegen habe. Manchmal aber ignorieren sie das vollkommen.

Wie viel fragst du Ehrenamtliche, Aktivist*innen oder andere über deren privates Leben?

Ich versuche immer nur so viel zu fragen, wie die anderen von sich preisgeben können. Man kann zuerst die üblichen Eingangsfragen stellen und dann sehen, wie viel die Menschen von sich erzählen wollen. Womit sie sich gut fühlen. Ich übe keinen Druck aus, um mehr aus ihrem Privatleben zu erfahren, außer jemand möchte private Dinge mit mir teilen. Das ist aber nichts, was man selbst entscheiden kann, sondern der andere entscheiden muss: Eben so viel preiszugeben, wie er oder sie möchte.

Wurden dir viele Fragen über dein Privatleben von Ehrenamtlichen gestellt? Vielleicht auch über deine Fluchtroute oder Fluchtgründe?

Ja. Die erste Frage war immer: Wieso bist du hierher gekommen? Wie bist du hergekommen und wieviel hast du dafür gezahlt? Was ist mit deiner Familie? Es wurden sehr viele Details aus meinem persönlichen Leben erfragt, aus meinem Leben in Syrien, aber auch aus meinem Leben hier: Was ich mache, wo ich wohne, wie ich für meinen Lebensunterhalt aufkomme. All solche Fragen...

Wie hast du dich dabei gefühlt?

Ich habe mich nicht sehr wohl gefühlt. Wenn es das richtige Setting ist, kann ich solche Fragen akzeptieren, aber manchmal nervt es wahnsinnig. Zum Beispiel Fragen, wieso ich mich nicht an Kämpfen beteiligt habe oder wieso ich nicht mein Land verteidige. Das ist so ignorant dem gegenüber, was dort passiert ist. Nach sechs Jahren Krieg in Syrien wissen die Leute immer noch nicht, wieso wir das Land verlassen und hier sind. Das macht mich manchmal ziemlich wütend.<



**„Du lässt den
anderen sein Leben
leben. Das nenne ich
privacy. Du lässt ihn
sein Leben leben und
gibst ihm dadurch
privacy“**

Ein Gespräch mit Josef über Rückzugsräume und Privatphäre.
Von Antonio Vetinari und Marianne Walther.

Das Gespräch mit Josef fand im April 2017 in München statt. Es wurde auf Englisch geführt und das Wort privacy bewusst nicht übersetzt, da es im Gegensatz zum Deutschen mehrere Facetten aufweist.

Die erste Nacht nach seiner Ankunft in Berlin verbrachte Josef in einem Hotel, die folgenden Tage konnte er bei Helfer*innen unterkommen. In Gregors WG wohnte er eine Woche, während der er in den endlosen Schlangen vor dem sogenannten LAGeSo (Landesamt für Gesundheit und Soziales) stehen musste. Nachdem ein Mitbewohner ausgezogen war, bezog Josef in der WG ein eigenes Zimmer und kochte in der gemeinsamen Küche. Zuhause einen Raum und Platz für sich, im Amt stundenlanges Warten, um schließlich vor unfreundlichen Beamten alles über sich preisgeben zu müssen. Diese entscheiden: Josef muss sich in zwei Tagen in München melden und aus der WG in Berlin in die sogenannte Bayernkaserne nach München ziehen, in der geflüchtete Menschen untergebracht werden.

Josef: Es war schlimm, so schlimm. Später merkte ich: Jedes Lager hat seine eigenen Regeln.

In der Bayernkaserne ist es so: Wenn du einen Freund in München außerhalb des Lagers besuchen willst, kannst du nicht frei über deine Zeit entscheiden. Wenn du drei Mal nicht im Lager bist und sie dich bei der Anwesenheitskontrolle nicht antreffen, beginnt dein Asylverfahren wieder von vorn. Du musst wie anfangs nun erneut zur Registrierung gehen. Deshalb passt du lieber auf, dass du anwesend bist. Jeden Tag um 11 Uhr kommen sie vorbei, schreiben deinen Namen auf. ‚He Josef, bist du da?‘ ‚Ja, ich bin da.‘ ‚Okay, gut.‘ Jeden Tag sagen sie: ‚Du bist da, o.k.‘.

Konntest du dich denn in der Bayernkaserne mit Freund*innen treffen?

Besucher*innen sind nicht erlaubt. Wenn du einen Besucher hast, dann gehst du zum Tor, du redest mit deinem Freund außerhalb des Tores und dann muss er gehen. Das war's. Weil sie alle durchchecken und von allen, die rein wollen, den Passierschein verlangen. Wenn du keinen Passierschein hast, dann darfst du nicht reingehen. Die Bayernkaserne ist groß, da sind so viele Kontrollpunkte, Schranken und Tore. Jedes Mal, wenn du ein Tor passierst, musst du deine Dokumente vorzeigen. Du darfst nicht einfach deinen Freund im nächsten Block besuchen. Dann wirst du gefragt, ‚Wo gehst du hin? Hast du eine Erlaubnis? Was willst du dort machen?‘ ‚Meinen Freund besuchen.‘ ‚Nein, das ist nicht erlaubt.‘ So musst du dich außerhalb des Tores mit deinem Freund treffen. Und dann sitzt du irgendwo draußen und redest über Privates.

Wie lief es sonst hinsichtlich privacy in der Bayernkaserne?

Wir lebten in einem kleinen Raum mit fünf mehr oder weniger zufällig zugeteilten Menschen. Durch die Enge und die Regeln waren soziale Beziehungen fast unmöglich.

Du kannst nicht für dich kochen, du musst das essen, was sie dir geben. Irgendein Essen. Sie bringen immer nur ein Gericht. Das musst du essen. Jeden Tag, jeden Tag, jeden Tag. Und du musst zu der Zeit essen, die für dich vorgesehen ist. Wenn dir um ein Uhr nicht danach ist, beispielsweise weil du dich satt fühlst, dann ist das dein Problem. Aber um drei Uhr bist du hungrig und weißt nicht, wie du an etwas Essbares kommst.

*Nach einigen Tagen in der Bayernkaserne wurden Josef und andere Geflüchtete mit Bussen zu einer Unterkunft in einem kleinen oberbayerischen Örtchen gefahren. Die Anwohner*innen dort demonstrierten gegen die Unterkunft. Sie sagten, die Geflüchteten sollten verschwinden. Wenig später schickten die Behörden sie deshalb wieder zurück in die Bayernkaserne.*

Wohin wurdest du nach deinem Aufenthalt in der Bayernkaserne gebracht? Wie ging es dir dort?

Als nächstes kam ich in eine Unterkunft in einem oberbayerischen Örtchen. Dort lebte ich mit 380 Menschen in einer Turnhalle. Privacy war wirklich schwierig dort. Weißt du, wenn du mit 380 Leuten in einem Raum lebst, musst du manchmal, nein, nicht manchmal, du musst immer tolerant sein. Du musst tolerant sein, denn die Menschen kommen aus verschiedenen Ländern, kommen aus unterschiedlichen Kulturen, alles ist unterschiedlich. Du musst lernen, mit verschiedenen Lebensweisen zu leben. Wenn du etwas machen möchtest, von dem du weißt, dass es den anderen verärgert, versuchst du es nicht zu machen. Das ist das Leben, in dem du dich befindest.

Aber wenn dich jemand verärgert und du ihn anschaut, dann sagst du dir: Eines Tages, irgendwann, wenn wir in alle Himmelsrichtungen Westen, Osten, Norden, Süden auseinandergehen, dann wird das alles hier vorbei sein. Untereinander verstehen wir uns zwar oft, aber wir haben keine gemeinsame Sprache für unsere Kommunikation. Das führt zu Missverständnissen. Wenn ich jemandem etwas höflich erzähle, denkt er, ich erzähle ihm etwas Schlechtes, obwohl das nicht stimmt. Oder er



versteht etwas völlig anderes, als ich wirklich sage. Es ist schwierig, sich tatsächlich zu verständigen.

Wie sah dein Leben in der Unterkunft aus?

Besonders schrecklich war es in der Nacht. In der Turnhalle hatten wir nummerierte Betten, die in langen Reihen standen. Nachts, wenn du schlafen willst, lärmten andere und stolpern über dich. Du versuchst tagsüber Deutsch zu lernen, aber wenn du am Abend zurückkommst, haben andere in dieser Zeit geschlafen. Wenn du versuchst dich auszuruhen, lassen sie dich nicht. Das ist die Art von privacy über die ich spreche. Du hast dort keine privacy, du kannst dich nicht erholen. Es gibt nur Gemeinschaftsduschen, in denen du dich mit fünf Menschen gleichzeitig wäschst. Was willst du machen? Du musst dich schließlich duschen.

Am Eingang der Unterkunft durchsuchen die Wachleute alle Taschen auf Drogen oder Alkohol. Ab einem gewissen Punkt fand ich das extrem. Selbst wenn ich keine Tasche dabei hatte, wurde ich manchmal verdächtigt. Die Securities waren oft unhöflich, nicht zugänglich, unfreundlich. Sie versuchten, die Menschen zu kontrollieren. Aber wenn es unter den Bewohner*innen Konflikte gab, haben sie sich oft nicht eingemischt. Sie sagten dann: ‚Ihr seid erwachsene Menschen, ihr müsst euch im Griff haben.‘ Ich bin oft ganz gut mit den Wachleuten ausgekommen, weil ich keine Probleme gemacht habe. Im Gegensatz zur Bayernkaserne konnte man sich in der Turnhalle mit seinen Freunden von außerhalb des Lagers treffen. Die Anwesenheitskontrollen waren nicht so streng, so dass man die Unterkunft auch länger verlassen konnte.

Ist es dir gelungen, für dich in dieser Situation einen Rückzugsraum zu schaffen?

In dieser Situation hat niemand eine Chance, grundlegend etwas zu ändern. Alles ist im Prozess, du kannst also nichts ändern. Für mich war unter diesen Umständen vor allem Ruhe wichtig. Es war Tag und Nacht unglaublich laut. Ich hatte bald das Gefühl, dass ich aufgrund des Schlafmangels den Verstand verliere. Keine Nacht konnte ich durchschlafen, da wirst du verrückt.

Schließlich kaufte ich mir eine Augenbinde und Ohrstöpsel und habe es damit versucht. Aber ich hatte Angst, wenn es brennen würde, nichts mitzubekommen. Die Leute würden umher rennen und ich nichts hören. Schließlich dachte ich: Es ist besser, den Lärm nicht hören zu müssen. Und sagte mir: Okay, ich versuche es. Ich habe außerdem viel Sport gemacht, um nachts besser zu schlafen. In der Unterkunft ließen sich zunächst noch nicht einmal die Fenster zum Lüften öffnen. Wenn du frische Luft haben wolltest, musstest du nach draußen gehen. Erst nach einem Monat ist es uns gelungen, die Fenster öffnen zu lassen. Im Vergleich zu meiner Zeit in Berlin, war es in der Unterkunft in Oberbayern viel schwieriger, ein wenig privacy zu haben. In Berlin hatte ich wie ein normaler Mensch gelebt, mit einem eigenen Zimmer. Aber als ich in diese Turnhalle kam wurde alles anders. Hier konnte ich nichts tun, ich hatte keine Wahl in Bezug auf privacy. Ich hatte das Leben zu leben, so wie es war. Meine private Situation versuchte ich zu verbessern, indem ich Deutsch lernte und nach Jobs suchte, die mir aber aufgrund meines Aufenthaltsstatus verweigert wurden.

Was ist heute privacy für dich?

Für mich ist privacy die Abwesenheit von ungewollter fremder Einmischung in meine Freiheit. Ein Zustand, in dem man seine persönlichen Belange und damit auch die eigene Art zu leben, selbst bestimmen kann. Man lässt den anderen sein Leben leben, das ist das, was ich privacy nenne. Man lässt ihn sein Leben leben und gibt ihm dadurch privacy. Privacy ist Respekt. Wenn ich dich respektiere, dann werde ich deine Briefe nicht lesen. Ich lasse dich schlafen, damit du dich ausruhen kannst. Wenn ich dich nicht respektiere, dann gehst du zu Bett und ich mache Lärm. So habe ich gelebt, mit 380 Menschen.

Hat sich durch die Flucht dein Verständnis von privacy verändert?

Ja, es hat sich total verändert. Mehrmals. Bevor ich nach Deutschland kam wohnte ich allein in einem Haus und habe gearbeitet. Ich war frei. Ich entschied, ob ich draußen oder drinnen sein wollte, ob ich ging oder blieb. Niemand lärmte in meinem Haus. Ich lebte für mich und war unabhängig. Ich machte meine Arbeit, meine Geschäfte. Wenn jemand versucht hat, in meinem Privatleben herum zu schnüffeln, konnte ich mich zurückziehen. Ich wusste, dass sich das verändern würde, wenn ich um mein Leben flüchte. Als ich nach Deutschland kam, musste ich einiges hinsichtlich privacy verändern, um mit so vielen Menschen leben zu können. Es ist eine große Herausforderung, seinen Lebensstil so stark umzustellen: Ich musste mich daran gewöhnen, kontrolliert zu werden und dass jederzeit für mich Entscheidungen getroffen werden. Zum Beispiel: Du musst dieses Essen essen! Du hast jetzt zu dieser Zeit hier zu sein! Jetzt musst du

zurück gehen! Alles ist festgelegt.
Du hast da zu bleiben, wo sie dich
hin stecken, weil du eine Nummer
hast. Das ist Josef mit der folgen-
den Nummer.

Nun, da ich nicht mehr in dieser
Unterkunft lebe, kann ich essen,
was ich will und jederzeit rausge-
hen, wann ich möchte. Und doch
habe ich zuweilen Angst, bes-
timmte Dinge zu tun, wegen der
Erfahrungen, die ich in dieser
Unterkunft gemacht habe. Langsam
komme ich wieder in das normale
Leben zurück. Jetzt macht es mir
nichts mehr aus, mit so vielen
Menschen zusammen zu leben.
Oder es macht mir nichts aus,
wenn jemand Krach macht. Das ist
die Herausforderung mit der ich
umgehen muss, um in das normale
Leben zurück zu finden: Zuvor
musste ich mich der neuen
Situation in den Lagern anpassen,
jetzt muss ich mich wieder an das
normale Leben gewöhnen.<



Mein privatestes Eigentum – Mein Körper

Der Körper ist eines der faszinierendsten Phänomene, die wir als Lebewesen kennen. Er ist die Schnittstelle unserer Existenz in dieser Welt. Er ist auf der einen Seite das Intimste, Persönlichste und Nächste, das wir haben, auf der anderen Seite ist er aber auch das, womit wir in dieser Welt stehen, was wir nach außen tragen und was wir ganz objektiv mit unserem Umfeld teilen, ob wir das wollen oder nicht. Also sei gefragt: wie privat ist unser Körper? Von Florian Schäfer.

Bedient man sich der philosophischen Strömung des radikalen Konstruktivismus, kann man unsere Welt und unsere Wahrnehmung in eine Innen- und eine Außenwelt aufteilen. Eine, die wir wahrnehmen und maßgeblich gestalten, unsere hochgradig subjektive Innenwelt; und eine, auf die wir nur bedingt Zugriff haben, durch die wir uns aber gemeinsam bewegen, die Außenwelt. Unser Körper ist Teil von beidem, aber auf sehr unterschiedliche Arten. Ich verstehe ihn als Schwelle zwischen den beiden Gebieten. Für uns als Subjekt ist er das entscheidenste Identifikationsobjekt in unserer Welt; andererseits ist er das, was uns zum Objekt in dieser Welt macht. Er ist unsere materielle Existenz. Der Körper ist unser persönlichster, intimster und engster Besitz und zugleich das, was wir in dieser Welt sind, was wir mit ihr teilen und was sie uns zuerst greif- und erkennbar macht.

Sprache – Körper – Körpersprache

Das Verhältnis zum Körper erstreckt sich von einem Besitzverhältnis bis zu einem Identifikationsmoment. Sowohl die Erkenntnis, mein Körper gehöre mir, als

auch der Gedanke, dass ich mein Körper bin, sind intuitiv naheliegend und in Teilen sicher auch korrekt. Jedoch nicht hinreichend. Davon auszugehen, man wäre im vollen Besitz des eigenen Körpers, ist so romantisch wie naiv. Es ist erst dieser Körper, der uns

durch seine materielle Form in ein Verhältnis zu unserer Umwelt im weitesten Sinne setzt, uns zu ihrem Teil macht und es damit unerlässlich macht, von einem reziproken Verhältnis des Teilens auszugehen. Stark vereinfacht ausgedrückt: wir müssen uns diese Welt teilen, sind aber auch untrennbarer Teil von ihr. Als sozialer Teil in einer

Der Körper ist Teil des gesellschaftlichen Polylogs, ohne dass dazu ein Wort verloren werden muss.

Gesellschaft ist es uns nicht möglich, unseren Körper allein für uns zu behalten oder in Gänze zu entscheiden, wie wir damit an unserer Umwelt teilnehmen. Wir sind auch immer in unserer Körperlichkeit Teil einer Gesellschaft.

Der Körper dient als Identifikationsobjekt und wird auch als Gestaltungs- und Ausdrucksmittel genutzt. In Form von Kleidung, Schmuck und gesellschaftlich kodierten Gestaltungsmöglichkeiten drücken wir auch aus, wie wir uns fühlen, wer wir sind und welchen gesellschaftlichen Schichten wir uns zugehörig fühlen.



„Zu enthülltes Auftreten stößt auf Ablehnung und zu starke Verhüllung ist vor Kritik auch nicht sicher. Seien es religiöse, kulturelle, modische oder andere Gründe, die Frage danach, wie viel oder wenig ich von meinem Körper preisgeben darf, scheint unlösbar.“

Foto von George A. Rauscher; zu finden unter:
<https://www.george.li/ist-wirklich-die-freiheit-der-kunst-in-gefahr/>

Das ist aber letztendlich nicht nur ein Teil der Selbstidentifikation, sondern auch ein Interpretationsanlass für die Fremdwahrnehmung. Alles, was wir zur Selbstverwirklichung und Selbstdarstellung tun, ist zugleich etwas, das von außen gewertet und interpretiert wird. Das ist auch unvermeidlich, da diese Art der Darstellung in verschiedenen Gesellschaften auf verschiedene Arten hochgradig kodiert ist.

Ein Beispiel dafür sind Piercings, die im indischen Raum eine gesellschaftliche Zeichenform haben und auch rituell genutzt werden. Als diese im westlichen

Raum aufkamen, wurden sie zuerst auch als Zeichen der Abgrenzung von der Gesellschaft genutzt und verstanden. Das sind zwei völlig verschiedene Implikationen von Körperschmuck, die in Gesellschaften auch völlig unterschiedlich aufgenommen werden. Im Grunde funktionieren sie wie sprachliche Zeichen, wobei im Falle der indischen Variante ein größerer Konsens über die Bedeutung dieser Zeichen besteht, als es zum Beispiel im westlichen Raum der Fall ist.

Kommunikationsinstrument Körper

Der Körper kann und wird also auch als ein Verständigungs- und Zeicheninstrument genutzt, was aber vielfältig verstanden werden kann. Wie eben auch unterschiedliche Sprachen. Aber im Bereich der Kommunikation über den Körper ist der Drang zum Konsens bei weitem nicht so hoch wie bei der Sprache und wird teilweise sogar explizit abgelehnt. Im Umgang mit dem Körper trifft man Aussagen, die verstanden oder missverstanden werden können. Er ist Teil des gesellschaftlichen Polylogs, ohne dass dazu ein Wort verloren werden muss. Ein Problem, das damit einhergeht, ist, dass man sich der Aussage bei weitem weniger bewusst ist als bei einer sprachlichen Aussage, und im Gegensatz zu dem Piercing-Beispiel auch nicht immer bewusst dafür verantwortlich ist. Auch ist der Interpretationsrahmen bedeutend größer als bei einer sprachlichen Äußerung. Der Körper ist Teil einer fortwährenden Kommunikation, derer wir uns in den seltensten Fällen bewusst sind. Er gehört also nicht ausschließlich zu mir, sondern auch immer zum gesellschaftlichen Diskurs in dem er thematisiert, kodiert und teilweise reglementiert wird.

Wie öffentlichkeitstauglich sind die intimsten Bereiche einer Person?

Ideal und Zwang

Der Körper und unser Körperbild sind aber nicht nur etwas mit Wirkung nach außen, sondern auch die äußeren Umstände haben einen Einfluss darauf, wie wir unseren Körper wahrnehmen, bewerten und

behandeln. Wir bewegen uns in einer Welt, die von Vorstellungen, Idealen und Regeln geprägt ist. Diese wirken auf uns und wir können sie nur sehr bedingt beeinflussen. Es ist sehr schwierig, sich ihnen zu entziehen. So beziehen sich auch auf den Körper und seine

Erscheinung Ideale, Vorstellungen und Regeln, die sich in ihn einschreiben. Es sind selten wir allein, die entschließen, was wir schön und gut finden und beschließen, wie wir sein und aussehen wollen. Es herrscht schon im Voraus ein gesellschaftliches Ideal, dem es zu folgen gilt. Im Umgang mit dem Körper kann man beobachten, dass man schon im intimsten Identifikationsmoment von gesellschaftlichen Vorstellungen geprägt ist.

Man muss gar nicht so weit gehen und die extremsten Auswüchse solcher Ideale zu beleuchten, wie es zum Beispiel das Heruntermagern bis zur gesundheitlichen Bedenlichkeit oder das Aufbautraining bis an die absoluten körperlichen Grenzen wären. Es reicht, festzustellen, dass in den seltensten Fällen mit Absicht gegen diese Ideale verstoßen wird. Es ist selten, dass nach einer Erscheinung gestrebt wird, die nach gesellschaftlichen Normen nicht schön ist. Der Mensch konstituiert sich eben durch Vergleichen und Kategorisieren. Das ist unvermeidbar. Zur Selbstkonstitution brauchen wir den Vergleich. Das gilt ganz grundsätzlich und nicht nur in seinen negativsten Seiten wie einer übersteigerten Internalisierung eines Ideals. Ein Selbstbild entsteht im Vergleich, durch Anpassung und Abgrenzung. Selbst der größte Individualist erkennt eine Regel selbst dann eher an, wenn er sie bewusst ablehnt, statt sie zu widerlegen.

Öffentliche Debatten zu verhüllten Tatsachen

So vertraut, wie wir mit dem Körper sein sollten und so nahe er uns steht, gibt er doch eher immer wieder Anlass zu Sorgen, Debatten und Problemen. Das Verhältnis zu unserem wertvollsten Besitz ist selten ein sorgloses und unproblematisches, weder auf persönlicher noch auf gesellschaftlicher Ebene. Zu enthülltes Auftreten stößt auf Ablehnung und zu starke Verhüllung ist vor Kritik auch nicht sicher. Seien es religiöse,

Florian Schäfer
ist in München
lebender gelernter
Elektroinstallateur,
studierter Germanist
und alles wofür er
sonst noch Zeit und
Lust übrig hat.

kulturelle, modische oder andere Gründe, die Frage danach, wie viel oder wenig ich von meinem Körper preisgeben darf, scheint unlösbar. Die Frage nach persönlichem Bedürfnis und Gefühl spielt schnell keine Rolle mehr. Die Öffentlichkeit fühlt sich oft genötigt zu reagieren, zu kritisieren und zu reglementieren. Das Bedürfnis, in die intimsten Bereiche einer Person einzudringen, um zu eruieren, wie öffentlichkeitsstauglich sie sind, scheint schier unstillbar.

Ist das kleine Schwarze zu klein und schwarz und provoziert daher angeblich die Triebnatur oder ist das etwas größere Schwarze eine religiöse Demonstration, mit der unsere Kultur nicht fertig wird – das Problempotential scheint unerschöpflich, ganz speziell, wenn es um den weiblichen Körper geht. Die Verhüllung kann, teils nicht zu unrecht, als Unterdrückungsapparat angesehen werden. Der Verzicht darauf wiederum als Anlass, diese Unterdrückung einzuleiten. Unser privates Eigentum, der Körper, scheint aus dieser Sicht so alles andere als unser persönlicher Schatz zu sein, den wir behandeln und hüten können, wie wir das für richtig halten. Obwohl er genau das sein sollte. Hier zeigt sich wieder das Gespräch mit und über den Körper, das leider viel zu oft missverstanden wird.

Die lähmende Scham als effizienter Angriffspunkt

Die Unfähigkeit, mit dem Thema Körper rational umzugehen, zeigt sich nicht zuletzt dadurch, dass der nackte Körper nach wie vor ein funktionales Provokations- wie Demonstrationsmittel ist. Nach Jacques Lacan „bringt doch schon zwischen zweien allein die Schamlosigkeit des einen es fertig, die Scham des Anderen zu vergewaltigen.“ (Lacan, Jacques: Kant mit Sade. 1975, S. 142). Seien es Demonstrationen von Gruppen wie FEMEN oder seien es Slutwalks: Auftritte mit nackten oder spärlich bekleideten Körpern verfehlen ihren Effekt nur selten. Allein das bestätigt schon ihre absolute Notwendigkeit. Es scheint fast, als verkomme der nackte Körper zum Angstthema. Der Appell an die allgemeine Scham funktioniert. Der nackte Körper in der Öffentlichkeit ist ein Umstand, dem wir nicht gewachsen zu sein scheinen. So sehr der Körper Teil der Öffentlichkeit ist und auch sein muss, so sehr er auch für Reglementierung und Idealisierung beansprucht wird, wird er in seiner Nacktheit doch gerne in die privaten vier Wände zurückgedrängt. Doch scheint die Schamlosigkeit hier

in der Tat ein Machtpotential zu beherbergen und es scheint kein Zufall, dass dieses Potential am effizientesten bei denen wirkt, die aufgrund körperlicher Merkmale unterdrückt werden. So paradox das wirken mag, verweist es doch auf eine gewisse Angst vor dem Körper und der Überforderung im Umgang mit ihm.

Mein Körper gehört mir – Ziel statt Voraussetzung

Der wichtigste, persönlichste und schönste Besitz, den wir haben.

Der Körper scheint in einem Zwiespalt zu stehen. Er befindet sich zwischen seiner Funktion als Teil der Öffentlichkeit und der auferlegter Privatheit. Manchmal wird er von der Öffentlichkeit wahrgenommen und auch thematisiert, in anderen Fällen überfordert er sie

jedoch massiv und erzeugt verheerende Missverständnisse. Um auf den Anfang zurückzukommen, scheint der Körper ein Sprach- und Zeichensystem zu sein, dem wir nicht gewachsen sind. Die einhergehenden konkreten Probleme werden zu wenig bis gar nicht thematisiert. Im groben Konflikt scheinen Trieb, Hierarchien und Verhaltensregeln mit Scham, Ahnungslosigkeit und Furcht zu stehen. Statt sich dem Thema anzunähern, was man mit seinem Verhalten und seinem Körper sagt und vor allem nicht sagt, scheint es näher zu liegen, Regeln verschiedensten Instanzen aufzuerlegen – und zwar vor allem dort, wo es nicht funktioniert, das Thema aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Wo es nicht gelingt, sich mit dem Körper, wie er ist, und dem, was er ausdrücken kann, auseinanderzusetzen und dieses Angst- und Problemthema produktiv zu besprechen.

Es wäre wünschenswert, auch zu lernen, mit körperlicher Kommunikation umzugehen, zu lernen, was bestimmte körperliche Darstellung heißen und vor allem auch nicht heißen. Man sollte ihm in Gänze das Tabu nehmen, um ihn als das wertschätzen und wahrnehmen zu können, was er sein sollte: der wichtigste, persönlichste und schönste Besitz, den wir haben. Die Ansicht, dass der Körper nur einem selbst gehört, ist nicht selbstverständlich und wohl auch nicht vollkommen möglich, es sollte aber das Ziel sein, das Gefühl haben zu können, dass mein Körper mir gehört und ich damit machen kann, was ich will.<



Flattermann

Streetart an einer Unterkunft in der Bayernkaserne, München.

Subsidiäre Flüchtlingspolitik

Seit der Verschärfung des Asylrechts durch die Bundesregierung im vergangenen Jahr wird wesentlich öfter von einem Paragraphen des Asylrechts gebraucht gemacht, der für die Betroffenen, meist Syrier*innen, schlimme Rechtsfolgen hat. Welche dramatischen Folgen ein kurzer und vermeintlich harmloser Rechtstext haben kann, zeigt der Einblick in Einzelfälle aus der asylrechtlichen Beratungspraxis der Berliner Nichtregierungsorganisation Oase Berlin e.V.

Von Jochen Schwarz.

In den vergangenen Monaten halfen wir in unserer Rechtsberatung vielen Klient*innen bei Klagen gegen die Zuerkennung eines asylrechtlichen subsidiären Schutzstatus. Seit der Verschärfung des Asylpakets II durch den Bundestag im März 2016 wurde subsidiärer Schutz in nunmehr bis zu 74% aller Fälle durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuerkannt. Davor wurde dieser Status nur in 0,7% aller Fälle erteilt.

Das Bundesamt änderte diese Entscheidungspraxis, obwohl die Bundesregierung versichert hatte, die Gesetzesänderung habe keinen Einfluss auf die Spruchpraxis.


Laut §4 des deutschen Asylgesetzes (AsylG) steht denjenigen Personen subsidiärer Schutz zu, denen einer der folgenden ernsthaften Schäden droht: erstens „die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe“, zweitens „Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung“, drittens „eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts“. Das bedeutet, dass eine nur allgemeine Rückkehrgefährdung

angenommen wird, nicht aber eine persönliche Verfolgung im Sinne der Genfer Konvention, die wiederum in einem anderen Paragraphen (AsylG §3) definiert wird und die „Flüchtlingseigenschaft“ zuerkennt. Subsidiärer Schutz wird grundsätzlich nur für ein Jahr erteilt. Einige Bundesländer, z.B. Berlin, stellen jedoch eine bis zu dreijährige Aufenthaltserlaubnis aus.

Gravierende Rechtsfolge des subsidiären Schutzstatus ist der Ausschluss eines Familiennachzugs bis zum März 2018. Und es ergeben sich weitere rechtliche und faktische Nachteile. Eine Wohnung zu finden ist nahezu unmöglich. Einige Universitäten verweigern die Studienplatzzusage aufgrund der kurzen Aufenthaltsdauer.

Sie sitzen häufig noch in der Türkei oder im Libanon fest

Vor allem ist es nicht möglich, mit der ausgestellten Aufenthaltserlaubnis außerhalb Deutschlands zu reisen, weil die Geflüchteten in aller Regel keinen Reisepass mehr besitzen. Gerade dieses Recht wäre jedoch unverzichtbar, um Familienangehörige zu besuchen. Sie sitzen häufig noch in der Türkei oder im Libanon fest. So entschieden sich viele Klient*innen für eine Klage auf den besseren Status als Flüchtling gemäß der Genfer Konvention.



Familiennachzug

*„Der Familiennachzug muss auch in Zukunft auf ein Maß begrenzt werden, das die gesellschaftliche Akzeptanz nicht übersteigt und die Integrationsfähigkeit nicht überfordert“,
Stephan Harbarth (CDU), April 2017.*



Amtsgericht

*Je größer die Rolle deutscher Gerichte in Asylentscheidungen ist, desto mehr wird dort protestiert. Ob eine Richter*in oder eine Sachbearbeiter*in die Entscheidung fällt: Abschiebungen treffen auf Widerstand.*

Um die Lebensrealität der Betroffenen zu verdeutlichen, berichte ich hier von typischen Fällen unserer Beratungspraxis, bei denen das BAMF nur einen subsidiären Schutz zuerkannt hat, obwohl sie meiner Ansicht nach persönlich und nicht nur allgemein gefährdet wären, wenn sie jetzt in ihr Herkunftsland zurückkehren müssten.

Blutkonserven nur noch für Militärangehörige

Zum einen entsprechen alle Personen dem Risikoprofil des UNHCR für Personen, die tatsächliche oder auch nur vermeintliche Gegner des IS sind und sich in Gebieten aufhalten, in denen der IS de facto die Kontrolle oder einen Einfluss ausübt. Die ehemals allein stehende Frau fällt zusätzlich unter das Profil einer besonderen Schutzbedürftigkeit.

Erstes Fallbeispiel. Risikoprofil: Gegner des IS

Ein Mann und seine Frau, er Schulleiter, sie Englischlehrerin, flohen aus Deir Ez-Zor in Westsyrien. Die Terrorgruppe Islamischen Staat (IS) hält Teile der Stadt besetzt. Ihre Schule sollte vom ‚unislamischen Unterricht gesäubert‘ werden. Der IS diktierte den Lehrplan und die Themen des Unterrichts. Den Lehrenden wurde verboten, Religion, Philosophie, Arabisch, Englisch, Mathematik und Chemie zu unterrichten. Bücher der Ersten Klasse wurden Ende des Jahres 2014 im Schulhof verbrannt. Der Schulleiter wurde gezwungen, an seiner Schule nur mehr die Lehren des Korans unterrichten zu lassen.

Ein Damenschneider in der vom IS eingenommenen Stadt Rakka in Nordsyrien verkaufte in seinem Laden Kleider. 2015 wurde er von Mitgliedern des IS verhaftet, weil diese beobachteten, dass eine Kundin keinen Tschador trug, ein dunkler Schleier zur Verhüllung von Kopf und Körper, als sie im Geschäft Kleider anprobierte. Laut den religiösen Gesetzen des IS müssen Frauen öffentlich Tschador tragen und Männer dürfen sie niemals ohne dieses Kleidungsstück sehen. Der Schneider hatte als Ladenbesitzer für den Regelbruch der Frau zu haften. Er musste das Geschäft schließen und wurde zu 30 Schlägen mit Kabeln auf die nackte Haut verurteilt. Danach floh er in die Türkei.

Eine ehemals alleinstehende Frau aus der Gegend von Aleppo wurde vom IS monatelang gefangen gehalten und vergewaltigt. Später ließ sie ihre Jungfräulichkeit operativ wiederherstellen und traute sich nicht, ihre Geschichte in der Asylanhörnung zu erzählen, weil sonst ihre Familie und ihr inzwischen Ehemann davon erfahren hätten.

Diese drei beschriebenen Fälle erfüllen die Kriterien einer persönlichen Gefährdung bei Rückkehr ins Herkunftsland und müssten daher eine Zuerkennung als Flüchtling erhalten.

Zum anderen lagen hier sowohl systematische Diskriminierungen, sexuelle Misshandlungen als auch Folter und menschenunwürdige Behandlung und Bestrafung vor. Das sind Verfolgungshandlungen im Sinne des §3a und b AsylG. Es handelt sich um schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte, die Schwelle, um die Kriterien des §3 AsylG zu erfüllen. In den beiden ersten Fällen durch die Verletzung der negativen Religionsfreiheit, im Falle der alleinstehenden Frau und des Schneiders durch die Verletzung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung, des Folterverbots und des Verbots der unmenschlichen Behandlung und Bestrafung. Diese Menschen sind bereits vorverfolgt ausgeist. Die Wahrscheinlichkeit einer Wiederholung der Verletzungshandlung ist erheblich.

Zweites Fallbeispiel. Risikoprofil: Regimegegner, Personen in exponierter Funktion und besonders vulnerable Gruppen

Ein weiteres Risikoprofil des UNHCR soll Personen schützen, die tatsächlich oder vermeintlich in Opposition zur Regierung stehen. Drei Fälle sind mir in diesem Zusammenhang in Erinnerung geblieben. Eine grundsätzlich regierungsnah Jurastudentin des islamischen Rechts berichtete, dass sie im Jahr 2012 zum ersten Mal in ihrem Leben eine Demonstration besuchte, da sie die damaligen Giftgasangriffe nicht mit ihren Überzeugungen vereinbaren konnte. Zusammen mit anderen Studentinnen forderte sie von Assad eine Erklärung. Sie wurde verhaftet und durfte nicht weiter studieren. Ihre Freundin ist, wie so viele Frauen und Mädchen, seither verschwunden. In Städten wie Aleppo oder Idlib werden Student*innen unter Generalverdacht gestellt, mit der Opposition zusammen zu arbeiten. An den Universitäten gäbe es inzwischen eine Art Securitydienst, der in Einzelgesprächen prüfe, ob die Studierenden Assad kritisierten, oder ob sie planten, zu Demonstrationen aufzuzurufen.

Besonders aufwühlend war der Fall eines Bauingenieur-Studenten, der heimlich Essen an Obdachlose

verteilte. Er wurde dabei erwischt, inhaftiert und in der Haft gefoltert, um seine ‚Mittäter‘ zu verraten. Der Flüchtlingsstatus wurde ihm nicht anerkannt.

Ähnlich unverständlich ist die Nicht-Anwendung der Genfer Konvention auf den Fall eines Arztes, der im Universitätskrankenhaus in Aleppo Verwundete behandelte. Ihm wurde angewiesen, die Blutkonserven nur noch für Militärangehörige zu verwenden, nicht mehr jedoch für Zivilisten. Mit seinem Namen und Unterschrift musste er für die Zuteilung der Konserven Verantwortung übernehmen. Weil er sich nicht daran halten wollte und einmal doch einen Zivilisten versorgte, floh er.

Ließen sich die Verhaftung und Folter der Studierenden nach den oben benannten Maßstäben des §3 AsylG unschwer als eine staatliche Verfolgungshandlung einstufen, so ist der Fall des Arztes komplexer. Aufgrund der sofortigen Flucht lag eine konkrete Handlung gegen ihn noch nicht vor. Allerdings erfüllt er durch seine Tat, aus Sicht der syrischen Regierung, das Profil der Kollaboration mit den Regierungsfeinden. Zudem ist er als Person in einer exponierter Funktion besonders gefährdet: Darunter fallen Angehörige bestimmter Berufsgruppen, insbesondere Journalisten, Ärzte, Menschenrechtsaktivisten, Künstler, Unternehmer und andere Personen, die tatsächlich oder vermeintlich vermögend oder einflussreich sind.

Um die Zuerkennung des subsidiären Schutzes im Fall des Arztes zu rechtfertigen, argumentiert das BAMF im entsprechenden Bescheid vom Februar 2017 dennoch folgendermaßen: „Weder gehört der Antragsteller einer besonders vulnerablen Gruppe an, noch hatte er vor seiner Ausreise eine exponierte Funktion inne, was beides die Befürchtung begründen würde, dass ihm bei einer Rückkehr trotz fehlender Vorverfolgung mit begründeter Wahrscheinlichkeit Verfolgungshandlungen im Sinne des § 3a AsylG drohen“. Diese Formulierung lässt einen Umkehrschluss zu: Sollte die Zugehörigkeit zu einer vulnerablen Gruppe oder einer exponierten Funktion dennoch nachgewiesen werden können, muss das BAMF eigentlich zwingend in solchen Fällen den besseren und längerfristigen Schutz nach §3 AsylG anerkennen. Denn selbst wenn die Klient*innen nicht vorverfolgt ausgereist sind, hätten sie doch aufgrund der beschriebenen Risikoprofile mit hoher Wahrscheinlichkeit Folter, Inhaftierung oder unmenschlichen Behandlung zu befürchten.

Das Verwaltungsgericht Berlin hält eine Rückkehr für unzumutbar

Sie seien nicht politisch. Doch in Syrien neutral zu sein, so fassten viele unserer Klient*innen zusammen, sei inzwischen unmöglich. Man müsse sich für eine Seite entscheiden. Oder man werde von allen Seiten bedroht, zwischen den Gruppen zerrieben und verfolgt.

Risikoprofil:

Asylantrag in Deutschland und Gefährdung durch exilpolitische Betätigung in Deutschland

Müssen Geflohene ohne nachgewiesener Vorverfolgung dennoch wegen ihrer illegalen Ausreise, der Asylantragstellung und dem Aufenthalt im westeuropäischen Ausland bei Rückkehr Verfolgung befürchten? Deutsche Verwaltungs- und Obergerichtspräsidenten urteilen in dieser Streitfrage derzeit uneinheitlich. Eine höchststrichterliche Rechtsprechung wird demnächst

erwartet. Die erhöhte Gefährdungssituation halte ich für wahrscheinlich, da die Flucht und der Asylantrag vom syrischen Staat bereits als Ausdruck regimefeindlicher Gesinnung aufgefasst werden kann, wie etwa das Obergericht Mecklenburg-Vorpommern bereits 2014 urteilte. Das Bundesamt geht auf eine solche Gefährdung durch die Flucht jedoch nicht ein. Auch die exilpolitische Aktivität von Syrier*innen in Deutschland und die Möglichkeit, dass diese vom syrischen Geheimdienst beobachtet werden könnten, wird als Gefährdung bei Rückkehr vom Bundesamt nicht berücksichtigt. Dabei entschied etwa das Verwaltungsgericht Berlin erst im März 2017, dass die Asylantragstellung in Deutschland für das syrische Regime Anlass genug sei, um Rückkehrer*innen einer oppositionellen Gesinnung zu verdächtigen. Ihnen drohe bei einer Wiedereinreise nach Syrien zielgerichtete Verfolgung, insbesondere eine Befragung unter Anwendung von Folter. Eine Rückkehr hielt es für unzumutbar.

Ungenauigkeiten in der Anhörung und Oberflächlichkeit der Bundesamtsentscheidungen

Immer wieder erfahren wir von Klient*innen, dass sie den deutschen Behörden gerne ausführlicher und detailreicher berichtet hätten, um ihre persönliche Verfolgung zu erklären. Die Leiter*innen der Anhörung oder sogar die Dolmetscher*innen seien ihnen jedoch immer wieder ins Wort gefallen und hätten sie so daran gehindert. Begleitungen unserer Klient*innen berichten von Einschüchterungsversuchen der

Dolmetscher*innen, von ungenauen, bisweilen völlig fehlerhaften Übersetzungen mithilfe ihrer Mobiltelefone oder Google-Translate. Oft bedarf es einer gewissen Zeit und psychologischer Unterstützung bis Betroffene von erlittenen traumatischen Erfahrungen berichten können. Das Bundesamt versäumt seine Aufgabe nachzufragen und hinzuhören oder Sonderbeauftragte für Traumatisierte und Folteropfer einzubeziehen. Die Entscheidungen über den Asylantrag erfolgen dann meist auf drei bis vier Seiten und bestehen aus standardisierten Textbausteinen. Das Schicksal der Menschen wird auf nicht einmal einer Seite schnell abgehandelt. So lauten typische Formulierungen:

„Der Antragsteller konnte durch seinen Sachvortrag eine Kausalität zwischen möglicher Verfolgungshandlung und dem Anknüpfungsmerkmal des §3b Asylgesetz [Verfolgungsgründe, Anm. d. Verf.] trotz entsprechender Nachfrage nicht ausreichend substantiieren.“ Oder: „Soweit der Antragsteller vortrug, Syrien aus Angst vor der Einberufung zum Militär verlassen zu haben, bleibt der Sachvortrag vage und detailarm.“

Selbst wenn den Antragsstellern subsidiären Schutz zuerkannt wird, wird in der Begründung des BAMF oftmals auf das persönliche Vorbringen kaum eingegangen. Es heißt dann schlicht: „Aufgrund des ermittelnden Sachverhaltes ist davon auszugehen, dass dem Antragsteller in seinem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden im Sinne des §4 Absatz 1 Nr.3 Asylgesetz droht.“ Für eine Klage wäre es jedoch wichtig, die Erwägungen des Bundesamtes zu verstehen: Warum wird nur von einer allgemeinen Gefährdung ausgegangen und nicht von persönlicher Verfolgung? Ohne detaillierte Begründung bleibt also unklar, warum lediglich der subsidiäre und nicht der höhere Schutz gemäß der Genfer Konvention erteilt wurde.

Man könnte genauso gut dem Bundesamt erwidern, dass auch deren Ausführungen in ihren eigenen Worten ‚äußerst vage und detailarm‘ ausfallen und ‚nicht ausreichend substantiiert sind‘. Die §§10 und 11 der Asylverfahrensrichtlinie der EU (RL 2013/32 EU) fordern eigentlich eine angemessene Prüfung des Falles und die Darlegung der sachlichen und rechtlichen Gründe in der Ablehnung.

Familienmitglieder werden verhaftet, gefoltert und getötet

Die uneinheitliche Bearbeitung von Asylanträgen kommt wohl häufig unter dem Druck zustande, den unerledigten Stau der Anträge möglichst schnell abzuwickeln. Eine der absurden Folgen dieser behördlichen Hektik ist, dass Geschwister mit beinahe identischer Fluchtgeschichte oft einen unterschiedlichen Schutzstatus erhalten.

Subsidiärer Schutz: zum Klagen gezwungen

Was lässt sich zusammenfassend über diese konkreten Beispiele der Entscheidungspraxis feststellen? Subsidiärer Schutz wird selbst dann zuerkannt, wenn Klient*innen eindeutige Vorverfolgung erlitten haben, sie Risikoprofilen zuzuordnen wären oder eine besondere persönliche Gefährdung bei einer möglichen Rückkehr zu befürchten wäre. Diese Entscheidungen wurden häufig gefällt, nachdem der Sachverhalt fehlerhaft ermittelt wurde und die Dolmetscher*innen ungenau übersetzt hatten. Die Fälle werden in den Anhörungen oberflächlich und nicht den Vorgaben der Asylverfahrensrichtlinie entsprechend analysiert. Die Begründungen sind wenig aussagekräftig formuliert und beinhalten fast nur allgemeine Textbausteine.

Ob politisch gewollt oder nicht – in der Realität der Betroffenen wird ihnen der Schutz nach der Genfer Konvention und der Familiennachzug versagt. Es bleibt ihnen dann nichts anderes übrig, als den langen Weg zum Verwaltungsgericht einzuschlagen. Und bis dahin müssen sie warten: auf ihre minderjährigen Kinder und ihre Ehepartner*innen. Währenddessen werden ihre Familienmitglieder verhaftet, gefoltert und getötet. Dafür sind nicht allein aggressive Regimes in anderen Ländern verantwortlich, sondern auch eine deutsche „subsidiäre Flüchtlingspolitik“ die inhuman, inkonsequent und im Kern rechtswidrig ist.<

Jochen Schwarz
ist Jurist und Master
Europäische
Integration LL.M. Er
ist Mitarbeiter der
Oase Berlin e.V., in
der Asylverfahrens-
beratung und bei
Borderline Europe
e.V., Menschenrechte
ohne Grenzen. Texte
und Präsentationen
zum Asyl- und
Aufenthaltsrecht
unter: www.jochen-schwarz.wordpress.com.

HAU

AA!

Von der BLEIBE-Perspektive zur HAU-AB-Strategie

Die Bayerische Staatsregierung verhindert immer hartnäckiger Arbeitserlaubnisse für Geflohene. Das widerspricht nicht nur der viel beschworenen Forderung nach besserer Integration. Es weckt den Zorn von Wirtschaftsverbänden, Handelskammern, Arbeitgebern und Ehrenamtlichen. Ein Beitrag über die Logik des Arbeitsverbotes. Von Stephan Dünnwald.

Flüchtlinge sind keine Arbeitsmigrant*innen. Diese Binsenweisheit wird flüchtlingspolitisch gerade mal wieder lautstark zur Geltung gebracht. Die Ausländerbehörden überbieten sich darin, Flüchtlingen den Weg in die Arbeit so steinig wie möglich zu gestalten. Wer keine gute Bleibeperspektive hat, wird vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, darf keine Ausbildung machen, sogar ein Praktikum wird regelmäßig verweigert. Das Arbeitsverbot muss erst dann aufgehoben werden, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder Gerichte entschieden haben, dass ein Flüchtling bleiben darf. Und das kann gut und gerne ein paar Jahre dauern. Wer letztendlich eine Ablehnung erhält, darf sowieso nur noch in Ausnahmefällen arbeiten. Abschiebung ist das Ziel, dem alles Andere untergeordnet wird: Ausbildung, Arbeit, Alltag.

Besonders in Bayern wird diese Devise hart umgesetzt. Obwohl Flüchtlinge gesetzlich drei Monate nach ihrer Einreise und Registrierung arbeiten dürften, sollen die Arbeitserlaubnisse so weit wie möglich hinausgezögert werden.

Ach, bleib doch noch ein bisschen:
Einstellungsgrund Bleibeperspektive

Leitplanke bei dieser Politik ist die sogenannte Bleibeperspektive: Weil bekannt ist, dass das BAMF nicht, wie vorgeschrieben, innerhalb von sechs Monaten über einen Asylantrag entscheidet, wird anhand der Anerkennungsquote für bestimmte Herkunftsländer eine Prognose erstellt: liegt die Anerkennungsquote bei über 50 Prozent, so haben die Flüchtlinge aus diesen Ländern eine sogenannte ‚gute Bleibeperspektive‘ – und damit auch einfacheren Zugang zu Arbeit oder Ausbildung. Ist die Quote niedriger, bleibt eine Arbeitserlaubnis selbst dann unwahrscheinlich, wenn jemand gute Fluchtgründe hat und mit einem erfolgreichen Asylantrag rechnen kann.

Wer hingegen überhaupt keine ‚gute Bleibeperspektive‘ hat – das sind Angehörige der Staaten Syrien, Iran, Irak, Eritrea und Somalia – der oder die soll hier gar nicht erst Fuß fassen, soll sich bloß nicht integrieren können, keine sozialen Beziehungen aufbauen dürfen, mit einem Wort: Nichtstun und das solange bis die deutschen Behörden eine Entscheidung über ihr oder sein Schicksal treffen.

Der soziale Ausschluss findet auch durch Sonderlager oder besonders abgelegene Unterkünfte statt. Kern des Ausschlussverfahrens jedoch ist das Arbeits- und Ausbildungsverbot.

Elfenbeinturm Innenministerium

So wollen es jedenfalls die Jurist*innen im bayerischen Innenministerium. Sie setzten die „migrationspolitischen Erwägungen“ (vulgo: Abschreckung) um.

Demnach sollen alle, die keinen Schutz bekommen, das Land wieder verlassen. Zur Not mittels Abschiebung. Diese Logik ist jedoch nicht nur menschenfeindlich, sie ist auch aus anderen Gründen enorm fragwürdig.

Abschiebung ist das Ziel, dem alles andere untergeordnet wird

Seit gut zehn Jahren gibt es zahlreiche Kampagnen und Interventionen von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und zahlreichen Politiker*innen mit der Forderung, auch abgelehnten Flüchtlingen, die nur Duldungsstatus erhalten, einen Zugang zu Arbeit und Ausbildung zu gestatten. Längst war klar, dass viele, deren Asylantrag keinen Erfolg hatte, trotzdem im Land bleiben würden. Die Menschen dann längerfristig völlig vom Arbeitsmarkt abzukapseln, ergibt weder sozial noch wirtschaftlich Sinn. Für kurze Zeit, seit ungefähr 2012, wirkte es so, als ob das Blatt sich wenden würde: Arbeit oder Ausbildung erhöhten plötzlich die Chance auf einen Aufenthaltstitel. Diese Entwicklung ist inzwischen Geschichte. Es wird wieder auf Abschiebung gesetzt, egal, ob es die Betroffenen abschreckt oder nicht.

Mogelpackung freiwillige Ausreise

Die Abschiebung ist auch nicht das alleinige Ziel: gern verweisen die Innenminister*innen darauf, dass die sogenannte freiwillige Ausreise von vielen Flüchtlingen, mehr als 50.000 im Jahr 2016, wahrgenommen wird. Diese Ausreise wird als letzte Exit-Strategie vor der drohenden Abschiebung dargestellt. Freiwillig ist sie deshalb meistens nicht. Wer selbstständig ausreist, vermeidet die Gewalterfahrung der Abschiebung, und auch die hohen Hürden, die vor eine erneute Einreise gesetzt werden. Nicht nur gibt es eine mehrjährige Wiedereinreisesperre, auch müssen die Kosten für die Abschiebung beglichen werden, bevor ein Visumsantrag für eine neue Einreise gestellt werden kann. Dies sind gewichtige Gründe für eine selbstständige Ausreise. Die Regierung wirbt mit dem Angebot für die freiwillige Ausreise, dass die Kosten für den Flug ins

Stephan Dünnwald
forscht zu Abschiebung und Rückkehrpolitiken und ist Mitarbeiter des Bayerischen Flüchtlingsrats

Herkunftsland übernommen werden und der deutsche Staat noch ein Startgeld drauflegt. Erst kürzlich wurde die ‚Rückkehrprämie‘ weiter aufgestockt. Je früher jemand sich zur Heimreise entschließt, desto höher die Starthilfe. Dietrich Eckerberg, Migrationsexperte der Diakonie Rheinland, hat diese ‚Starthilfe plus‘ kürzlich als das bezeichnet, was sie wirklich ist: eine Hau-ab-Prämie.

Deutschland – Land der Arbeit

Dies alles wird nichts daran ändern, dass auch weiterhin viele Flüchtlinge nach einer Ablehnung ihres Asylantrages das Land nicht verlassen und zumindest einige Jahre in Deutschland bleiben werden. Deutschland, ein Land, in dem Arbeit groß geschrieben wird, in dem es entscheidend ist für die Zugehörigkeit, ob jemand Arbeit hat oder zu denen gehört, die abgeschrieben sind, Langzeitarbeitslose, Hartz IV Empfänger*innen. Wer nicht Teil hat am gesellschaftlichen Produktionsprozess, der oder die hat auch wenig Teil an der Gesellschaft. Wer nicht arbeitet, hat auch nichts zu erzählen und wenig zu teilen.

Flüchtlinge, wie andere, die außen vor gehalten werden, werden aktiv aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Sie können ihre Familien- und Geschlechterrolle nicht darüber definieren, dass sie auch Geld nach Hause bringen.

Ihnen fehlt die Strukturierung ihres Alltags durch die Arbeit. Ihnen fehlt die Stabilität, die Arbeit ermöglicht. Allein schon, weil sie kein regelmäßiges Gehalt beziehen. Wer Geld verdient, kann dieses auch verwenden, um seine und ihre Handlungsspielräume zu erweitern. Ob ein Flüchtling 140 Euro Taschengeld bekommt oder wenigstens zum Beispiel die 1000 Euro für Arbeit in einem Schnellrestaurant, macht einen großen Unterschied.

Integriert euch ja nicht.
Aber integriert euch endlich.

Spätestens sobald die Kinder von Flüchtlingen in die Schule gehen – die Schule ist ein Schritt der Integration, der noch nicht verboten werden darf – werden die Ausgrenzungsmechanismen brüchig, treten ihre Widersprüche hervor, werden zur Zerreißprobe für Familien und Gesellschaft. Wer seit Jahren in Deutschland lebt, kann auch darüber einen Aufenthaltstitel bekommen. Unter einer Bedingung: man kann

Integrationsleistungen vorweisen. Wie aber soll das gehen, diese Integration, wenn jemand über Jahre mit einem Arbeitsverbot belegt wird, keine Ausbildung machen darf, sich keinen Deutschkurs leisten kann, staatliche Regelungen ihn oder sie daran hindern, sich an der Gesellschaft zu beteiligen?

Die derzeitige Politik des Ausschlusses wird einige zur Rückkehr zwingen. Andere wird man abschieben. Viele andere, so sehen wir das bereits jetzt, weichen dem aus, gehen in die Illegalität, oder flüchten – ebenfalls illegal – in andere EU-Staaten weiter. Das macht sie verletzlich: wer illegal lebt, muss sich beständig unter einem dichten Kontrollschirm wegduckern, muss Jobs annehmen, die sonst niemand macht, prostituiert sich, bestreitet ihr oder sein Leben vielleicht sogar mit kriminellen Mitteln. Dies sind die Effekte der bayerischen Ausgrenzungspolitik.

Widerstand der Experten: Ausbildungsbetriebe, Handelskammern, Ehrenamtliche

Diese Politik wird meist so hingenommen. Aber nicht überall. Als erstes machten die Wirtschaftsverbände mobil. Mit scharfen Worten kritisieren die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern die Politik des Freistaats. Während im Herbst letzten Jahres 12.000 Lehrstellen nicht besetzt werden konnten, verhängt das bayerische Kabinett Ausbil-

dingsverbote. Zahlreiche Betriebe verlieren ihre Angestellten, die plötzlich Arbeitsverbote bekommen, weil ‚ihre Identität nicht geklärt‘ ist. Die IHK Schwaben hat kürzlich verkündet, aus dem Integrationspakt auszusteigen, den die bayerische Wirtschaft 2015 mit der Staats-

regierung geschlossen hatte, um Flüchtlinge schnell in Arbeit und Ausbildung zu bringen. Die Kammern vertreten zwar nicht vorrangig die Interessen der Flüchtlinge, sondern die von Arbeitgeber*innen und Ausbildungsbetrieben. Wer sich hier in einem Praktikum als anstellend erwiesen hat, den wollen die Betriebe auch haben, ohne erst langwierige Kämpfe mit Ausländerbehörden führen zu müssen.

Und auch die Ehrenamtlichen begehren gegen die bayerische Diskriminierungspolitik auf. Protestbriefe werden geschrieben, Unterstützer*innen aus allen Winkeln des Freistaats schließen sich zusammen. Im Januar 2017 sendete ein Zusammenschluss hunderter Helfer*innenkreise eine gemeinsame Resolution an die Staatsregierung, in der sie forderten: keine Arbeits- und Ausbildungsverbote mehr, keine Restriktionen bei

Effekte der bayerischen Ausgrenzungspolitik: Illegalität, Prostitution, Kriminalität

HAU

AD!

Bildungsangeboten und Ausbildung. Sie sind die eigentlichen Expert*innen für die Integration der Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt. Denn in vielen Fällen sind es die Ehrenamtlichen, die mit Flüchtlingen eine Arbeit oder einen Ausbildungsplatz suchen. Sie unterstützen Flüchtlinge am Abend durch Nachhilfe wenn es beim

Deutsch oder den Mathekenntnissen hapert, sie erledigen mit den Flüchtlingen die Formalitäten bei der Arbeitsagentur.

Doch das interessiert den Innenminister nicht. Ein geplantes Treffen mit den Initiator*innen der Resolution wurde ersatzlos abgesagt.

Ehrenamtliche stützen das System

Stützen der Gesellschaft

Dass die Vertreter*innen der bayerischen Staatsregierung keinerlei Interesse haben, den Ehrenamtlichen und Helfer*innen zuzuhören, ganz zu schweigen davon, sie einzubeziehen, wenn es darum geht, neue Regelungen zu schaffen, hat vor allem einen Grund: die Regierenden wollen keine Lösung finden, sondern sie möchten die Flüchtlinge loswerden. Das Perfide daran ist, wie ehrenamtliche Tätigkeit das System sogar noch stützt. Was nicht staatlich geregelt wird, fangen die Bürger*innen in ihrer Freizeit und mit ihrem Privatvermögen auf. Die Regierung missbraucht das Engagement hilfsbereiter Menschen und suggeriert den kleinherzigen Schreihälsen, man unternehme etwas gegen die ‚Arbeitsmigration‘. Offiziell wird unermüdlich die Integration der Ankommenden gefordert. Doch hintenrum wird alles dafür getan, dass diese Forderungen niemals erfüllt werden können. Gerade Diejenigen, die am lautesten nach der Eingliederung schreien, sorgen mit ihren Paragraphen, Behörden, Pflichten und Verboten, Verboten, Verboten dafür, dass es Geflohenen hier nicht gelingen kann, was ihnen gar nicht erst gelingen soll: Anzukommen und ein ganz normales Leben zu führen.<



Mit Karacho in die Barbarei

Immer größere Teile des europäischen Proletariats sind empfänglich für völkische und nationale Ideologien. Ökonomische Bedingungen begünstigen diese Entwicklung. Und dann ist da noch Deutschland. Was wäre also zu tun? Anmerkungen zur Debatte von Caspar Schmidt

Die völkischen bzw. chauvinistischen Bewegungen in Europa erstarken. Schon heute müffelt es deutlich nationalistischer als noch vor dreißig Jahren. Wenn sich diese Tendenz weiter fortsetzt, wird Europa bald mehrheitlich von völkischen Parteien regiert. Neben bereits amtierenden Menschenfeinden wie der ungarischen *Fidez-Partei*, Putins *Einigem Russland* und der polnischen Partei *Recht und Gerechtigkeit* könnten bald die österreichische *FPÖ*, die italienische *Fünf-Sterne-Bewegung* und der französischen *Front National* an Regierungsgeschäften beteiligt sein. Ein bahnbrechender Erfolg der deutschen *AfD* scheint nur eine Frage der Zeit zu sein. Die jeweiligen Parteien mögen sich zwar programmatisch voneinander unterscheiden, gleichwohl bildet ihr völkisch-nationalistischer Kern und ihr zunehmendes Erstarken am rechten Rand die gemeinsame Klammer.

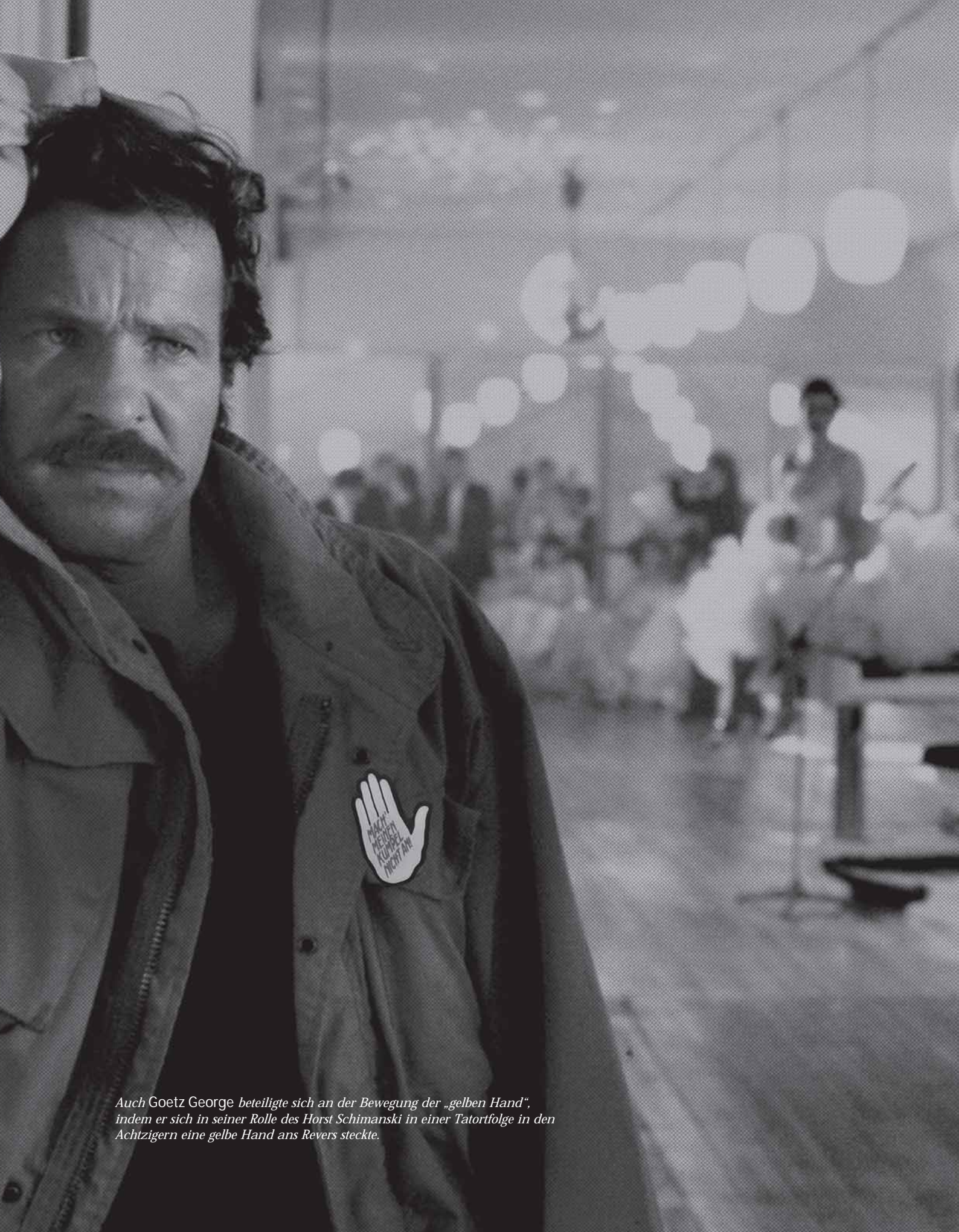
Das etablierte politische Bürgertum hat dem Rechtsruck wenig entgegenzusetzen. Eine stabile Mehrheit scheint der Auffassung zu sein, dass die Völkischen wenigstens einen wahren Problemkern aufgegriffen hätten. Und alle etablierten Lager werben damit, dass ihr jeweiliges Lager der Nation noch mehr von Nutzen sei als die ultra-nationalistische Alternative, anstatt den

erstarkenden Chauvinismus zu dekonstruieren. Das linksliberale bürgerliche Spektrum skandalisiert indes den Rassismus der extremen Rechten, getrieben von

der Annahme, dass diese Feststellung eine abschreckende Wirkung entfalte. Die meisten Deutschen haben allerdings selbst eine rassistische Grundlage, weil sie den tiefsitzenden Webfehler verinnerlicht haben, dass deutsch nur sei, wer ‚echte deutsche‘ Eltern habe. Und mit deutsch ist landläufig nicht der Pass gemeint. Die Programmatiken der völkischen Parteien sind bürgerliche, die Kader sind

**Wer den Völkischen den
Wind aus den Segeln
nehmen möchte, kommt
um eine politisch-ökono-
mische Erfassung der
Lage des Proletariats
nicht herum.**

hauptsächlich bürgerliche und ihre Gefolgschaften rekrutierten sich bei ihrer Herausbildung maßgeblich aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Lagern. Aber keine Partei kann in Europa Mehrheiten erzielen, wenn sie nicht zumindest Teile des Proletariats hinter sich zu bringen weiß. Mit ausschließlich bürgerlichen Stimmen bleibt eine Partei auf *FDP*- oder *Grünen*-Niveau stecken und kann sich nicht zu einer sogenannten Volkspartei aufschwingen. Das Erstarken der völkischen Parteien in diesem Jahrtausend hängt also entscheidend mit ihrem erfolgreichen Zugang zu Teilen des europäischen Proletariats zusammen. Wer den Völkischen den Wind aus den Segeln nehmen möchte, kommt um eine politisch-ökonomische Erfassung der Lage des Proletariats nicht herum.



Auch Goetz George beteiligte sich an der Bewegung der „gelben Hand“, indem er sich in seiner Rolle des Horst Schimanski in einer Tatortfolge in den Achtzigern eine gelbe Hand ans Revers steckte.

Mindestlohn schützt vor Rechtsruck nicht

Als falsch hat sich die sozialdemokratische These erwiesen, dass der extremen Rechten der Boden entzogen werde, wenn nur mehr Menschen eine Arbeit hätten oder zu bescheidenem Wohlstand kämen. Es sind zumindest in Deutschland die rausgefressenen Teile des Proletariats – die Facharbeiterschaft mit Lebensversicherung und guter Rentenperspektive – die dazu neigen, völkischen Parteien ihre Stimme zu geben. Und die Wahlen 2017 werden es erneut belegen: Die *AfD* wird trotz allseits gefeierter Arbeitsmarktdaten, Mindestlohn-Erhöhung und Zulagen aller Art mit großem Tamtam in den Bundestag einziehen und weitere rechte Terrorzellen werden entstehen. Im hier beschriebenen Kontext zählen zum Proletariat im materialistischen Sinne grundsätzlich Menschen, die über kein Vermögen verfügen und nichts anderes am Markt anzubieten haben oder hätten als ihre Arbeitskraft. Das Proletariat hat keine wahrscheinliche Vermögensperspektive, weil es auf kein nennenswertes Erbe hoffen kann und nicht zu erwarten ist, dass ein Studium, eine Heirat oder Ähnliches zu Vermögen führen wird – und dessen ist es sich bewusst.

These 1: Kampf um staatliche Leistungen anstatt Klassenkampf

Mit dem Entstehen der proletarischen Selbstorganisation im 19. Jahrhundert war der Betrieb ein wesentlicher Ort der politischen Auseinandersetzung. Es ging darum, am Arbeitsplatz für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen und den Kapitalbesitzenden einen Teil des mühsam erarbeiteten Mehrwerts abzurufen. Viele Arbeitenden organisierten sich dazu außerbetrieblich in „Arbeitersport“- , Spar- oder Mietvereinen, Gewerkschaften, Genossenschaften und sozialistischen Parteien. Der deutsche Staat trat den Organisierten hauptsächlich als Schwein entgegen. Die Polizei knüppelte Streiks nieder, Feldjäger zwangen die Lohnabhängigen an die Front und Todeskommandos töteten immer wieder Anführende der Bewegung. Wer ein proletarisches Klassenbewusstsein hatte, musste den Staat hauptsächlich als niederträchtiges Herrschaftsinstrument wahrnehmen. Heute sind große Teile der Industriezweige, in denen sich die proletarische Selbstorganisation herausbildete, zerstört oder in Länder außerhalb Europas verlagert worden. Zugleich erstritt insbesondere die Sozialdemokratie ein

kleines Füllhörnchen an staatlichen Leistungen für das Proletariat. Beide Effekte führten dazu, dass sich die Auseinandersetzung verlagert hat. Das Proletariat sieht sich neben der Arbeit als leistungsbeziehend (Sozialkassen, Rentenkassen, Krankenkassen, Aufstockungszuschüsse, Kindergeld, Elterngeld, Kurzarbeitsgeld etc.). Der Zugang zu diesem staatlich verwalteten Reichtum: die Staatsbürgerschaft. Damit

Der Zugang zum staatlich verwalteten Reichtum: die Staatsbürgerschaft.

ging ein affirmatives Verhältnis zum Staat und der Nation einher. Die Auseinandersetzung um ein größeres Stück vom Kuchen verlagerte sich vom Betrieb und den Arbeitskämpfen gegen die Kapitalbesitzenden sukzessive auf einen Kampf gegen die „Anderen“, also die Menschen ohne staatsbürgerlichem Status.

Die Nation wird nicht mehr als Unterdrückungsmoment wahrgenommen, das es zu etwas Besserem hin zu überwinden gilt; sie erscheint vielen Besitzlosen wie die Hüterin eines verteilbaren Topfes, als das gruppenbezogene Allgemeine eben, das es gegen weitere Nutznießende zu verteidigen gelte. Die Staatsbürgerschaft begreifen viele damit als Privileg und nicht als Zurichtung. Zuwanderung kann so auf der Basis einer rassistischen Gesellschaftsgrundlage vulgär-ökonomisch als Konkurrenz vermittelt werden. In Ländern wie Griechenland, Portugal, Irland, Belgien, den Niederlanden oder in Teilen Frankreichs, Italiens und Spaniens gibt es im Übrigen noch nennenswerte antirassistische und antinationale Proletariats- und Gewerkschaftsfraktionen. Dennoch sehen sich auch diese Bewegungen mit einem wachsenden staatsbürgerlich orientierten Proletariat konfrontiert.

These 2: Rassistische Spaltung durch Leiharbeit und Werkverträge

Als der Deutsche Gewerkschaftsbund in den 80-er Jahren - nach französischem Vorbild – die antirassistische Kampagne „Mach meinen Kumpel nicht an!“ ausrief, sah die Arbeitswelt noch anders aus als heute. Zwar gab es auch damals schon allerhand Rassismus in den Betrieben und eine unterschiedliche Behandlung von deutschen und nichtdeutschen Arbeitenden. Aber immerhin waren die meisten im Betrieb angestellt und die gewerkschaftliche Arbeit konnte sich darum drehen, die Interessen aller Lohnabhängigen gegen das Management zu vereinen. Rassismus wurde von Teilen des Gewerkschafts-Apparats zurecht als interessenspaltend empfunden und von Teilen des Proletariats ebenfalls. Mit der Deregulierung des

Arbeitsmarktes hat sich die Lage in Deutschland und zunehmend in vielen Ländern Europas stark verändert. Viele Menschen – und insbesondere am Arbeitsmarkt neu ankommende Zugewanderte – erhalten keine Verträge mehr direkt in den Betrieben, sondern werden von Zwischenfirmen angestellt. Diese vermitteln sie in Form von Leiharbeit oder Werkverträgen

weiter an die Betriebe. Damit unterwandert das Management geltende Tarifverträge und verkleinert die

Stammebelegschaft. Nebenbei spaltet sich die Belegschaft aber in zwei Teile: In die häufig ‚deutscher‘ und oftmals gewerkschaftlich organisierte Stammebelegschaft und das überproportional migrantisch geprägte Proletariat der Leiharbeit- und Werkvertragsreserve.

Die organisierte Stammebelegschaft versucht, Leiharbeit und Werkverträge im Betrieb einzudämmen. Bestenfalls gelingt es ihr, eine teilweise Übernahme der Leiharbeitenden und Werkvertrags-Beschäftigten zu erzwingen. Die Regel war in den letzten Jahren allerdings, dass sich das Management in vielen Betrieben durchgesetzt hat: Teile der Stammebelegschaft setzte es auf die Straße und holte dafür Leiharbeitende in die Betriebe. Die Neuen im Betrieb erscheinen so strukturell nicht als „Kumpel“, sondern als Problem, womit die Kapitalbesitzenden und ihr Erfüllungsgefolge (Management, Kanzleien, Wirtschaftsverbände) erkämpfte Standards unterlaufen. Da der Anteil der Nicht-deutschen in Leiharbeits- und Werkvertragsverhältnissen höher ist als in den Stammebelegschaften, lässt sich die Konfliktlinie verschleiern. Der eigentliche Kampf um den Mehrwert der Arbeit (oder gar um die Produktionsmittel) kann leicht zu einem Kampf der deutschen Stammebelegschaft gegen die migrantischen ‚Lohndrücker‘ umgebogen werden. Freilich gibt es auch in Stammebelegschaften Nicht-Deutsche so wie es in proletarischen Leiharbeitsverhältnissen Deutsche gibt – und in Bayern viele Ostdeutsche. Die proportionale Verschiebung reicht allerdings aus, um rassistische Positionen im Gang zu bringen. Auch die 2015 angekommenen minderjährigen Geflüchteten werden nach ihrer Ausbildung zu einem erheblichen Teil in Leiharbeitsverhältnissen landen und sich vielerorts einer missmutigen Stammebelegschaft gegenüber sehen.

Der eigentliche Kampf um den Mehrwert der Arbeit wird zu einem Kampf der deutschen Stammebelegschaft gegen die migrantischen ‚Lohndrücker‘ umgebogen.

These 3:

Der Markt als ideeller Gesamtführer

Mittlerweile haben große Teile des Proletariats eine abstrakten Autorität nahezu totalitär verinnerlicht: die sogenannten „Gesetze des Marktes“. Viele lernen in Deutschland von Kindesbeinen an, mit ihrer Spar-

büchse zu haushalten und spätestens auf der Berufsschule ein paar Buchungssätze auswendig – und damit einhergehend, dass bei der marktwirtschaftlichen Rechnungslegung alles doch ganz ordentlich zugehe. Später im Leben erklärt das Management dann auf der Betriebsversammlung, dass ‚die Zahlen‘ hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind und die

Beschäftigten folglich den Gürtel

enger zu schnallen haben. Diese Marktlogik wird heute allenthalben verstanden. Ein Betrieb unterliegt ‚Sachzwängen‘, er muss wirtschaften und ‚die Konkurrenz schläft nicht‘ – weshalb sich die Beschäftigten in Fleiß und Verzicht üben sollen. Mit der Verinnerlichung der Marktlogik einher geht aber auch das falsche Bewusstsein, dass es nützliche – also verwertbare – und unnütze Menschen gebe, wertvolle und weniger wertvolle, und sich das Individuum vor der Marktautorität als besonders nützlich erweisen müsse. Es verschärft sich diese Ideologisierung, wenn die Totalität des Marktes in einer Gesellschaft wirkt, die von autoritären Charakteren durchdrungen ist. Autoritäre Charaktere sind Menschen, die eine sadomasochistische Neigung innerhalb von autoritären Strukturen entwickeln. Sie unterwerfen sich hingebungsvoll gegenüber Obrigkeiten – trotz Erniedrigung – und erniedrigen andererseits ebenso hingebungsvoll Menschen, die von ihnen abhängig sind. Die kritische Sozialforschung hat die autoritären Charaktere als wesentliche Manövriermasse des Faschismus ausgemacht. Zwar ist nicht jeder Mensch mit autoritärem Charakter empfänglich für faschistisches Denken, aber ohne diese Leute funktioniert eine faschistische Bewegung auch wieder nicht. Der sogenannte „Markt“ ist heute als quasi als Naturgesetz an die Stelle getreten, wo zuvor Schicksal, Gott, Adel, Hochwürden, Wissenschaft oder der Führer als autoritäre Kraft Furore gemacht haben. „Der Markt regelt alles“ ist damit eines der zentralen Credos autoritärer Charaktere von heute, und der Betrieb ist ihre Wirkstätte, wo sie sich nach Herzenslust dem Markt unterwerfen und die Untergebenen treten können. Der Mitautor der

„Mitte-Studien“ und Sprecher des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig, Oliver Decker, bringt es in einem Interview mit der Zeitschrift *Konkret* (1/2017) auf den Punkt:

„Es sind sekundäre Autoritäten, die ihre Handlungslogik jetzt viel abstrakter vermitteln. Will sagen: die Autorität des Marktes und der Ökonomie. Auch ihr unterwerfen sich die Menschen und verzichten auf eigenen Wünsche. Der Lohn dafür ist, an der nationalen Ökonomie teilzuhaben. [...] Im Sinne der Kritischen Theorie entsteht ein autoritärer Charakter, und der ist [...] die Subjektform des Faschismus.“

Der historisch angelegte autoritäre Charakter hat sich in der Tauschgesellschaft in weiten Teilen des staatsbürgerlich orientierten Proletariats weiter verfestigt – und ist auch neu entstanden. Das Proletariat sieht sich weit überwiegend nicht mehr als lohnabhängig und damit im Gerangel mit den Besitzenden der Produktionsmittel, sondern als Vermarktende ihrer individuellen Arbeitskraft, die es gegenüber anderen Arbeitenden zu vermarkten gelte – und autoritär vor potenzieller Konkurrenz zu verteidigen. Zuwanderung in die nationale Ökonomie wird vor dem Hintergrund der Verinnerlichung der Marktlogik damit von Lohnabhängigen zunehmend als Konkurrenz aufgefasst.

Was jetzt nichts hilft

Die genannten Einflussfaktoren verstärken in einem Staat mit einer rassistischen Grundlage das falsche Bewusstsein des Proletariats. Deshalb ist es zwar in der Sache richtig, die rassistische Grundlage des Staates und einzelne rassistische Akteure zu benennen. Aufhalten kann das die aktuellen Dynamiken allerdings nicht. Der Hinweis, dass rassistisch motivierte Mordserien, Anschläge auf Geflüchteten-Lager und das Sterben an den EU-Außengrenzen mit dem landläufigen Rassismus etwas zu tun haben, ist richtig – aber es hilft wenig bis nichts. Andererseits zwingt der aktuelle Vormarsch der Barbarei antifaschistischen Menschen auf, jetzt auch zu handeln. Doch was können wir tun?

Was zu tun wäre 1: Die Nation zurückdrängen

Deutschland hat durch seine Exportorientierung maßgeblich dazu beigetragen, dass lokale Industrie- und Dienstleistungszweige in anderen europäischen Ländern massiv unter Druck gerieten. Gestützt hat die deutsche Warenschwemme die deutsche Politik, die heimische Industriezweige seit Jahren kaum verdeckt fördert und gleichzeitig über die EU eine radikale

Marktliberalisierung in anderen europäischen Ländern vorantreibt. Die starke Deregulierung des deutschen Arbeitsmarktes verstärkte die Warenschwemme in anderen europäischen Ländern enorm. Deutschland hat seine Stellung als aggressive Wirtschaftsmacht gefestigt und allerhand Industrie- und Dienstleistungszweige

Vermarktende ihrer individuellen Arbeitskraft verteidigen diese autoritär vor potenzieller Konkurrenz.

in anderen Ländern zerstört. Das entzog wiederum antirassistischen gewerkschaftlichen Strukturen vielerorts die Grundlagen, erhöhte die Anzahl von Beziehenden staatlicher Leistungen und förderte damit die extreme Rechte in vielen europäischen Ländern nachhaltig. Zu allererst wäre also Stellung zu beziehen gegen die deutsche Wirtschaft – also den selbst-erklärten ‚Exportweltmeister‘. Alles, was dem deutschen Exporterfolg schadet, ist eine indirekte antifaschistische Aktion zuliebe der Menschen in anderen europäischen Ländern. Dazu müssten unter anderem die deutschen Gewerkschaften deutlich aggressiver zu Streiks aufrufen. In Deutschland wird nämlich so gut wie nicht gestreikt: Hier kommen sieben Streiktage auf 1000 Beschäftigte im Jahr; während es in Dänemark oder Frankreich etwa 120. Mehr Streiks hätten drei positive Effekte: Die Preise für deutsche Produkte stiegen, also gefährdeten deutsche Waren andere europäische Wirtschaften weniger stark. Die Kämpfe würden sich in Deutschland wieder mehr auf die Betriebe verlagern, weg von der Identität über die Staatsbürgerschaft. Und die Beschäftigten hätten mehr Geld in den Taschen.

Was zu tun wäre 2: Leiharbeit abschaffen – Schulungen anbieten

Leiharbeit und Werkverträge unterlaufen die ohnehin nicht glorreichen Tarifverträge in Deutschland – und erzeugen damit Druck auf die europäische Konkurrenz. Der massenhafte Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss abgeschafft oder wo es geht sabotiert werden. Damit wäre auch der Spaltung der

Belegschaft in eine oftmals deutsche Stammbesellschaft und eine überproportional migrantisch geprägte Leiharbeitsreserve ein Schritt weit entgegengewirkt. Organisationen der Working Class und des Dienstleistungsproletariats sollten deutlich mehr Schulungen anbieten, die Inhalte vermitteln, die der Marktlogik grundsätzlich widersprechen. Jahrelang haben sie viel zu häufig gelehrt, dass irgendwelche 'gierige Schurken' oder „der Neoliberalismus“ „das Problem“ seien – nicht aber die bereits verinnerlichte Marktlogik des Proletariats selbst.

Was zu tun wäre 3:
Völkische Strukturen bekämpfen

Die restlichen antifaschistischen Menschen in den Funktionsebenen der Kommunen – in den Stadträten und kommunalen Verwaltungen – könnten deutlich aggressiver gegen die lokale Organisation der Völkischen vorgehen als sie es heute tun. Gegen die Barbarei tritt man nicht an, indem man Menschenfeinden demokratische Privilegien sichert, sondern indem man sie davon ausschließt.

**Der aktuelle Vormarsch
der Barbarei zwingt
antifaschistischen Men-
schen auf, jetzt auch zu
handeln.**

Faschistische Kader haben nichts bei städtischen Podiumsdiskussionen verloren, völkische Organisationen sollten ihre Kundgebungen, ihre Plätze für Wahlplakate, ihre Listung auf dem Wahlzettel, ihre Stadtratsbüros und ähnliche Privilegien immer auf's Neue vor Gericht erstreiten müssen und nie ohne Not überlassen bekommen. Die deutsche Bürokratie hat sich in den letzten Jahrhunderten als bemerkenswert findig erwiesen, wenn es darum ging, einzelne Menschen mit Verordnungen, Fristen und Bluffs zu schikanieren. Nur eine Prise davon auf völkische Organisationen angewendet und eine streitlustige Kommune könnte das Leben von rassistischen Formationen merklich erschweren. Aber nicht nur bürokratische Chuzpe ist gefordert. Antifaschistisch Gesinnte müssen auch außerhalb des Apparats und außerhalb von Anti-Pegida-Protesten den völkischen Kadern intelligent entgegengetreten – in der Arbeit, auf der Straße und im Wohnblock. Nicht für sondern gegen Deutschland.<



Wir sollten uns schämen

Von Tante Tom Reiss

Normalerweise vermeide ich es, bei soziopolitischen Themen das Wort „wir“ zu verwenden. Es ist einfach zu ungenau, vorbelastet und suggestiv, ganz zu schweigen davon, dass es fast immer Menschen mit mir in einen Topf wirft, die vorher zumindest gefragt werden möchten. So viel nur als Vorrede, denn im Folgenden werde ich dieses Wort sehr viel verwenden – ich denke aber, es ist ausnahmsweise notwendig und angebracht.

„Wir“, das sind für meine Zwecke die Gruppe weißer, privilegierter Deutscher. „Weiß“, „privilegiert“ und „deutsch“ sind selbst auch wieder Begriffe, über die man im Grunde sehr lange diskutieren müsste, aber ich möchte es erst einmal dabei belassen, euch, liebe Leserinnen und Leser, einfach ganz intuitiv etwas darunter vorzustellen (so einen wie mich, zum Beispiel).

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte kommt es verstärkt vor, dass Mitglieder dieser Gruppe den Eindruck haben, sich dafür schämen zu müssen, weiß, privilegiert und deutsch zu sein. Einige von uns schämen sich auch tatsächlich, aber dazu später mehr. Das ist im Grunde vollkommen unangebracht, denn absolut niemand auf der Welt sollte sich dafür schämen müssen, mit welcher Hautfarbe, in welche Verhältnisse und mit welcher Nationalität sie oder er geboren wurde. Falls jemand einer anderen Person das Gefühl gibt, das müsse sie doch, so ist das weder besonders klug, noch besonders nett und führt auch zu keinem sinnvollen Ergebnis.

Trotzdem haben viele von uns oft das Gefühl, wir sollten uns für unsere Weißheit, unsere Privilegien und unser Deutschtum schämen. Niemand sagt uns tatsächlich, dass dem so sei, aber viele von uns denken es trotzdem. Und dann fangen wir an extrem defensiv zu werden, beleidigen Menschen, die nicht zu uns gehören, bilden vollkommen hanebüchene alternative Tatsachen über sie aus, gründen Parteien die das Thema „Deutschland“ stark zentrieren und werden auch mal handgreiflich oder brandstifterisch.

Das ist ausgesprochen tragisch, denn wie es der Scham so oft eigen ist, generiert sie sich hieraus selbst. Wir hätten uns von vorneherein nicht schämen müssen, niemand hat es von uns verlangt, aber auf Basis unserer unangebrachten Scham legen wir dann Verhalten an den Tag, für das wir uns tatsächlich schämen sollten. Wenn dieser Punkt erreicht ist, werden wir allerdings schon wieder defensiv und nun, wo es angebracht wäre, schämen wir uns eben nicht, und der ganze unwürdige, dumme und destruktive Terz geht von vorne los.

Nun sind unter uns auch Menschen, die sich also im Grunde nicht schämen müssten – ich hoffe, ich gehöre dazu. Ich schäme mich trotzdem. Ich weiß ganz genau, dass ich mich ebenso wenig wie eine beliebige andere Person für meine Hautfarbe, etc., schämen muss – das hilft aber nicht, davon geht die Scham nicht weg.

Allerdings geben mir die Privilegien, mit denen ich ausgestattet bin, gleichzeitig die Möglichkeiten, über alle damit verbundenen Gefühle sorgfältig nachzudenken. Ich bin nicht damit beschäftigt, kontinuierlich



Tante Tom, promovierte Literaturwissenschaftlerin und Beraterin für Geflüchtete, wird an dieser Stelle einmal pro Ausgabe das Vergnügen haben, im Strahl zu kotzen. Manche Bandwürmer müssen einfach raus.

Nahrung und Obdach für mich zu gewährleisten oder von einem Ort der Welt zum nächsten zu fliehen, weil ich ständig verjagt werde. Dementsprechend habe ich Zeit und Muße zur Reflexion, im Gegensatz zu weniger privilegierten Menschen. Es gibt für uns sogar eine Pflicht zur Reflexion und Selbsthinterfragung, eine Pflicht, die von den meisten halbhirnigen weißen privilegierten deutschen Arschlöchern zugunsten von Bierseligkeit und Ressentiment aktiv abgelehnt wird.

Ein Ergebnis meiner Reflexion jedenfalls ist, dass meine persönliche, private Scham überhaupt nichts mit meiner Hautfarbe, den Privilegien oder der Nationalität zu tun hat, sondern vielmehr mit solchen strunzdummen, gedankenlosen, widerlichen Trollen, die diese Eigenschaften mit mir teilen, und die nicht müde werden, darauf zu bestehen, dass wir zueinander gehören.

Ich schäme mich, wenn wir davon sprechen, dass es Menschen gibt, die weniger wert sind als wir, oder dümmer, oder gefährlicher, oder nicht leben/sich kleiden/denken/liebhaben dürften/und so weiter ad nauseam (i.e.: bis zum Kotzen), wo/wie/was/wen sie möchten. Ich schäme mich, wenn wir dekadenten globalen Parasiten uns infolgedessen ein besseres Leben gönnen und bereiten als anderen. Ich schäme mich, wenn beispielsweise Menschen im intimsten „wir“, in meiner eigenen Familie, Dinge sagen, die dafür sorgen, dass ich sie nicht meinen Freundinnen und Freunden vorstellen würde. In solchen Fällen schäme ich mich für meine Familie und auch dafür, dass ich mich für sie schämen muss. Ich schäme mich dafür, wie ich aussehe, weil andere, die so aussehen, ein schlechtes Licht auf mich werfen und ich nicht das Recht habe, mich aus diesem Licht zu entfernen.

Ich schäme mich für uns. Auch deswegen, weil eben aufgrund unserer Hautfarbe, Privilegien und Nationalität wir es überhaupt nicht nötig hätten, ständig um uns zu schlagen und Anderen das Leben schwer oder unmöglich zu machen. Wir haben Geld, wir haben Platz, wir haben Ressourcen, wir haben Zeit, Kraft, Muße und Bildung. In jahrhundertelanger Arbeit haben wir all das dem Rest der Welt abgenommen. Was wir damit anstellen, ist peinlich ineffizient und fehlgerichtet. Erst recht in Anbetracht des Umstandes, dass andere Menschen ohne all diese Möglichkeiten mit so viel weniger so viel mehr machen, und das auch können müssen, weil jedes Mal, wenn sie an etwas Kapital gelangen, wir sofort mit unseren schmierigen weißen Fingern danach greifen.

Der Rest ist zynische Rechnung: Wenn wir die Möglichkeiten dazu haben, Andere mit uns koexistieren zu lassen, und sie im Gegenzug nicht nur keine Gefahr für uns darstellen, sondern uns in Motivation, Genügsamkeit und Fleiß in den meisten Fällen ordentlich voraus sind, und wir sie trotzdem anders behandeln als uns selbst – dann sind wir entweder sträflich dumm, Arschlöcher oder Verbrecher, möglicherweise auch alles gleichzeitig.

Zurück zum Anfang: wenn es dieses „wir“ gar nicht gibt, und ich außerdem gar nicht so bin wie der Rest von „uns“ – wieso schäme ich mich dann? Die Antwort darauf ist Alternativlosigkeit. Dass wir automatisch künstliche Kategorien und Gruppen für das Verhalten Einzelner verantwortlich machen und es damit rechtfertigen, wenn „wir“ uns besser stellen als „die“, wird sich nicht so schnell ändern. Auch nicht, dass wir uns von diesen Verallgemeinerungen ausnehmen können: Uns selbst gestehen wir das Recht zu, Verbrecher, psychisch Kranke, Idioten und Arschlöcher zu sein, statt Weiße, Reiche oder Deutsche. Dieses Recht auf Individualität haben wir nicht verdient, wir haben es uns genommen und lassen nicht zu, dass andere es auch kriegen. Worte können nicht beschreiben, wie sehr ich mich für diese Mischung aus Dummheit, Arroganz, und sadistischem Egoismus schäme.

Und ich denke, es ist gut, dass wir uns schämen, auch, wenn wir uns persönlich nichts vorzuwerfen haben, denn die Scham erinnert uns daran, dass es an der Zeit ist, „uns“ so zu behandeln wie „die anderen“, wenn wir schon nicht in der Lage sind, „die anderen“ so zu behandeln wie „uns“. Bis die Kategorien aus den Köpfen weg sind, ist es unsere Verantwortung, sie auch auf uns selbst anzuwenden. Die Scham ist gut und produktiv, immer dann, wenn wir andere weiße privilegierte Deutsche Verbrechen begehen lassen, wenn wir die Schlimmsten und Dümmersten von uns unsere Gesetze schreiben lassen, wenn wir morden, vergewaltigen und stehlen, wenn wir uns ohne Grund für besser oder anständiger halten, wenn wir beleidigende Angst vor anderen haben. Und besonders angebracht ist die Scham dann, wenn wir die Klappe halten, während Andere weiße privilegierte Deutsche ihrer Dummheit und ihrem Hass freien Lauf lassen. Währenddessen hilft uns auch die Scham, wenn es leichter scheint, nicht mehr zu diskutieren, sondern es einfach gut sein zu lassen, weil es einfach so verdammt frustrierend ist, wenn der Rest von uns nicht bereit ist, über sich nachzudenken. Wir sind in kollektiver Verantwortung. Und wir sollten uns schämen.<



Hinterland # 35



abschiebung nach afghanistan und andere krisengebiete





**not
safe**

**KEINE ABSCHIEBUNGEN
NACH AFGHANISTAN**



www.facebook.com/KeineAbschiebungenNachAfghanistan/